



BWA

Ausgabe 1 / 2021

Journal

Themen aus Politik & Wirtschaft sowie News und Aktivitäten des BWA Deutschland

Herausgegeben vom Bundesverband für Wirtschaftsförderung und Außenwirtschaft (BWA)



Zukunft nach Corona

Wie geht es nach der Krise weiter?

Wirtschaft-Das-sind-wir-alle



Wirtschaft-Das-sind-wir-alle

Unsere Mitglieder verbindet die Überzeugung, dass Politik und Wirtschaft vom verantwortlichen Engagement jedes Einzelnen leben. Im Bundesverband für Wirtschaftsförderung und Außenwirtschaft stellen sich Führungskräfte aus Wirtschaft, Wissenschaft und öffentlichem Leben einer gemeinsamen Verantwortung: Jenseits aller Partikularinteressen treten sie ein für eine Ökosoziale Marktwirtschaft, die nachhaltigen Wohlstand für alle Menschen schafft und hilft, unsere Welt für kommende Generationen zu bewahren.

Werden Sie Teil eines Wirtschaftsverbands neuer Art und erschließen Sie sich unser exklusives Unternehmensnetzwerk im In- und Ausland. Bei Empfängen, Seminaren und Delegationsreisen beraten wir Sie mit Entscheidungsträgern aus Politik und Verwaltung und knüpfen wertvolle Kontakte. Sie profitieren weiterhin vom langjährigen Know-How unseres Netzwerks in der Außenwirtschaft.

Lernen Sie uns kennen: Im Internet unter www.bwa-deutschland.de oder persönlich, bei einem Besuch in unserer Geschäftsstelle im Berliner Kranzler Eck.

BWA Bundesgeschäftsstelle
Kranzler Eck Berlin
Kurfürstendamm 22
10719 Berlin
Tel: 030 / 700 11 43 0
Fax: 030 / 700 11 43 20
Email: info@bwa-deutschland.de

Bundesverband
für Wirtschaftsförderung
und Außenwirtschaft

Global Economic Network





Im Gespräch mit Dr. Hans-Peter Friedrich



Interview mit S.E. Wu Ken



Russland: Partner für Deutschland?



Digitalisierung bei der Bahn

Editorial

Begrüßung durch den Präsidenten und Vorstandsvorsitzenden....4
Thomas Sapper und Michael Schumann

Zukunft nach Corona 6

„Wir brauchen eine starke, politisch handlungsfähige EU“6
Interview mit Dr. Hans-Peter Friedrich, MdB (CSU)

„Die Zukunft der Corona-Strategie: Eine liberale Perspektive“....8
Beitrag von Wolfgang Kubicki, MdB (FDP)

„Unsere Kooperation steht auf einem soliden Fundament“.....10
Interview mit S.E. Wu Ken, Botschafter der Volksrepublik China

„Wir blicken mit Optimismus in die Zukunft“12
Interview mit S.E. Sergej J. Netschajew, Botschafter der Russischen Föderation

„Eine Chance für die Zusammenarbeit“.....14
Beitrag von Johann Saathoff, MdB (SPD)

„Mitgestalten, statt nur verwalten“16
Beitrag von Marcus Held, MdB (SPD)

„Absatzmärkte und Lieferketten globalpolitisch gedacht“18
Beitrag von Dr. Stefan Tetzlaff, Humboldt-Universität zu Berlin

„Die USA nach Trump - eine europäische Vision“20
Beitrag von Alexander Kulitz, MdB (FDP)

„Eine besondere Beziehung“22
Beitrag von Ursula Rutovitz

„Junge Menschen brauchen Perspektiven“24
Beitrag von Stephan Albani, MdB (CDU)

„Masse statt Klasse“26
Beitrag von Prof. Dr. Jörn-Axel Meyer, Deutsches Institut für KMU

Transport und Logistik 28

„An der Digitalisierung der Schiene führt kein Weg vorbei“28
Beitrag von Prof. Dr. Sabina Jeschke, Vorstand Deutsche Bahn AG

„Schneller als zu Wasser“30
Beitrag von Anton Kozlow, Russische Eisenbahnen

Aus dem Verband..... 32

Kooperationen 42

Kurz notiert / Ansprechpartner / Impressum 47

Liebe Mitglieder und Freunde des BWA,

Thomas Sapper



Thomas Sapper, seit April 2018 Präsident des BWA, blickt auf eine lange Karriere in der deutschen Bauwirtschaft zurück. Als Vorstandsvorsitzender der DFH Deutsche Fertighaus Holding AG führte er das Unternehmen zur Marktführerschaft im deutschen Fertighausbau mit ca. 2.000 Bauprojekten und 280 Mio. EUR Umsatz jährlich. Sapper war Vorstandsmitglied des Bundesverbandes Deutscher Fertigbau (BDF) und Präsident des Europäischen Fertigbauverbandes (EVF). 2012 in den BWA Senat berufen, gehört er dem Präsidium des BWA seit 2013 an.

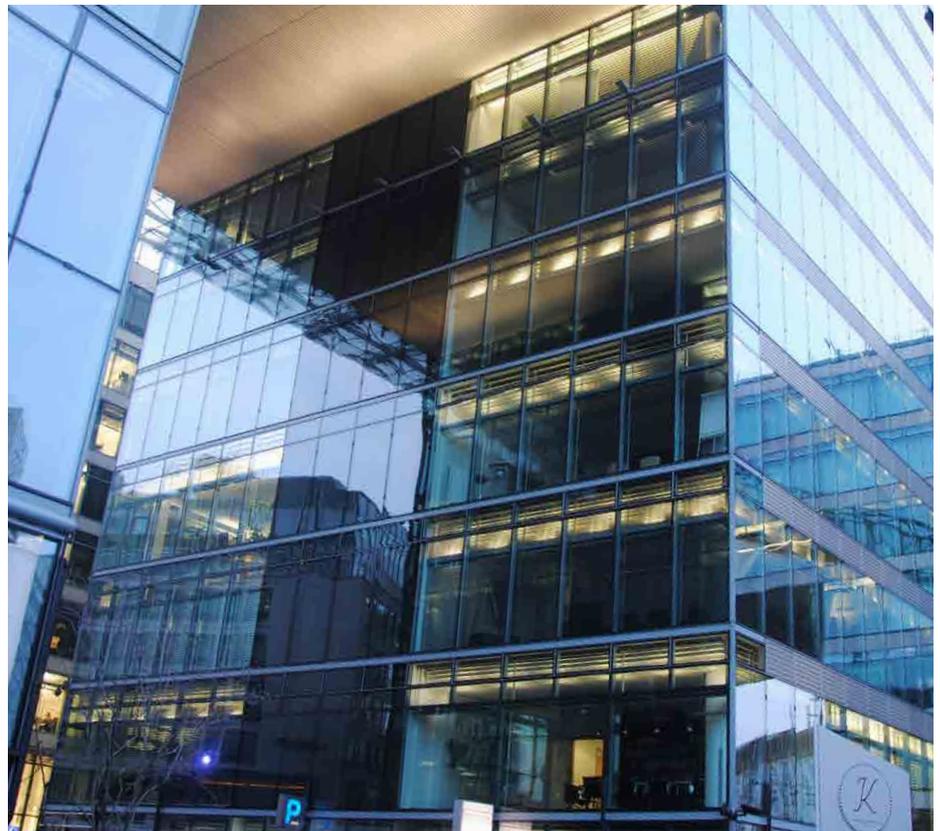
Im Rückblick auf das Jahr 2020 werden uns vor allem die Corona-Pandemie und ihre fundamentalen Auswirkungen auf Wirtschaft, Gesellschaft und menschliches Miteinander im globalen Maßstab in Erinnerung bleiben. Allein in Deutschland kämpfen hunderttausende Betriebe und damit verbunden Millionen von Arbeitnehmern infolge der Maßnahmen zur Krisenbewältigung um ihre wirtschaftliche Existenz. Vielen ist noch gar nicht bewusst, welche grundlegenden Veränderungen infolge dieser globalen Katastrophe bevorstehen. Noch befindet sich Deutschland in einer Form der Schockstarre, die an vielen Stellen ein unternehmerisches Engagement hemmt und Begegnungen, die unerlässlich für den Vertrauens- und Geschäftsaufbau sind, massiv erschwert.

Wir müssen jetzt den Mut fassen, in die Zukunft zu blicken und die Fragen zu stellen, die uns dahingehend beschäftigen werden. Was kommt danach? Schon jetzt ist absehbar, dass sich internationale Reisetätigkeiten und deren Schwerpunkte verschieben werden. Die klassische Geschäftsreise, wie wir sie bis dato kannten, kommt nicht eins zu eins wieder wie vor der Krise und auch sonst werden wir noch eine lange Zeit mit erheblich reduziertem Reiseverkehr leben. Unsere Arbeitswelt und das Arbeitsumfeld an vielen Arbeitsplätzen werden sich nachhaltig ändern. Digitale Prozesse und Abläufe werden eine neue Selbstverständlichkeit im Arbeitsleben unserer Volkswirtschaft gewinnen, worauf wir in der Ausbildung zukünftiger Fach- und Führungskräfte dringend orientieren müssen. Auch die unangenehmen Folgen der Krise dürfen wir nicht ignorieren. Nach dem Auslaufen der Kurzarbeit werden dem Arbeitsmarkt mittelfristig Millionen Arbeitnehmer zur Verfügung stehen. Die von der Bundesregierung beschlossene Aussetzung der Insolvenzantragspflicht hat das Problem nur in zeitlicher, nicht aber in qualitativer Dimension verschoben. Zehntausende bis

hunderttausende Betriebe werden von der unternehmerischen Landkarte verschwinden. Damit einhergehend werden Bund, Länder und Kommunen durch die resultierenden Steuerausfälle auf bisher ungekannte Weise belastet. Wir müssen auch der Tatsache ins Auge blicken, dass die Steuer- und Abgabenglast, wo Deutschland ebenfalls Weltmarktführer ist, in diesem Jahr trotz der Bundestagswahl nicht sinken wird.

In diesen Zeiten der Unsicherheit ist ein starkes und verlässliches Netzwerk, wie der BWA es bietet, mehr denn je gefordert. Die beachtliche Resilienz, die unser Verband während der Corona-Krise gezeigt hat, ist für uns Motivation und Verpflichtung zugleich, weiterhin kontinuierlich im Interesse unserer Mitglieder zu wirken, um auch in der Zukunft als Partner an Ihrer Seite zu stehen. Ich wünsche Ihnen eine erkenntnisreiche Lektüre unseres neuen BWA-Journals und lade Sie herzlich ein, mit uns in den Austausch zu treten.

Ihr Thomas Sapper
Präsident



Liebe Leserinnen und Leser,



Das Jahr 2020 liegt nun hinter uns und hat uns alle in besonderer Weise gefordert. Über die Corona-Pandemie und deren Folgen für Wirtschaft und Gesellschaft ist hinreichend geschrieben worden. Die tatsächlichen mittel- und langfristigen Auswirkungen werden noch zu analysieren sein. Mit dem vorliegenden Journal möchten wir den Blick bewusst nach vorne richten und einige Perspektiven aufzeigen, von denen wir denken, dass sie infolge der globalen Entwicklungen an Relevanz gewinnen werden.

Die Diskussion um die Bedeutung zuverlässiger Lieferketten hat der politischen Bedeutung der Außenwirtschaft eine neue Dynamik verliehen. Für Deutschland als exportabhängiger Nation bedarf es hierfür starker internationaler Partnerschaften.

Welche außenwirtschaftliche Orientierung sollte Deutschland in den kommenden Jahren einnehmen? Das Verhältnis zwischen eigenen Werten und Prinzipien und neuen wirtschaftlichen Gestaltungsmächten muss sorgfältig abgewogen werden. Im vorliegenden Journal diskutieren zwei Vizepräsidenten des Deutschen Bundestages, Dr. Hans-Peter Friedrich und Wolfgang Kubicki, die gegenwärtigen Entwicklungstendenzen. Der Russland- und Osteuropabeauftragte der Bundesregierung, Johann Saathoff, blickt auf die Beziehungen zu unseren östlichen Nachbarn. Die Botschafter Chinas und Russlands bringen in exklusiven Interviews ihre Perspektive der

zukünftigen Entwicklung zur Sprache, ebenso wie versierte Kenner der transatlantischen Beziehungen unsere aktuelle Standortbestimmung gegenüber den USA verorten. Natürlich kommen auch Experten aus Wirtschaft und Wissenschaft zu Wort, etwa zur Frage des Fachkräftemangels oder den Potenzialen asiatischer Märkte.

Wir sind beim BWA der Überzeugung, dass eine schnelle wirtschaftliche Erholung unseres Landes jetzt ein entschlossenes Handeln benötigt. In den vergangenen zwei Jahrzehnten hat der BWA immer wieder wichtige Impulse zur Förderung des Wirtschaftsstandortes Deutschland geleistet.

Wir engagieren uns kontinuierlich für mehr Sachverstand in der politischen wie wirtschaftlichen Debatte im ständigen Austausch mit führenden Akteuren aus Politik, Diplomatie, Wirtschaft, Wissenschaft und Zivilgesellschaft. Ich hoffe, dass von den Beiträgen, die wir in diesem Heft versammelt haben, einige Anregungen ausgehen, wie wir die Zukunft unseres Landes nach der Corona-Pandemie gestalten können. Dabei sind wir beim BWA immer offen für neue Sichtweisen, und ich möchte Sie an dieser Stelle dazu einladen, mit uns in den Dialog zu treten und sich bei uns zu engagieren.

In einer Zeit, in der persönliche und internationale Begegnungen nur schwer möglich waren, hat sich unser globales Wirtschaftsnetzwerk von unschätzbarem Wert erwiesen.

Michael Schumann



Michael Schumann ist Vorstandsvorsitzender des BWA. 2006 in den BWA-Senat berufen, gehört er dem Vorstand des BWA bereits seit 2013 an. Schumann war mehr als 15 Jahre lang in den Bereichen Politikberatung, Public Affairs und Public Relations tätig und hatte leitende Positionen in verschiedenen Agenturen, Wirtschafts- und Medienverbänden inne, bevor er 2010 für mehrere Jahre nach China ging, wo er politische Institutionen, kommunale Entscheidungsträger und große Unternehmen bei ihrer Internationalisierung beriet und nach Deutschland führte. Er setzt sich seit vielen Jahren für die deutsch-chinesische Freundschaft ein, und übernahm den Vorstandsvorsitz des BWA im April 2018.

Der BWA wird weiter daran arbeiten, seine internationalen Verbindungen zu festigen und auszubauen, um Ihren geschäftlichen Erfolg bestmöglich zu unterstützen. Ich wünsche Ihnen den Mut, mit Optimismus und neuen Ideen nach vorne zu blicken, und die Tatkraft und Kreativität, diese Impulse in unternehmerisches und persönliches Wirken schöpferisch einfließen zu lassen.

Ihr Michael Schumann
Vorstandsvorsitzender

Interview mit Dr. Hans-Peter Friedrich, MdB

Vizepräsident des Deutschen Bundestages und Bundesminister a.D.

Dr. Hans-Peter Friedrich, MdB



Dr. Hans-Peter Friedrich ist Bundestagsabgeordneter und Vizepräsident des Deutschen Bundestages. Zuletzt war er Bundesminister des Innern und Bundesminister für Landwirtschaft. Davor war Dr. Friedrich stellvertretender Vorsitzender der CDU/CSU-Fraktion und Vorsitzender der CSU-Landesgruppe im Deutschen Bundestag.

BWA-Journal: Herr Dr. Friedrich, unser Land und die gesamte Welt wurden durch die Corona-Krise in eine wirtschaftliche und gesellschaftliche Krise ungeahnten Ausmaßes geworfen. Wie beurteilen Sie die bisherige Bewältigung der Pandemie in Deutschland vom heutigen Zeitpunkt aus rückblickend und welche Entwicklungen erwarten Sie für das Jahr 2021?

Dr. Hans-Peter Friedrich: Deutschland ist bisher im Vergleich zu anderen Ländern relativ gut durch die Krise gekommen. Das entschlossene Handeln der Politik hat sicher dazu beigetragen, aber der eigentliche Grund liegt darin, dass unsere Wirtschaft eine sehr solide Substanz hat, die es jetzt weiter zu stärken gilt. Die wirtschaftliche Entwicklung 2021 wird entscheidend davon abhängen, ob es gelingt, die Akzeptanz der Präventivmaßnahmen aufrecht und die Infektionszahlen gering zu halten. Es sollten auch die gesellschaftlichen Effekte nicht unterschätzt

werden, etwa die Folgen, die diese Zeit für Kinder, Jugendliche, ältere Menschen und Familien hatte. Es drohen schon jetzt gesellschaftliche Strukturen wie das Vereinsleben wegzubrechen.

BWA-Journal: Wie beurteilen Sie als ehemaliger Bundesinnenminister das Verhältnis von Infektionsschutz und Bürgerrechten in der gegenwärtigen Umsetzung der Maßnahmen zur Pandemiebekämpfung? Entwickeln wir gerade ein neues Verständnis von innerer Sicherheit?

Dr. Hans-Peter Friedrich: Zum Verständnis innerer Sicherheit gehört schon immer, den Schutz von Leben und Gesundheit der Bürger zu gewährleisten. Daran hat sich nichts geändert. Vielmehr ging es in den letzten Wochen und Monaten eher darum, das Verhältnis zwischen Sicherheit, also Lebens- und Gesundheitsschutz, und der Gewährung von Freiheitsrechten, wie zum Beispiel der Versammlungsfreiheit, immer wieder neu auszutarieren. Parallel zum Infektionsgeschehen bzw. zur Belastung unseres Gesundheitssystems waren - und sind immer noch - die Maßnahmen zur Unterbrechung der Infektionsketten immer wieder neu zu bewerten und auf ihre Verhältnismäßigkeit hin zu überprüfen. Bislang ist uns das gut gelungen.

BWA-Journal: Was ist Ihre Wahrnehmung des gesellschaftlichen Debattenklimas in den letzten Jahren?

Dr. Hans-Peter Friedrich: Das Debattenklima wird zusehends rauer und unversöhnlicher. Schlimmer noch, mit intolerantem Ton spricht man teilweise anderen Meinungen die Legitimität ab. Einen Beitrag zu dieser Entwicklung leisten sicher die sozialen Medien, in denen sich jeder auch anonym und unter Außerachtlassung einfachster Anstandsregeln äußern kann. Und schließlich können die einzelnen Internet-Filterblasen, in denen man leicht ausschließlich seinesgleichen findet, die Radikalisierung unterschiedlicher Positionen befeuern.

BWA-Journal: Was ist aus Ihrer Sicht notwendig, um demokratische Diskurse zu stärken und den politischen Rändern den Nährboden für die Besetzung von Themenfeldern zu entziehen, deren Lösungen in der Mitte der Gesellschaft gefunden werden sollten?

Dr. Hans-Peter Friedrich: Jede Meinung, und sei es eine Mindermeinung oder eine radikale Meinung, muss im Diskurs ernst genommen und behandelt werden. Bestimmte Meinungen zu diskreditieren oder totzuschweigen, statt mit ihnen argumentativ umzugehen, stärkt die radikalen Ränder.

BWA-Journal: Welche Maßnahmen sind aus Ihrer Sicht notwendig, um die führende Stellung des Wirtschaftsstandortes Deutschland zukünftig zu sichern? Was ist Ihr Ratschlag für Unternehmer unter den gegenwärtigen Umständen?



Dr. Hans-Peter Friedrich: Zunächst einmal muss sich der Staat auf das konzentrieren, was seine Aufgabe ist, nämlich Rahmenbedingungen zu schaffen, die Wirtschaften und Investieren ermöglichen. Dazu gehören Infrastruktur, Bildung und Forschung zu finanzieren und voranzubringen. Und der Staat muss es unterlassen, den eigenen Unternehmen neue Belastungen finanzieller oder bürokratischer Art aufzubürden, die sie im internationalen Wettbewerb behindern. Im Gegenteil: Unternehmen brauchen jetzt für Innovation und Transformation neue finanzielle Möglichkeiten und Handlungsspielräume. Die Unternehmer müssen deshalb ihre Anforderungen an den Wirtschaftsstandort und seine Bedingungen klar und vernehmbar artikulieren.

BWA-Journal: *Die Debatte um die Relevanz der Digitalisierung hat durch diese Krise an neuer Dynamik gewonnen. Was sind Ihre Erwartungen an den Stand der Anwendung digitaler Verfahren in Wirtschaft, Politik und Verwaltung in den kommenden Jahren?*

Dr. Hans-Peter Friedrich: Die Krise hat deutlich gemacht, dass die Digitalisierung ein Potenzial hat, das es noch viel stärker zu nutzen gilt. Ein Beispiel war die nur punktuell funktionierende Umstellung von Schulunterricht auf digitale Formate. Es muss jetzt darum gehen, die digitale Infrastruktur auszubauen und in den nächsten zwei Jahren dafür zu sorgen, dass Behörden, Schulen, Krankenhäuser und Gewerbegebiete mit Glasfaseranschlüssen ausgestattet werden und wir möglichst zügig das 5G Netz ausbauen. Der Transformationsprozess in allen Bereichen der Wirtschaft muss zügig vorangetrieben werden, wobei es auch notwendig ist, die Sicherheit und Integrität der Netze im Blick zu behalten.

BWA-Journal: *Welche Rolle wird der Außenwirtschaft unter den von Ihnen beschriebenen Konstellationen zukommen und was kann der BWA leisten, um die deutsche Wirtschaft bei ihrem internationalen Engagement weiter zu unterstützen?*

Dr. Hans-Peter Friedrich: Für das Exportland Deutschland wird die Außenwirtschaft auch in der Zukunft eine dominierende Rolle spielen. Es muss jetzt darum gehen, die Bedeutung der arbeitsteiligen Wirtschaft und offener Märkte zu unterstreichen und jeder Art von industriepolitischen Protektionis-

mus im In- und Ausland entgegenzuwirken. Der BWA muss für diese Erfolgsgrundlage der deutschen Wirtschaft auch politisch offensiv eintreten.

BWA-Journal: *Wie muss sich Deutschland gegenüber den globalen Gestaltungsmächten USA, China und Russland sowie innerhalb der EU positionieren, um seine Interessen weiter zielgerichtet zu verfolgen? Welche Partnerschaften gilt es dazu aus Ihrer Sicht in den nächsten Jahren zu intensivieren?*

Dr. Hans-Peter Friedrich: Wir brauchen eine gemeinsame, starke und politisch handlungsfähige Europäische Union. Die EU zusammenzuhalten, ist das wichtigste Interesse unseres Landes. Als wirtschaftlich starkes Europa können wir in den internationalen Beziehungen der globalen Mächte unsere eigene Rolle spielen. Viele Länder Zentralasiens, aber auch Südasiens setzen auf Zusammenarbeit mit Deutschland und der Europäischen Union, ihnen müssen wir die Hand reichen. Und wir haben eine gesamteuropäische Mitverantwortung für den afrikanischen Kontinent. Und schließlich geht es darum, mit Russland und vor allem China gemeinsam die Stabilität auf dem eurasischen Subkontinent zu gewährleisten, die ein friedliches Miteinander für die Zukunft ermöglicht. Bei all diesen Aufgaben der EU kommt Deutschland eine Führungsrolle zu.

BWA-Journal: *Im vergangenen Jahr haben Sie mit uns die China-Brücke gegründet und leiten seitdem dieses Netzwerk von Entscheidungsträgern aus Politik und Wirtschaft. Was bewegt Sie in Ihrem Engagement für die Vertiefung der Beziehungen zu China und welche Chancen und Herausforderungen sehen Sie darin für Deutschland in den kommenden Jahren?*

Dr. Hans-Peter Friedrich: Es überrascht mich immer wieder, gefragt zu werden, warum ich die Beziehungen zu China für so wichtig halte. Allein ein Blick auf unsere Wirtschaftsbeziehungen macht deutlich, wie stark die chinesische und die europäische Wirtschaft inzwischen verflochten sind. Betrachtet man die großen politischen Herausforderungen der Zeit, angefangen beim Klimaschutz, über den weltweiten digitalen Transformationsprozess bis hin zu neuen Technologien und dem medizinischen Fortschritt, wird erkennbar, dass keine dieser Herausforderungen ohne engste Partnerschaft mit den USA und China bewältigt werden



können. Die größte Herausforderung aber besteht darin zu verhindern, dass der Wettbewerb der Weltmächte zu einer neuen Spaltung der Welt führt. Deutschland und Europa müssen hier eine wichtige Brückenfunktion übernehmen.

BWA-Journal: *Was sind Ihre persönlichen Ideen für die Zukunft Deutschlands, die in der nächsten Wahlperiode umgesetzt werden sollten?*

Dr. Hans-Peter Friedrich: Erstens müssen die Abläufe in Deutschland schneller werden. Nur mit Planungsbeschleunigung und Entschlackung der öffentlichen Verfahren wird es möglich sein, die Infrastruktur, auch die digitale Infrastruktur, rasch auszubauen. Zweitens brauchen Unternehmen, um im internationalen Wettbewerb zu bestehen, finanzielle Handlungsspielräume. Die Senkung der Unternehmenssteuer ist überfällig und neue Belastungen müssen unterbleiben. Nach der Corona-Krise wäre ein Belastungsmoratorium für die gesamte deutsche Wirtschaft nötig. Drittens muss das Land der Erfinder und Ingenieure wieder Lust auf Unternehmer- und Pioniergeist bekommen. Nur mit Innovation und neuer Technologie lässt sich Nachhaltigkeit erreichen. Wir brauchen deshalb eine Forschungsförderung, die den Freiraum für neue Ideen eröffnet.

BWA-Journal: *Herr Dr. Friedrich, herzlichen Dank für das Gespräch und weiterhin viel Erfolg bei Ihrem politischen Wirken.*

Die Zukunft der Corona-Strategie

Eine liberale Perspektive

Wolfgang Kubicki, MdB



Wolfgang Kubicki gehörte dem Kieler Landtag von 1992 bis 2017 an. 1992/93 und von 1996 bis 2017 war er Vorsitzender der FDP-Fraktion im Schleswig-Holsteinischen Landtag. Er ist seit 2013 stellvertretender Bundesvorsitzender der Freien Demokraten. Seit 2017 gehört er nach 1990/92 und 2002 wieder dem Bundestag an. Er wurde Ende Oktober 2017 zum Vizepräsidenten des Deutschen Bundestages gewählt. Er ist Rechtsanwalt. Wolfgang Kubicki ist in dritter Ehe mit der Strafrechtlerin Annette Marberth-Kubicki verheiratet und hat zwei Kinder.

Man kann wahrlich nicht sagen, dass das Jahr 2020 für uns viele positive Überraschungen bereithielt. Doch die Nachricht von der Entwicklung eines Impfstoffes gegen Covid-19, der einen Schutz von mindestens 90 Prozent gewährleistet, war eine wirklich gute. Es ist, da waren sich die Experten von Lauterbach über Streeck bis Kekulé und Schmidt-Chanasit schnell einig, ein medizinischer Durchbruch. Die grenzenlose Vorfreude auf die „Zeit danach“, die aussehen soll wie die „Zeit davor“, auf den unbeschwerten Grillabend mit Freunden, auf den Kinobesuch oder auf die Fußball-Europameisterschaft darf jedoch nicht darüber hinwegtäuschen, dass wir zunächst die „Zeit dazwischen“ meistern müssen. Denn bis zur endgültigen Herstellung einer Herdenimmunität vergehen viele Monate, eher

einige Jahre, die noch viele gesellschaftliche Konflikte mit sich bringen werden.

Doch der Reihe nach: In den Anfangstagen der Pandemie gab es im politischen Berlin keine zwei Meinungen. Die Bilder aus Bergamo ließen für Deutschland Schlimmes erahnen. Waren die Experten um Christian Drosten und Lothar Wieler noch in den ersten Wochen des Jahres 2020 relativ entspannt, so erlebten wir Ende Februar/Anfang März eine vollständige Umkehrung der Risikoeinschätzung. Alle Fraktionen des Deutschen Bundestages stimmten daher im März der Änderung des Infektionsschutzgesetzes zu. Es galt: Retten, was zu retten ist. Viele Informationen lagen für diese Entscheidung nicht vor. Die wenigen Informationen waren aber allesamt extrem beunruhigend. Es musste also schnell gehandelt werden. Das Notwendige tat der Deutsche Bundestag auch.

Noch am 24. März fragte mich ein Journalist, welche Konsequenzen aus dem schnellen politischen Eingreifen zu erwarten sind. Ich sagte: „Klar ist, das absolute Herunterfahren unserer bisherigen Ordnung, die Grundrechtseinschränkungen sowie das zwangsweise Schließen gesamter Branchen dürfen nur Maßnahmen von kurzer und überschaubarer Dauer sein. Wir bewegen uns bei all den bisherigen Maßnahmen der Bundes- und der Landesregierungen an der Grenze zur Unverhältnismäßigkeit und damit Verfassungswidrigkeit. Die Bundes- und Landesregierungen müssen deshalb dringend einen zeitlichen Korridor benennen, wann diese Beschränkungen aufgehoben werden. Dass dieser Zustand aus verfassungsrechtlichen Gründen nicht monatelang aufrechterhalten werden kann, liegt auf der Hand. Im Zweifel wird der Bundestag die Bundesregierung zur Rückkehr zu geordneten freiheitlich-demokratischen Verhältnissen zwingen müssen.“

Im Nachhinein muss ich feststellen: Ich habe den Willen der Unionsabgeordneten, der eigenen Verantwortung in der Krise gerecht werden zu wollen, damals überschätzt. Denn der verantwortungsbefreite Umstand des Exekutivhandelns kam offensichtlich den Mitgliedern der CDU/CSU-Bundestagsfraktion ganz gut zupass. Sie weigerten sich über einen langen Zeitraum, das Heft des Handelns in die Hand zu nehmen und nahmen den beschriebenen, verfassungsrechtlich zweifelhaften Zustand in Kauf.

Innerhalb des ersten halben Jahres Ausnahmezustand, in dem sich die Exekutive von Verordnung zu Verordnung hangelte, trudelten deshalb monatlich regelmäßig um die zehn Entscheidungen von Ober- und Verfassungsgerichten ein. Hierin wurden einige der beklagten Anti-Corona-Maßnahmen als rechts- oder verfassungswidrig befunden. Diese Eilentscheidungen ließen gleichzeitig ein beunruhigendes und ein beruhigendes Gefühl entstehen: Beunruhigend, weil sie das Ausmaß behördlicher Übergriffigkeiten offenlegten. Beruhigend, weil die Judikative letztlich über die rechtsstaatliche Ordnung wachte. Das Grundgesetz gilt dankenswerterweise auch in der Pandemie.

Trotzdem haben sich viele politische Entscheidungsträger in dem Ausnahmezustand eingerichtet. Es ist einfach leichter, unter Hinweis auf die bedrohliche Situation durchzuregieren, als sich unangenehmen Nachfragen der Parlamentarier stellen zu müssen. Dass dies langfristig zu erheblichen Problemen führen kann, war den meisten vielleicht nicht bewusst. Der parlamentarische Prozess ist auch deshalb ein zentrales Element unserer freiheitlichen Demokratie, weil er eine integrierende und friedensstiftende Wirkung auf die Gesellschaft hat. Findet er in entscheidenden Fragen nicht mehr statt, kann sich auch der innergesellschaftliche Streit nicht mehr in geregelten Bahnen entladen. Die vielfältigen und zahlenmäßig zunehmenden Anti-Corona-Demonstrationen sind Vorzeichen einer Konfliktlage, die noch härter wird, wenn wir die verschiedenen Stimmungen und Stimmen nicht mehr angemessen hören und in der offenen Debatte berücksichtigen – oder schlimmer noch: wenn wir berechnete Ängste rundheraus als Ausdruck einer Aluhutmentalität abqualifizieren. Nicht alle, die Sorgen um ihre Zukunft oder um die Zukunft ihrer Kinder haben, meinen, dass Bill Gates ihnen einen Chip implantieren und uns zu ferngesteuerten Zombies machen will. Es stehen Millionen Arbeitsplätze auf dem Spiel. Über die damit verbundenen Ängste darf niemand nonchalant hinweggehen.

Wer nur daraufblickt, was dem unmittelbaren Corona-Gesundheitsschutz dient und Lockdown-Begleiterscheinungen dabei einfach wegschiebt, der ist vor allem eines: einäugig. Im Frühjahr erlebten wir, dass die alleinige Fixierung auf Infiziertenzahlen andere Prob-

lemlagen leichter unter den Tisch fallen ließ. Das änderte sich auch mit dem Herbst-Lockdown nicht. Experten sind sich sicher, wir werden es noch mit erheblichen psychischen Folgewirkungen zu tun haben, die nicht so schnell sichtbar sind. Gerade in der dunklen Jahreszeit ist die staatlich angeordnete Reduzierung von Kontakten für viele Menschen qualvoll und belastend. Und obwohl der Impfstoff ein sehr schwaches Licht der Hoffnung ist: Das wird über die lange Übergangszeit wahrscheinlich nicht ausreichen, um die erheblichen persönlichen Zumutungen über Monate mental auszugleichen.

Mit der Entwicklung des Impfstoffes verschwinden zentrale Fragen nicht, es entstehen zum Teil sogar neue: Was wird unsere Strategie sein, wenn sich die Infiziertenzahlen wie ein Jo-Jo auf- und abwärts bewegen? Schließen und öffnen wir die Restaurants, Tattoo-Studios und Kneipen immer wieder im Wechsel? Greift der Bund dann immer wieder mit zehn Milliarden ein, um die Unternehmen zu stützen? Und was machen wir, wenn ein Teil der Bevölkerung bereits geimpft ist, der andere aber nicht? Dürfen die Geimpften dann ins Restaurant gehen oder ohne Maske in der Bahn sitzen, die anderen aber nicht? Werden

dann für die Immunisierten die Grundrechte eingeschränkt, obwohl von ihnen und für sie keine Gefahr mehr ausgeht? Oder bekommen wir zwei Kategorien von Grundrechten: Für Immunisierte „Grundrechte plus“ und für die anderen „Grundrechte light“ – und wie kann man beide Gruppen voneinander unterscheiden? Wer soll als erstes geimpft werden – die Alten und Vorerkrankten, wie es die Bundesregierung möchte, oder eher die Beschäftigten im Gesundheitsdienst, wie es meine Fraktion für richtig hält?

Es ist Aufgabe des Deutschen Bundestages, sich schon früh mit diesen wahrscheinlichen Friktionen und Spannungen zu beschäftigen und um die bessere Lösung zu ringen. Es wird nicht die einzig richtige Lösung geben, die alle Interessen optimal einbindet. Dieser Illusion hängt niemand nach. Deshalb ist es umso notwendiger, dass wir den Kompromissweg mithilfe der transparenten Diskussion offen legen. Die Debatte ermöglicht es den Menschen nachzuvollziehen, welche rechtlichen Hürden, Gruppeninteressen und individuelle Problemlagen eine Rolle bei der Entscheidung spielen. Mit der Parlamentsdebatte steht und fällt die Akzeptanz der weiteren Maßnahmen. Es wäre töricht und gefährlich, würden wir auf

dieses friedensstiftende Element verzichten. In den vergangenen Monaten haben viele Anti-Corona-Maßnahmen fraglich erscheinen lassen, ob sie auch wirklich den Zweck zur Eindämmung des Virus erfüllen oder ob sie nicht eher den Eindruck von energischer Handlungsstärke vermitteln sollen. Erkennen die Menschen in dieser Frage eine zu große Spreizung, besteht die große Gefahr, dass die beschlossenen Einschränkungen als unbotmäßige Repression wahrgenommen werden. Wenn also das Lesen eines Buches auf einer Parkbank hart bestraft wird, die Hochzeitsfeier mit illegal mehreren hundert Teilnehmern aber unbehelligt bleibt, dann mag der Gedanke hinter diesen Entscheidungen noch so gut sein. Im Ergebnis beschädigen sie mehr, als dass sie schützen.

Die Bundeskanzlerin hat den Deutschen eine entbehrungsreiche Zeit vorhergesagt. Daran besteht sicher kein Zweifel. Das Ziel, die Überwindung dieser Krise so gut und so schnell zu meistern, eint alle Beteiligten. Über den besseren Weg, wie dieses bewerkstelligt werden soll, müssen wir streiten. Jeden Tag.



Interview mit S.E. Wu Ken

Botschafter der Volksrepublik China in der Bundesrepublik Deutschland

S.E. Wu Ken



Wu Ken ist seit dem 27. März 2019 Botschafter der VR China in der Bundesrepublik Deutschland. 1986-90 erste Stationen in der Personal- und Osteuropaabteilung des Außenministeriums der VR China. 1990-93 Verwendung an der Botschaft in Bonn, 1993-98 weitere Stationen in der Personalabteilung des Außenministeriums, die er von 2003-2007 leitete. 2007-2010 Botschafter in Österreich und 2010-2013 Botschafter in der Schweiz. 2013-2016 stellv. Generalsekretär der Provinzregierung von Guangdong. 2016-2019 Botschafter in den Niederlanden.

BWA-Journal: *Exzellenz, die Corona-Pandemie war das bestimmende Thema im Jahr 2020. Die Weltwirtschaft befindet sich derzeit in einer historischen Rezession. Wie sieht China die Zukunftsperspektiven der globalen Handels- und Wirtschaftsbeziehungen?*

S.E. Wu Ken: Die weltweite Ausbreitung des neuartigen Coronavirus hat die Weltwirtschaft in eine Rezession gestürzt, und es ist noch kein Ende der Pandemie in Sicht. Das Ausmaß ihrer Auswirkungen auf die Weltwirtschaft kann zum jetzigen Zeitpunkt noch nicht genau beurteilt werden. Die chinesische Regierung hat im Geiste der Verantwortung für das Leben und die Gesundheit ihrer Bevölkerung entschiedene Maßnahmen ergriffen. Es ist uns schon gelungen, die Epidemie

in China unter Kontrolle zu bringen und das wirtschaftliche und soziale Leben schrittweise wieder zu normalisieren. Am 15. November hat China mit 14 anderen Ländern im Asien-Pazifik-Raum das Abkommen zur regionalen umfassenden Wirtschaftspartnerschaft (Regional Comprehensive Economic Partnership, RCEP) unterzeichnet, die etwa ein Drittel der Weltbevölkerung und ein Drittel der weltweiten Wirtschaftsleistung umfasst. Die Unterzeichnung dieses Abkommens ist ein starkes Signal gegen Unilateralismus und Protektionismus und ein Signal für die Wahrung des multilateralen Systems, und trägt zur Stärkung des allseitigen Vertrauens in das Wirtschaftswachstum bei. Zum Wohle und Nutzen aller wird China auch in Zukunft die WTO-Reformen unterstützen, die Aushandlung eines China-EU-Investitionsabkommens vorantreiben und die trilaterale Hilfe fördern.

BWA-Journal: *Im Jahr 2013 hat der chinesische Staatspräsident Xi Jinping mit der Belt-and-Road-Initiative (BRI) ein Projekt zur globalen wirtschaftlichen Zusammenarbeit ausgerufen. Mit welcher Bilanz blicken Sie auf die bisherigen Entwicklungen zurück und wie schätzen Sie die Bedeutung der „Neuen Seidenstraße“ im Kontext der Corona-Krise ein?*

S.E. Wu Ken: In den sieben Jahren seit Beginn der Belt-and-Road-Initiative (BRI) hat China bereits 201 Kooperationsvereinbarungen mit 138 Ländern und 31 internationalen Organisationen unterzeichnet und mehr als 2000 Kooperationsprojekte begonnen. Das Gesamthandelsvolumen zwischen China und den Ländern entlang der Neuen Seidenstraße beläuft sich mittlerweile auf mehr als 7,8 Billionen Dollar. Zehntausende Menschen haben im Zuge dessen Arbeit gefunden, und alle teilnehmenden Länder haben von der Initiative profitiert. Seit Ausbruch der Epidemie hat China mit den Ländern, die an der Belt-and-Road-Initiative beteiligt sind, in den Bereichen Epidemieprävention und -bekämpfung sowie medizinische Behandlung kooperiert und so einen Beitrag zur Gesundheit der lokalen Bevölkerung geleistet. Ein weiterer Höhepunkt ist das Wachstum des Zugverkehrs zwischen China und Europa, der eine positive Rolle bei der Prävention und Eindämmung der Epidemie, der Wieder-

aufnahme der Arbeit und Produktion sowie der Stabilisierung der Lieferketten zwischen China und Europa gespielt hat.

BWA-Journal: *In der Logistik, im Bereich der Zuliefererindustrie und vielen weiteren sind die wirtschaftlichen Verflechtungen mit chinesischen Firmen mittlerweile sehr eng. Hingegen gibt es Bereiche wie die Telekommunikationsinfrastruktur und auch das Gesundheitswesen, in denen die deutsche Seite einer intensiveren Zusammenarbeit bisher eher verhalten gegenübersteht. Welche Schritte unternimmt China, um diese Vorbehalte abzubauen?*

S.E. Wu Ken: Die chinesisch-deutsche Wirtschafts- und Handelskooperation steht auf einem soliden Fundament. Deutschen Statistiken zufolge ist China als weiterhin größter Handelspartner Deutschlands nun auch zum größten deutschen Exportmarkt aufgestiegen. Dies liegt zum einen an den guten Beziehungen und der wirtschaftlichen Komplementarität beider Länder, und zum anderen an der kontinuierlichen Öffnung Chinas. In 2020 hat China das neue „Gesetz zu ausländischen Investitionen“ sowie entsprechende ergänzende Vorschriften umgesetzt, die Negativliste für den Marktzugang ausländischer Investoren im vierten Jahr in Folge reduziert, alle ausländischen Investoren in China gleich behandelt, und so das Geschäftsumfeld deutlich verbessert. Wir hoffen, dass Deutschland auch weiterhin eine aufgeschlossene Haltung und Politik verfolgen und chinesische Unternehmen bei der Zusammenarbeit in den Bereichen wie Telekommunikation, Technologie und Medizin gleich, fair und transparent behandeln wird.

BWA-Journal: *Angenommen, ein deutsches mittelständisches Unternehmen fasst den Entschluss, in China geschäftlich aktiv zu werden – sei es durch Erschließung von neuen Absatzmärkten oder einen Standortaufbau. Welche Schritte können die diplomatischen Vertretungen Chinas in Deutschland leisten, solche Vorhaben konkret zu unterstützen?*

S.E. Wu Ken: Wir begrüßen die Investitionen deutscher Unternehmen in China in allen Bereichen. Neben unserer Botschaft in Berlin bietet China auch in seinen vier Generalkonsulaten in Hamburg, München,



Frankfurt und Düsseldorf Dienstleistungen wie Beglaubigung und Legalisation, Visa-Abwicklung und Politikberatung für deutsche Unternehmen an, die sich für eine Geschäftstätigkeit in China interessieren. Darüber hinaus bieten auch die Chinesische Handelskammer in Deutschland (CHKD) und die China International Investment Promotion Agency (Germany) als Wirtschaftsverbände eine gute Plattform für Beratungsleistungen und Business-Matchmaking für deutsche Unternehmen.

BWA-Journal: *Seit der Gründung im Jahr 2003 unterstützt der BWA vielfältige Bemühungen, die chinesische und deutsche Wirtschaft näher zusammen zu bringen und geschäftliche wie auch persönliche Kontakte zu fördern. Welche Impulse erwarten Sie in den nächsten Jahren von Seiten des Verbandes?*

S.E. Wu Ken: Ich weiß es zu schätzen, dass der BWA in der Vergangenheit einen wichtigen Beitrag zum Austausch und der Zusammenarbeit zwischen der chinesischen und deutschen Wirtschaft geleistet hat. Ich hoffe, dass der BWA seine gute Arbeit fortsetzen wird, um die Verbindungen und die Zusammenarbeit zwischen den Unternehmen beider Länder noch pragmatischer, besser und nachhaltiger zu unterstützen. Einige deutsche Medien betreiben schon seit langem

eine einseitige und unsachliche Berichterstattung über China und machen es deutschen Unternehmen sehr schwer, ein richtiges Verständnis der Situation in China zu bekommen. Die Unternehmen können daher keine richtigen Urteile und Entscheidungen treffen und verpassen somit gute Gelegenheiten zur Zusammenarbeit mit China. Es steht von daher zu hoffen, dass der BWA eine noch aktivere Rolle als Brückenbauer spielen wird, um Akteuren aus der deutschen Wirtschaft und Politik objektive und genaue Informationen vermitteln zu können, und das Verständnis zwischen den Unternehmen zu fördern. Das jeweils andere Land richtig zu verstehen, ist eine essenzielle Voraussetzung für die Vertiefung der Zusammenarbeit zwischen den Unternehmen beider Länder.

BWA-Journal: *Abschließend ein Ausblick auf die Zukunft. Welche Hoffnungen verbinden Sie mit Blick auf das dritte Jahrzehnt des 21. Jahrhunderts? Und was sollten China und Deutschland gemeinsam leisten?*

S.E. Wu Ken: Wie bereits erwähnt, steht die Unterzeichnung des RCEP-Freihandelsabkommens sinnbildlich für den festen Glauben der 15 Unterzeichnerstaaten an Multilateralismus und Freihandel und sendet diesbezüglich ein positives Signal an die Welt. Zu Beginn des dritten Jahrzehnts

des 21. Jahrhunderts hoffen wir, dass alle Länder dieser Welt aus der historischen Erfahrung eine internationale Ordnung auf der Grundlage der Vereinten Nationen sowie eine Weltwirtschaftsordnung unter Führung der WTO unterstützen und auf Risiken und Herausforderungen mit Solidarität und Zusammenarbeit, statt mit Konflikten und Konfrontation reagieren.

Als umfassende strategische Partner und Wirtschaftsmächte teilen China und Deutschland die gleichen Ansichten und Verantwortungen bei Themen wie Multilateralismus, Freihandel und Klimawandel. In der nächsten Phase müssen wir die bilaterale Zusammenarbeit weiter vertiefen, die Zusammenarbeit in aufstrebenden und zukunftsorientierten Bereichen wie Digitalisierung, neue Energien und Biomedizin weiter verstärken, und die Kommunikation und Koordination von globalen Themen wie internationale Organisationen, Klimawandel, trilaterale Zusammenarbeit und die Belt-and-Road-Initiative verstärken, um eine führende Rolle bei der Förderung der Zusammenarbeit zwischen China und der EU zu spielen und der internationalen Zusammenarbeit mehr Dynamik zu verleihen.

BWA-Journal: *Herr Botschafter, wir danken Ihnen für das Gespräch.*

Interview mit S.E. Sergej J. Netschajew

Botschafter der Russischen Föderation in der Bundesrepublik Deutschland

S.E. Sergej J. Netschajew



Sergej J. Netschajew ist seit dem 8. März 2018 Botschafter der Russischen Föderation in der Bundesrepublik Deutschland. Nach dem Studium an der Lomonossow-Universität trat er 1977 in den diplomatischen Dienst ein. Wichtige Stationen waren: 1977-80: Mitarbeiter der Botschaft der UdSSR in der DDR sowie 1992-96 und 1999-2001 der Botschaft in der BRD, 2001-2003: Generalkonsul der Russischen Föderation in Bonn, 2010-2015: Botschafter in Österreich, 2015-2018: Direktor des Dritten Europäischen Departements des Außenministeriums.

BWA-Journal: *Exzellenz, die Corona-Pandemie hat viele Vorhaben und Anlässe bis auf Weiteres von der Agenda verschoben. Wie ist Russland durch die Zeit gekommen und wo steht die russische Wirtschaft aktuell?*

S.E. Sergej J. Netschajew: Bei der COVID-19-Pandemie handelt es sich um eine nie da gewesene Herausforderung, die die ganze Welt auf die Festigkeitsprobe stellt. Dank koordinierter, entschlossener und wohl durchdachter Maßnahmen der föderalen und regionalen Behörden bewältigt mein Land diese neue Herausforderung recht erfolgreich. Das wird auch aus den Bewertungen der Weltgesundheitsorganisation deutlich. Im internationalen Vergleich wird in Russland mit die niedrigste Sterblichkeitsrate verzeich-

net. Auf den flächendeckend wellenartigen Anstieg der Infektionszahlen wird mit konsequenten ausgewogenen Maßnahmen reagiert, mit denen die Zahl der Corona-Erkrankten minimiert wird. Es sind zusätzliche Krankenhauskapazitäten geschaffen worden und das vor dem Hintergrund der aktuellen sozialen und wirtschaftlichen Einschränkungen. Die Testzahlen sind bei uns mit über 50 Millionen Tests die höchsten.

Experteneinschätzungen zufolge lässt sich der Einbruch des BIP 2020 nicht vermeiden. Jedoch wird er gemäßigt ausfallen und bei ca. 4-5 Prozent liegen. Der stabilisierende Sicherheitspuffer ist mit milliardenschweren Gold- und Devisenreserven gegeben, die sich mit 580,7 Milliarden US-Dollar beziffern. Hinzu kommen eine niedrige Inflationsrate von 3,7 Prozent, geringe Arbeitslosigkeit. Der Bankensektor bleibt stabil. Große Hoffnungen auf die endgültige Bekämpfung der Coronapandemie verbinden wir mit dem weltweit ersten amtlich registrierten russischen Impfstoff „Sputnik V“. Auch die Entwicklung weiterer Impfstoffe wird demnächst erwartet. Wir sind offen für die Zusammenarbeit mit allen Interessenten in Deutschland und in anderen Ländern.

BWA-Journal: *Die politischen Beziehungen sind derzeit hoch angespannt. Wie verorten Sie die Rolle der Wirtschaft als Brückenbauer und welche konkreten Initiativen stehen derzeit im Fokus der russischen Bemühungen in diesem Bereich?*

S.E. Sergej J. Netschajew: Die deutsch-russischen Beziehungen lassen aktuell tatsächlich zu wünschen übrig. Während einzelne westliche Politiker unter erfundenen Vorwänden jedoch das gemeinsam erarbeitete Positive aus den vergangenen Jahren beharrlich abzubauen versuchen, sind die Wirtschaften beider Länder allen Schwierigkeiten zum Trotz dabei, Traditionen ihrer Vorgängergenerationen zu pflegen, Brücken statt Mauern zu bauen, neue Kooperationsbereiche zu erschließen und zukunftsweisende Projekte zu realisieren. Das freut uns. In unserem Land sind über 4,5 Tausend deutsche Firmen aktiv. Sie investieren in großem Stil und bekennen sich zum russischen Markt. Überzeugend bestätigt wurde das auf der Sitzung des Beirats für ausländische Investitionen in Russland, die

am 19. Oktober 2020 unter dem Vorsitz von Ministerpräsident Mischustin und mit Teilnahme der Spitzenvertreter der führenden deutschen Konzerne online stattgefunden hat. Wir sind fest der Auffassung, dass das Potential der bilateralen Wirtschaftskooperation noch längst nicht ausgereizt ist. Gute, gegenseitig vorteilhafte Aussichten erkennen wir in allen Bereichen. Wir wollen mit aller Kraft dazu beitragen, dass sie auch genutzt werden, und unsere langjährigen umfassenden Bemühungen fortsetzen, um Rahmenbedingungen für ausländische Investoren in Russland zu verbessern. Vielversprechend sind in diesem Sinne die Bereiche wie Energiewirtschaft, insbesondere erneuerbare Energien, Digitalisierung, innovative Entwicklungen in Wissenschaft und Forschung.

BWA-Journal: *Der BWA formuliert seit Jahren die Forderung nach der Abschaffung aller Wirtschaftssanktionen gegenüber der Russischen Föderation im Interesse seiner Mitgliedsunternehmen sowie im Interesse des Wirtschaftsstandortes Deutschland. Was kann die Wirtschaft tun, um dieser Forderung weiteren Nachdruck zu verleihen?*

S.E. Sergej J. Netschajew: Wir schätzen die prinzipielle dauerhafte Position der deutschen Wirtschaft, die sich für die Rücknahme der antirussischen Restriktionen ausspricht. Den rechtswidrigen einseitigen Sanktionen als Form der internationalen Druckausübung stehen wir entschieden ablehnend gegenüber. Wir haben nie die Ingangsetzung von Sanktionsspiralen unterstützt. Russland war und bleibt verantwortungsbewusster internationaler Akteur und zuverlässiger Partner für alle. Wir sind überzeugt, dass der internationalen Kooperation die Grundsätze des freien und fairen Wettbewerbs zu Grunde liegen müssen, nicht jedoch das Diktat einzelner Staaten und Bündnisse, die sich das Recht zu eigen machen wollen, ob und wie andere Staaten miteinander zusammenzuarbeiten haben. Wir machen uns nicht vor, dass die Initiatoren dieser Sanktionen bereit sind, die Forderungen der Wirtschaft zu beherzigen, die durch die antirussischen Restriktionen hauptsächlich betroffen ist. Dennoch wird der gesunde Menschenverstand langfristig und unausweichlich die Oberhand gewinnen, nicht zuletzt auch durch die konsequenten



Bestrebungen der Wirtschaftskreise in den meisten Bundesländern.

BWA-Journal: *Die deutsch-russische Energiepartnerschaft ist eine traditionell erfolgreiche Verbindung zwischen unseren Ländern. Wie sehen Sie die langfristige Zukunft der Zusammenarbeit in den russisch-europäischen Energiebeziehungen?*

S.E. Sergej J. Netschajew: Russland und Deutschland sind durch langjährige konstruktive Beziehungen im Energiebereich verbunden. Dieses Jahr wird der 50. Jahrestag der Unterzeichnung des historischen Erdgas-Röhren-Vertrags gefeiert, der ein solides Fundament für die beidseitig vorteilhafte Zusammenarbeit legte. Die russischen Energielieferungen bleiben eine Fixgröße der europäischen Energiesicherheit. Wir blicken mit Optimismus in die Zukunft. Der zu erwartende Anstieg des Energiebedarfs in der EU setzt im Lichte der rückläufigen Eigenförderung voraus, dass die Kooperation durch neue Initiativen weitergeführt und ausgebaut wird. Die zusätzliche Nachfrage soll durch die Umsetzung des Projekts Nord Stream 2 gedeckt werden, das fertiggestellt und der europäischen Industrie zugutekommen wird. Umfangreiche Möglichkeiten für eine Erweiterung der Zusammenarbeit eröffnet der European Green Deal. Wir sind bereit, unseren Beitrag zur Erreichung ehrgeiziger Klimaziele der EU durch eine enge Kooperation in den Bereichen der erneuerbaren Energien, Wasserstofftechnologien, etc. zu leisten.

BWA-Journal: *Welche Position nimmt Russland zur „Neuen Seidenstraße“ ein? In welchen*

Umfang beteiligt sich ihr Land bereits an dieser globalen Initiative der Volksrepublik China und in welchen Bereichen soll das russische Engagement hierbei verstärkt werden?

S.E. Sergej J. Netschajew: Ohne an der „Belt-and-Road-Initiative“, die auch die „Neue Seidenstraße“ mit einschließt, unmittelbar beteiligt zu sein, sind wir an der Verknüpfung des chinesischen Projekts und der Eurasischen Wirtschaftsunion (EAWU) interessiert. Wir sind fest überzeugt, dass mit der Harmonisierung beider Projekte Grundlage dafür geschaffen werden kann, Eurasien einen neuen geopolitischen Umriss zu geben. Die Zusammenarbeit auf der Ebene der Integrationsbündnisse wird der regionalen Kohärenz und der wirtschaftlichen Entwicklung im eurasischen Raum neue Anreize geben. Ein wichtiges Element stellt in dieser Hinsicht das Abkommen über Handel und wirtschaftliche Zusammenarbeit zwischen der EAWU und China von 2018 dar.

Was konkrete Beispiele für die praktische Zusammenarbeit mit der chinesischen „Belt-and-Road-Initiative“ anbelangt, so sei es angemerkt, dass seit April 2020 die Eisenbahnfahrverbindung zwischen Kaliningrad und Mukran betrieben wird und als Teil dieser Initiative fungiert. Diese Verbindung ermöglicht es, die Dauer der Güterbeförderung zwischen China und Westeuropa erheblich zu reduzieren. Der Warentransport, der über die Schiene aus dem Osten in den Westen abgewickelt wird, wird ausgebaut. Im ersten Halbjahr 2020 wurden auf dieser Route 461 Tausend 20-Fuß-Container befördert, was ein Plus von 41 Prozent im Vergleich zum Vorjahr ausmachte.

Als gegenseitig vorteilhaft für den Ausbau der Zusammenarbeit gelten die Bereiche Energie, Kraftwerksbau, Raumfahrt und Landwirtschaft. Von Interesse sind Kooperationen auf den Gebieten Kultur und Bildung, Tourismus und Sport.

BWA-Journal: *Abschließend ein Ausblick auf die Zukunft der Beziehungen: Was wird sich aus Ihrer Sicht in diesem Jahr in den deutsch-russischen Beziehungen verändern und welche Rolle spielen die wirtschaftlichen Verflechtungen dabei?*

S.E. Sergej J. Netschajew: In seinem Gratulationstelegramm anlässlich des 30. Jahrestages der Deutschen Einheit bekräftigte der Präsident der Russischen Föderation Wladimir Putin, dass unser Land stets bereit ist, zu aktuellen Fragen der bilateralen und internationalen Agenda im Dialog zu bleiben und zusammenzuarbeiten.

Wir rechnen damit, dass positive Impulse für eine Intensivierung gemeinsamer Bemühungen durch Veranstaltungen im Rahmen des deutsch-russischen Themenjahres „Wirtschaft und nachhaltige Entwicklung“ 2020-2022 gegeben werden können. Dieses Themenjahr findet unter der Schirmherrschaft der Außenminister Russlands und Deutschlands statt. Wir würden uns freuen, wenn der BWA und seine Mitglieder sich auch in diesem Rahmen einbringen würden.

BWA-Journal: *Herr Botschafter, wir danken Ihnen für das Gespräch.*

Eine Chance für die Zusammenarbeit

Im Osten gilt es, Potenziale zu nutzen

Johann Saathoff, MdB



Johann Saathoff ist seit 2013 direkt gewählter Bundestagsabgeordneter für den Wahlkreis Aurich-Emden. Zuvor war er seit 2003 Bürgermeister der Gemeinde Krummhörn. Er ist ordentliches Mitglied im Ausschuss für Wirtschaft und Energie und stellvertretender wirtschaftspolitischer Sprecher sowie energiepolitischer Koordinator der SPD-Bundestagsfraktion. Seit 26. August 2020 ist Herr Saathoff Koordinator für die zwischengesellschaftliche Zusammenarbeit mit Russland, Zentralasien und den Ländern der Östlichen Partnerschaft im Auswärtigen Amt.

Der geografische Raum östlich der EU, also die Länder der ehemaligen Sowjetunion, stehen derzeit wieder verstärkt im Fokus der Öffentlichkeit. Leider geht es dabei vor allem um Probleme und Konflikte. Dominante Themen sind die Situation in Belarus, wo Bürgerinnen und Bürger freie und faire Wahlen fordern und die Staatsmacht mit Gewalt und Repression reagiert, der Konflikt zwischen Armenien und Aserbaidschan um Berg-Karabach, die innenpolitische Krise nach den Wahlen in Kirgisistan.

Dabei sind die „eingefrorenen Konflikte“ um die georgischen Gebiete Abchasien und Südossetien, die ungelöste Situation des von der Republik Moldau abtrünnigen Transnistriens nicht einmal akut geworden.

Dazu kommt die grundsätzliche Debatte um das Verhältnis zu Russland nach der Vergiftung des Oppositionellen Alexej Nawalny, um den Prozessauftakt um den Mord im Kleinen Tiergarten in Berlin und um den Hackerangriff auf den Bundestag. Diese Fälle und die Reaktionen der russischen Seite belasten die Beziehungen zu Russland. Ganz Europa ist betroffen, wenn die Friedensordnung in Frage gestellt wird, wie sie in der die Pariser Charta der OSZE festgehalten wurde.

Deren Prinzipien gehen auf die Politik Willy Brandts und Egon Bahrs zurück. Die Lösung „Wandel durch Annäherung“ war, anders als es manch zeitgenössischer Beobachter meinte, nicht naiv. Brandt und Bahr haben die Realitäten anerkannt und daraus geschlossen, dass der Eiserner Vorhang – gerade in Deutschland



– durchlässiger werden muss. Ein Ergebnis war die KSZE-Schlussakte. Sicherheit und Zusammenarbeit waren die Schlagworte, die Frieden in Europa schaffen und bewahren sollten.

Auch heute bleibt richtig, dass Sicherheit auf Dauer nicht ohne Zusammenarbeit gewährleistet sein kann – politisch, wirtschaftlich, gesellschaftlich. Das ist auch der Grundgedanke der Europäischen Einigung. Die heutige Ostpolitik steht vor einer zweifachen Aufgabe: die Einheit der Europäischen Union zu bewahren, auch gegen Spaltungsversuche von außen, und dafür zu sorgen, dass kein neuer „Eiserner Vorhang“ entsteht.

Angesichts der Konfrontationen und der Konflikte mag es wieder naiv erscheinen, über Kooperation zu reden. Aber inzwischen gibt es Tausende Brücken, die uns unabhängig von der Politik mit dem „Osten“, auch mit





Russland, verbinden: in Kommunen, Kultur, NGOs und persönliche Freundschaften. Wenn in Russland Sowjet-Nostalgie aufblüht, darf dies bei uns keine Entsprechung finden, indem wir ebenfalls in alte Denkmuster verfallen. Unter schwierigen Bedingungen müssen wir die Voraussetzungen bewahren, dass Vertrauen wachsen oder neu entstehen kann. Das gilt auch für die vielen Kontakte von Unternehmen, die ihr Engagement trotz vermehrter Schwierigkeiten, etwa Lokalisierungsbestimmungen, beibehalten.

Dass wir keine neuen Spaltungen wollen, zeigt die EU in der Östlichen Partnerschaft. Darin finden sich Mitglieder der Eurasischen Wirtschaftsgemeinschaft ebenso wie Länder, die ein Assoziierungsabkommen mit der EU geschlossen haben. Wie weit die Staaten sich auf Europa einlassen wollen, mit allen Chancen und Herausforderungen, bleibt ihnen überlassen. Belarus zeigt uns gerade, dass eine Bevölkerung, die sich Russland engverbunden fühlt, freie und faire Wahlen einfordert. Dies passt nicht in die Schablonen eines Systemkonflikts.

Die gesellschaftlichen Probleme sind im gesamten post-sowjetischen Raum ähnlich. Kor-

ruption, mangelnde Rechtssicherheit bremsen nicht zuletzt wirtschaftliches Wachstum und Investitionen, die nötig sind, damit auch die Bevölkerung von Reformen profitiert. Es lohnt sich, nach Gemeinsamkeiten zu suchen, wenn wir in ganz Europa ähnliche Herausforderungen haben.

Der Klimawandel ist eine solche Herausforderung. Das Problem ist global, aber Lösungen für die Energiewende hängen von der Geografie ab, die uns mit dem postsowjetischen Raum verbindet. Bislang steht diese Verbindung in der Energiepolitik für preiswerte, verlässliche Erdgasversorgung. Das wird sich angesichts der Energiewende ändern. Für unsere Zusammenarbeit bedeutet dies aber auch neue Möglichkeiten. Zentralasien etwa ist eine Region voller ungenutzter Ressourcen für erneuerbare Energien - in einer Region, die selbst erheblich vom Klimawandel betroffen sein wird. Gemeinsam mit den fünf zentralasiatischen Ländern hat Deutschland die Initiative „Green Central Asia“ ins Leben gerufen. Diese gilt es mit konkreten Projekten zu untermauern, und hier bieten sich gerade der deutschen Wirtschaft Chancen.

Während Russland sich außenpolitisch wenig

bewegt, findet klimapolitisch ein Umdenken statt. Bislang setzt es auf eine klassische Energiepolitik mit zentraler Erzeugung, großen Netzen und langen Leitungen zur Versorgung des riesigen Landes. Heute gibt es ein immenses Potenzial für Windenergie und dezentrale Energieversorgung. Das deutsch-russische Jahr der Wirtschaft und für nachhaltige Entwicklung sollten wir deshalb nutzen, um in die Zukunft zu denken. Die Pipelines, die heute noch Erdgas transportieren, könnten in dreißig Jahren etwa mit erneuerbaren Energien erzeugten Wasserstoff transportieren.

Zusammenarbeit im Energiebereich ist auf vielen Ebenen möglich: in Städtepartnerschaften, auf regionaler Ebene, zwischen NGOs und Regierungen. Für Innovationen brauchen wir Forschung und Unternehmertum. Diese Zusammenarbeit ist nicht nur eine Chance, sondern auch eine Pflicht gegenüber kommenden Generationen, denn sie sichert nicht nur das Klima, sondern auch die Chance auf ein friedliches Europa ohne Trennlinien.

Deutsche Außenwirtschaftspolitik

Mitgestalten statt nur verwalten

Marcus Held, MdB



Marcus Held (SPD) ist Volljurist und seit 2013 Mitglied des Deutschen Bundestages. 2004-2018 Stadtbürgermeister in Oppenheim. 2009 bis 2018 Vorstandsvorsitzender der Gemeinnützigen Wohnungsbaugenossenschaft Oppenheim eG. Er war Mitglied im Ausschuss für Wirtschaft und Energie, aktuell stellv. Mitglied im Ausschuss für Ernährung und Landwirtschaft sowie im Umweltausschuss. Mitgliedschaften in internationalen Parlamentariergruppen: Frankreich (seit 2013), frankophone Staaten Westafrikas (2013-2017) und Südkaukasus (seit 2017).

Als ich im November 2020 vom Abschluss des seit Langem verhandelten Freihandelsabkommens RCEP (Regional Comprehensive Economic Partnership) in der Asien-Pazifik-Region erfuhr, hat mich das zum Nachdenken angeregt. Welche Rolle spielen Deutschland und Europa dabei? Dieses Abkommen zwischen der Volksrepublik China, Japan, Südkorea, Australien, Neuseeland und den zehn südostasiatischen ASEAN-Staaten ist nun die größte Freihandelszone der Welt und umfasst über zwei Milliarden Menschen und etwa 30% der Weltwirtschaft.

Die Tatsache, dass Länder mit derartig völlig verschiedenen Wirtschafts- und Gesellschaftssystemen wie Australien und China sich auf eine interessengeleitete, wirtschaftliche Zusammenarbeit einigen können, bietet

sehr gute Gründe, über die gegenwärtige Außenwirtschaftspolitik Deutschlands einmal genauer nachzudenken. Während in Asien mit RCEP eine zukunftsfähige Struktur zur Wiederbelebung der internationalen Handelsbeziehungen nach Corona geschaffen wurde, verharren Deutschland und Europa in einer passiven Beobachterrolle und überholten Denkmodellen. Die erfolgreiche Einigung im Falle des RCEP-Abkommens zeigt, dass eine Kooperation auf der Basis von Interessen und gemeinsamem Nutzen auch jenseits der Grenzen von politischen System möglich, ja notwendig ist.

Es gibt in unserer heutigen globalisierten Welt keine prosperierenden Zukunftsperspektiven, wenn man sich ausschließlich auf Verbindungen aus dem letzten Jahrhundert verlässt. Die Bedingungen der Weltkriege, der Zwischenkriegszeit und des Kalten Krieges waren völlig andere, als wir sie nun vorfinden. So stellt sich nach den vier Jahren der Trump-Administration die Frage, wie wir als Deutsche und Europäer die Beziehungen mit unserem traditionellen Partner, den Vereinigten Staaten, in der Zukunft ausgestalten wollen. Wir befinden uns in einer geografischen und ebenso politischen Mittellage zwischen den USA, unserem unmittelbaren Nachbarn Russland und der aufstrebenden Weltmacht China. Unsere europäische Nachbarschaft wird von Regionen gesäumt, die ein großes Entwicklungspotential besitzen, aber auch vor enormen Herausforderungen und Veränderungsprozessen stehen. Ich denke hierbei an Afrika, Zentralasien und den Südkaukasus sowie den Mittleren Osten und die arabische Welt.

In Deutschland bilden kleine und mittelständische Betriebe sowie Familien- und Traditionsunternehmen die Basis unserer Volkswirtschaft, auf deren weltweit nachgefragte Produkte und Dienstleistungen wir mit gutem Recht stolz sein dürfen. Durch zahlreiche selbst auferlegte Einschränkungen ist es soliden deutschen Betrieben gegenwärtig aber nicht mehr möglich, in vielen der oben erwähnten Wachstumsmärkten unternehmerisch tätig zu werden. Neben dem Gütesiegel „Made in Germany“ müssen wir uns überlegen, ob wir uns diese Barrieren noch weiterhin leisten können und wollen. Wir brauchen ein umfassendes Netzwerk an starken und verlässlichen außenwirtschaftlichen

Partnerschaften im Interesse unseres Mittelstandes und der damit unmittelbar verbundenen Millionen von Arbeitsplätzen. Damit wir die Gespräche, die zum Aufbau solcher Partnerschaften unbedingt erforderlich sind, überhaupt führen können, benötigen wir einen pragmatischen Ausgleich zwischen den Werten, denen wir uns verpflichtet fühlen und den nüchternen Interessen, die wir wie jedes andere Land auch in der Außenpolitik verfolgen. Egon Bahr, der gemeinsam mit Willy Brandt als Architekt der deutschen Ostpolitik in die Geschichtsbücher einging, wusste bereits: Bei Verhandlungen zwischen Staaten geht es in erster Linie immer um Interessen. Dieser nüchternen Erkenntnis, die eine der wesentlichen Grundlagen für die spätere deutsche Wiedervereinigung bildete, sollten wir uns in der Gegenwart wieder stärker bewusst werden.

Deutsche Außenpolitik ist immer auch in einer europäischen Dimension zu betrachten. Die historische Erfahrung, dass man nicht auf den schießt, den man kennt, ist von unbeschreiblichem Wert und hat durch den intensiven Austausch mit Frankreich seit Schulzeiten mein persönliches Denken und die Begeisterung für internationale Begegnungen geprägt. Deutschland muss eine Vorbildfunktion für andere EU-Staaten einnehmen, wenn die EU als Ganzes aufgrund unterschiedlicher Prioritäten und Interessen sich hier nur langsam voran bewegt. Als führende Volkswirtschaft in Europa sollten wir einerseits auf mehr globale wirtschaftliche Verflechtungen aktiv hinwirken, zum Anderen auch die Wirkung und Sinnhaftigkeit von Sanktionen vor dem Hintergrund der Wirkungen auf deutsche Exporte kritisch überprüfen. Deutschland – und damit auch Europa – muss als aktiver Verhandlungspartner auftreten, anstatt nur zuschauend und von außen belehrend wahrgenommen zu werden. Nur mit dieser Perspektive sehe ich eine Chance, dass das nächste Freihandelsabkommen in einer solchen globalen Dimension mit Deutschland verhandelt und erfolgreich abgeschlossen wird. Aber bis dahin dürfen wir nicht tatenlos bleiben!



FUTUREhaus

Nutzerkomfort 4.0

Klimapositiv

Wir bauen 4.0

Freie Planung, Massivbauweise

BIM basiert bauen



Ein- und Mehrfamilienhäuser, die tonnenweise CO₂ binden, eine flexible Planung und sehr kurze Bauzeit: Das ist unser Angebot.

Mit FUTUREhaus leben unsere Baufamilien vollkommen autark und erleben standardmäßigen Wohnkomfort 4.0. Frei geplant, massiv, klimapositiv.

MEHR AUF FUTUREHAUS.DE

Haus 4.0 Holding GmbH & Co. KG

Wolfsheimer Str. 1
55543 Bad Kreuznach

Telefon: +49 671 796 481-20

Fax: +49 671 796 481-11

E-Mail: info@futurehaus.de

Absatzmärkte und Lieferketten globalpolitisch gedacht:

Deutsche Interessen in China und Indien im Zeichen des China-USA-Konflikts

Dr. Stefan Tetzlaff



Dr. Stefan Tetzlaff beschäftigt sich als Historiker und Politikwissenschaftler mit wirtschaftlichen und politischen Transformationen in Asien und Afrika. Er ist zurzeit Gastwissenschaftler an der Humboldt-Universität zu Berlin und arbeitete zuvor für den Think Tank des indischen Mittelständlers Godrej & Boyce (Mumbai) über Unternehmens- und Industrieentwicklung. Als selbstständiger Management-Consultant berät Dr. Tetzlaff Unternehmen und Institutionen in den Bereichen International Affairs und Corporate Strategy.

Die Zuspitzung des China-USA-Konflikts führte 2020 zu einer Neubewertung deutscher Interessen in Asien. Grundlage hierfür sind weltwirtschaftliche und politische Entwicklungen, die Deutschland nicht beeinflussen kann. Der WTO-Beitritt vieler Staaten in den 1990ern brachte eine „goldene Zeit“ der Globalisierung, von der Deutschland als Exportnation profitierte. Spätestens mit der Finanzkrise 2008 änderten sich die Bedingungen. Zwar half der wirtschaftliche Aufstieg Asiens der Weltwirtschaft kurzzeitig über Krisen hinweg. Viele Länder reagierten aber mit Protektionismus, Nationalismus und Systemkampf als neuer Politik. Diese Konflikte fordern Wirtschaftsakteure heraus und gefährden Politik- und Sozialsysteme. Um eine positive Entwicklung für Deutschland

sicherzustellen, müssen Politiker und Manager ihre Konzepte entlang globaler Veränderungen ausrichten. Entsprechend skizziert der vorliegende Beitrag die Entwicklung von Absatzmärkten und Lieferketten in Asien und zeigt Handlungsoptionen unter dem Eindruck des China-US-Konflikts auf.

Der Aufschwung Asiens prägte die Wirtschaftsentwicklung der letzten Jahrzehnte. China und Indien sind zwar die größten Volkswirtschaften Asiens, unterscheiden sich aber gehörig in Chronologie und Umfang ihrer Entwicklung. China war mit der Öffnung 1978 und ersten Aufträgen für ausländische Unternehmen in den 1980ern Indien um einige Jahre voraus. Indien öffnete sich erst in den frühen 1990ern, als eine schwere Wirtschaftskrise Reformen verlangte. Dann trat Indien aber bereits 1995 der WTO bei und öffnete somit das Wirtschaftssystem früher als China, dessen Beitritt 2001 erfolgte. Wichtig ist, dass China seit Beitritt viel stärker als Indien am WTO-Regelwerk partizipiert und hiervon wirtschaftlich profitiert hat. Der weite Vorsprung Chinas zu Indien wird auch in ambitionierteren Wirtschafts- und Entwicklungsprogrammen deutlich. Deutschland und die EU entwickelten signifikante Handelsbeziehungen, wobei China eine Nummer für sich ist. 2019 war das EU-China-Handelsvolumen (560 Mrd. €) 8-mal so hoch wie das Handelsvolumen mit Indien (77 Mrd. €). Das Deutsch-Chinesische-Handelsvolumen (200 Mrd. €) war sogar 10-mal so hoch wie das mit Indien (21 Mrd. €). Diese Unterschiede deuten ein großes Aufholpotenzial für Indien an. Zumal deutsche Unternehmen wie Bosch, Daimler-Benz, Krupp, Siemens und viele Mittelständler durchgängig seit den 1920ern in Indien aktiv waren. Das Potenzial wird in den USA-Indien-Beziehungen deutlich, deren Stärke sich aus der IT-Revolution der 1990er, hohen US-Investitionen und indischer Migration in die USA bis heute speist.

Der China-US-Handelskonflikt war schon 2019 im vollen Gange. Bereits 2017 führten die USA Zölle auf chinesische Produkte ein und erließen andere Maßnahmen, da China bewusst gegen WTO-Vereinbarungen verstieß. Dieser Handelskonflikt erreichte im Laufe der Corona-Krise einen neuen Höchststand. Verantwortlich hierfür war vor allem die steigende Politisierung auf beiden Seiten.

Zuletzt erweiterte und verfestigte sich dieser Konflikt. Mittlerweile handelt es sich um einen offen ausgetragenen Industrie- und Technologie-Konflikt zweier konkurrierender Systeme. Die Abkoppelung der USA (Decoupling) von der chinesischen Wirtschaft betrifft die Produktions- und Lieferketten von US-Unternehmen und von US-Produkten abhängige Unternehmen wie Huawei. Verbote und Zwangsverkäufe von Mobil-Applikationen verschärften den Konflikt weiter. Nach anfänglicher Zurückhaltung veränderte auch die chinesische Seite ihre Haltung. Zuletzt schloss China bestimmte Apps oder Unternehmen aus dem Land aus und kontrolliert die Privatwirtschaft verstärkt. Zudem will China mit einer neuen Wirtschaftsstrategie („Dual Circulation“) mehr Binnenkonsum als Exportwirtschaft fördern. Der Konflikt wurde oft als Kalter Krieg 2.0 bezeichnet, obwohl hier eher von einer Abwendung beider Länder zu sprechen ist. Letztendlich stehen sich zwei technologisch kontrastierende Länder gegenüber, die sich aber nicht entsprechend der Kalten Kriegs-Analogie verhalten. Gleichwohl widersprechen sich die Politisierung des Konflikts und die wirtschaftlichen Fakten noch recht stark. So wird das wachsende China-Engagement von US-Investment-Fonds und die Öffnung des chinesischen Finanzmarktes für internationale Investoren selten erwähnt. Letztlich kann noch niemand den Einfluss auf internationale Wirtschaft und Unternehmen abschätzen.

Wie beeinflusst die Politisierung das Verhältnis Deutschland/EU-China-Indien? Auch hiesige Diskussionen betonen Konflikt-Aspekte und unterdrücken Austausch. Besonders einige EU-Akteure beharren verstärkt auf der „Systemrivalität“ mit China und machen hierauf aufbauend wirtschaftspolitische Vorschläge. Beispielsweise kann aber der Ausbau der EU-Halbleiterindustrie stark bezweifelt werden und ist eher Teil des EU-Säbelrasseln gegenüber China. Denn die EU fordert jetzt auch mit Nachdruck ein Investitionsabkommen mit China, um weiteren Handel und Investitionen zu ermöglichen. In Deutschland wurde China lange nicht oder nur hinter verschlossenen Türen diskutiert. Doch mittlerweile verschärft sich auch in Berlin der Ton. Die neue Indo-Pazifik-Strategie der Bundesregierung ist nicht annähernd so

aggressiv wie die US-Strategie und benennt auch China, fordert aber eine Lieferketten-Diversifizierung in Asien. Gleichzeitig sehen aber auch deutsche Unternehmen ihr China-Engagement mittlerweile kritischer als noch vor einem Jahr. Regelmäßige Berichte aus der EU Chamber of Commerce (Beijing) verdeutlichen das genauso wie Warnungen deutscher Industrieverbände vor der Wettbewerbsfähigkeit chinesischer Unternehmen. Die Verschärfung des Konflikts hat also schon jetzt unmittelbare und negative Auswirkungen auf alle Beteiligten, auch wenn viele Akteure diese Nachteile in Erwartung einer Verbesserung scheinbar noch in Kauf nehmen.

Welche Rolle spielt Asien? Die im September 2020 veröffentlichte Indo-Pazifik-Strategie der Bundesregierung ruft die deutsche Wirtschaft zur Diversifizierung von Lieferketten und zum Aufbau neuer Produktionsstandorte in Asien auf. Allerdings machte die Bundesregierung deutschen Unternehmen bisher keine Angebote für ein Reshoring der Produktion, wie es die japanische Regierung schon zu Beginn der Corona-Krise im Umfang von 2 Mrd. Euro tat. Andererseits bemühen sich ASEAN-Staaten und Indien verstärkt darum, aus dem China-USA-Konflikt Kapital zu schlagen und Produktionsketten aus China abzuwerben. Hierfür werden weitgehende Zugeständnisse hinsichtlich Infrastruktur und besserem Marktzugang gemacht. Die Aussichten solcher Initiativen sind nicht besonders gut, zumal China mit Abschluss des weltweit größten Freihandelsabkommens in 2020 etwaigen Tendenzen vorgebaut hat. Indien hat besonderes Gewicht in der Region, konnte aber in letzter Zeit vielfach nicht wie gewünscht handeln. In den letzten Monaten untersagte Indien zahlreiche Apps und Produkte chinesischer Hersteller im Land, was aber die starke technologische Abhängigkeit Indiens von China weitestgehend verdeckt. Um diese Abhängigkeit mittel- bis langfristige zu verringern, erhofft sich Indien weitere Hilfen und Investitionen im Rahmen der strategischen Kooperation mit den USA. Unternehmen wie Facebook und Amazon haben bereits erste Milliarden-Investitionen getätigt. Das Beispiel verdeutlicht, wie sich US-Unternehmen als First Mover den indischen Markt erschließen – ähnlich wie das in den 1980ern in China der Fall war.

Was können Deutschland und Europa tun? Nach mehreren Jahren im China-USA-Konflikt deutet sich zunächst eine weitere Stagnation in Handels- und Technologiefragen



an. Zwar brachte die US-Wahl mit Joe Biden einen verhandlungswilligen und -fähigen neuen US-Präsidenten. Andererseits sind die Anti-China-Logik und eine pro-amerikanische Wirtschaftspolitik Konsens über Parteigrenzen hinweg. Hier ist die Halbleiterindustrie besonders wichtig, in der die USA noch Technologieführerschaft gegenüber China beanspruchen. Die letzten Monate zeigten, dass China sich zusehends vom Konflikt einerseits aber auch von den USA und Europa emanzipiert. Stattdessen richtet China seine Wirtschafts- und Handelspolitik teilweise nach innen bzw. Richtung Asien. Gleichwohl ist das Land weiterhin offen für ausländische Unternehmen und Investitionen. Diese Entwicklungen zeitigen unterschiedliche Handlungsoptionen für die EU und Deutschland. Einerseits müssen sie auf Verhandlungen in multilateralen Institutionen hinwirken, um den Konflikt zu entschärfen und eine neue Basis für Zusammenarbeit zu legen. Andererseits müssen sie in Abgrenzung zu den USA und China ihr eigenes Profil schärfen, um sich aus der Politisierung des Konflikts zu befreien und eigene Prioritäten zu setzen. Eine Indo-Pazifik-Strategie der EU ist wichtig, um eine gemeinsame Politik in dieser Richtung darzu-

stellen. Wichtig wäre auch eine Diversifikation von Lieferketten und Produktionsstätten auf Ebene der Nationalstaaten. Hier geht es nicht nur um die Verringerung von Abhängigkeiten von China, sondern auch um die Schaffung neuer Investitionsmöglichkeiten für die deutsche Wirtschaft.



Die USA nach Trump – eine europäische Vision

Transatlantische Renaissance oder enttäuschte Hoffnung?

Alexander Kulitz, MdB



Alexander Kulitz ist Mitglied des Deutschen Bundestages und außenwirtschaftspolitischer Sprecher der FDP-Bundestagsfraktion. Der studierte Jurist ist Gesellschafter und Mitglied der Geschäftsleitung des familieneigenen Maschinenbauunternehmens ESTA Apparatebau GmbH & Co.KG. Vor seiner Wahl in den Deutschen Bundestag war Kulitz Vorsitzender der Wirtschaftsjuvenen Deutschland e.V. Neben zahlreichen ehrenamtlichen Engagements begleitet er einige Institutionen und Unternehmen als Beirat. Er ist Mitglied im Auswärtigen Ausschuss.

Millionen, wenn nicht gar Milliarden Menschen haben mit Spannung den US-Präsidentschaftswahlen am 3. November 2020 entgegengefeiert – aus unterschiedlichsten Motiven und Ambitionen. Einmal mehr wurde die Wahl des Präsidenten der Vereinigten Staaten zur ‚historischen Entscheidung‘, zur ‚Schicksalswahl‘ oder gar ‚zur Überlebenswahl der Nation‘ hochstilisiert. Aber ist dies nicht bei fast jeder US-Präsidentschaftswahl der Fall? Soweit ich mich zurückerinnere, waren die meisten US-Wahlen zu ‚Schicksalswahlen‘ erklärt worden, wie vor 20 Jahren bei dem knappen Wahlausgang, als Al Gore gegen George W. Bush jr. unterlag. Auch 2008, als der erste schwarze Präsident Barack Obama die republikanische Regierung von

George Bush ablöste oder 2016, als Trump höchstpersönlich die Schicksalsfrage gegen das ‚Establishment‘ um Hilary Clinton beschwor. Auch das internationale Publikum fieberte regelmäßig mit. Sei es wegen der Beziehungen zu den Golf-Staaten, wegen Russland oder dem Iran. Immer stand bei einem Wechsel im Weißen Haus viel auf dem Spiel, und die internationale Staatengemeinschaft schaute gespannt auf die Führungsetage der letzten verbleibenden und selbsterklärten Supermacht, um die eigenen politischen Entscheidungen entsprechend anzupassen. Es fragt sich daher, was eigentlich die Wahl vom vergangenen November so besonders macht – oder war es lediglich eine weitere Wahl, die am Ende ‚nur‘ ein neues Staatsoberhaupt mit den Regierungsgeschäften betraut?

Vielleicht liegt die Antwort weniger in den USA selbst, als in der globalen Entwicklung und den schleichenden Veränderungen des 21. Jahrhunderts. Nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion war die Rolle der USA als einzig verbleibender Weltmacht vorgezeichnet. Trotz vieler Krisen, Konflikte und Auseinandersetzungen im internationalen Handel und in der Sicherheitspolitik gab es keinen ernsthaften Herausforderer mehr, der die USA als Hegemonialmacht angezweifelt hätte. Die Golfkriege, Iran, 9/11, der ‚arabische Frühling‘ und jüngst der Islamische Staat waren in der Tat sicherheitspolitische Herausforderungen für die Supermacht, jedoch keine ernsthafte Gefahr, welche die amerikanische Vormachtstellung in Frage gestellt hätte. Auch technologischen, fiskalischen und ökonomischen Herausforderungen wie die ‚subprime mortgage crisis‘ konnte der Primus durch Ausspielen seiner Dominanz und umsetzungsstarkes Krisenmanagement begegnen. Erst mit dem Erstarken Asiens verändert sich der Status Quo und ein neuer Herausforderer, China, hält sich bereit, die Arena zu betreten. George W. Bush und Barack Obama waren sich der wachsenden, geopolitischen Anspruchshaltung jenseits des Pazifiks zwar bewusst, jedoch erst Donald Trump hat es gewagt, „China“ tatsächlich als den neuen Rivalen zu benennen.

Überhaupt waren es die Art und der unorthodoxe Regierungsstil dieses Präsidenten, welcher dieser Novemberwahl eine besondere Konnotation gab. Die tatsächliche ‚Schicksalsfrage‘, welche Amerika zu beantworten

hatte, war jene, ob die Supermacht USA weiterhin einen disruptiven Regierungsstil mit ihrem Führungsanspruch in Einklang bringen möchte. Die Antwort ist mit 306 zu 232 Wahlmännern klar, aber sie ist nicht eindeutig. Immerhin ist es Trump gelungen, mehr Unterstützer für sich zu gewinnen als noch 2016 mit seinem Sieg über Hilary Clinton. Er hat die Nation weiter und tiefer gespalten als viele Präsidenten vor ihm und überlässt seinem Nachfolger ein schweres Erbe. Auch international wird der Führungsstil des Präsidenten schwere Narben hinterlassen. So hat eine Studie der Körber-Stiftung vor der Wahl ergeben, dass 79% der Deutschen die transatlantischen Beziehungen als eher schlecht oder sehr schlecht bewerten.

Viele Hoffnungen ruhen nun auf dem neuen Präsidenten Joe Biden: Er soll die amerikanische Nation wieder zusammenführen. Er soll die multilaterale Ordnung wiederherstellen. Er soll den Kampf gegen den Klimawandel anführen. Er soll die vermeintliche, wachsende Bedrohung für Demokratie, Wirtschaft und Freiheit aus Fernost in Schach halten.



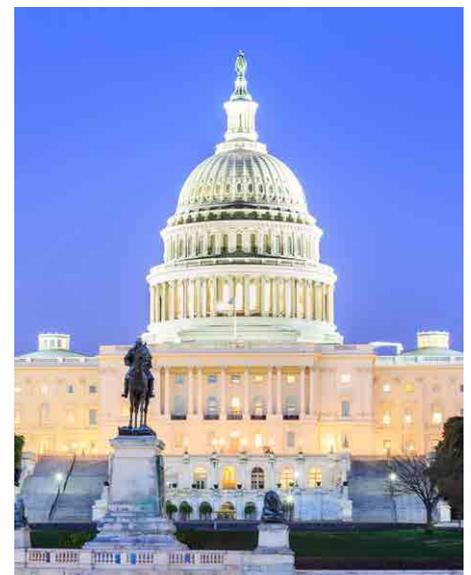
Dennoch sollte Europa nicht zu viele Hoffnungen in Joe Biden setzen. Er ist Präsident der Amerikaner. Ausländische Einflussnahme auf den US-Präsidenten oder auch nur der Anschein einer solchen ist für die Amerikaner unverzeihlich und kann schnell die Autorität im Weißen Haus schwächen. Das weiß Joe Biden. Jede in ihn gelegte europäische Hoffnung wird daher einer amerikanischen Erklärung bedürfen, bevor der Präsident solchen Erwartungen Taten folgen lassen kann. Vermeintlich fehlender Handlungswille wiederum kann in Europa schnell zu enttäuschten Hoffnungen führen. Das gilt besonders in Deutschland, wo mancherorts Joe Biden schon als ‚demokratischer Messias‘ bejubelt wird. Aber auch die Handlungsoptionen des ‚mächtigsten Mannes der Welt‘ sind durch ein strenges, rechtsstaatliches System der Gewaltenteilung gebunden. So oder so sind die europäischen Erwartungen, mit Joe Biden einen außenpolitischen Führersprecher für bessere Beziehungen zu Russland und China zu gewinnen, ebenso trügerisch wie der Glaube, dass die Demokraten sich konditionslos für Freihandel und einen offenen US-Markt stark machen werden. Protektionismus war immer schon ein probates handelspolitisches Instrument der US-Demokraten und auch Präsident Biden wird wenig begeistert dabei zusehen, wie Deutschland mit Russland ‚North Stream II‘ zu einem Erfolg bringt oder China mit Osteuropa die ‚Neue Seidenstraße‘ pflastert.

Dennoch lassen die Kabinettsvorschläge und manche Äußerungen des neuen Präsidenten ein virulentes Interesse an einer Wiederbelebung des transatlantischen Bündnisses erkennen. Es wird an Europa liegen, den Ball aufzunehmen und ein Signal für eine vertiefte und verbesserte Allianz nach Washington zu schicken. Die Gründe, warum die transatlantische Beziehung in den vergangenen Jahren in Frage gestellt wurde, bestehen nach wie vor fort. Die europäische Sicht, Donald Trump wäre für das gestörte Verhältnis verantwortlich, ist zu simpel und greift zu kurz. Das europäische Hin und Her in den Beziehungen zwischen den USA, China, Iran und Russland wird auch in Zukunft der amerikanischen Vorstellung von transatlantischer Freundschaft nur schwer gerecht werden. Amerika erwartet klare Ansagen und Bekenntnisse. Im Zweifel warten sie nicht auf unsere langwierigen und bürokratischen Entscheidungsprozesse. Um wirklich Hand in Hand zu gehen, müsste die EU den USA ein fast unmögliches Angebot unterbreiten.



Wir müssten glaubwürdig notwendige Reformen innerhalb der EU vorantreiben, die uns in die Lage versetzen, ein starker und emanzipierter Partner auf Augenhöhe zu sein. Als europäische Staaten müssen wir uns von der nur zu bequemen Beschützerrolle der USA verabschieden und bereit sein, eigenständig Verantwortung zu übernehmen. Bezüglich Deutschland gehört dazu eine alte Forderung, von der auch Joe Biden nicht abrücken wird: Die Erhöhung unseres Verteidigungsbudgets und das stärkere Einbringen im NATO-Bündnis. Zweifelsohne hat die Ära Trump das Meinungsbild der europäischen Bevölkerung weiter in pro- und antiamerikanischen Ressentiments gespalten. Diese Meinungsdivergenzen innerhalb der EU verdeutlichen umso mehr die Notwendigkeit eines inhaltlich tiefergehenden, transatlantischen Bündnisses. Hierzu bedarf es substantieller Reformvorschläge. Während beispielsweise Frankreich schon immer den europäischen Weg mit ‚kritischer Distanz‘ zur USA favorisiert, sind Polen, das Baltikum und auch Deutschland durchaus offener für eine tiefere Integration der transatlantischen Sicherheits- und Handelsbeziehungen. Soweit sich die EU-Mitgliedsstaaten auf eine vertiefte Partnerschaft mit den USA einigen können, werden sie in Joe Biden einen offenen und dankbaren Partner finden, der dringend auf außenpolitische Allianzen gegen seinen künftigen, durch Donald Trump hinreichend provozierten Herausforderer ‚China‘ angewiesen ist. Sollte diese Einigung nicht erfolgen,

werden die USA weiterhin versuchen bilaterale Partner der europäischen Mitgliedsstaaten für sich zu gewinnen und den Spalt pilz weiter in die EU treiben. Nur als ‚Alliierte‘ auf Augenhöhe kann es uns gelingen, die Rolle eines ‚Mittlers zwischen den Großmächten‘ ganz im Sinne der ‚Genscher‘-schen Pendeldiplomatie einzunehmen. Für dieses extrem schwierige und vielschichtige Unterfangen einzustehen lohnt sich allemal. Insbesondere wir Deutschen sind auf beide Großmächte angewiesen und mit Joe Biden könnte eine partnerschaftliche neue Ära der transatlantischen Beziehungen eingeleitet werden. Wir müssen es aber wollen.



Die USA und Deutschland: Eine besondere Beziehung

Eine Belastungsprobe nicht nur für die Politik, sondern auch für die Wirtschaft?

Ursula Rutovitz



Ursula Rutovitz, seit Anfang 2020 Präsidiumsmitglied im BWA, ist in den USA und in Deutschland als Rechtsanwältin zugelassen. Sie lebte und arbeitete bereits in jungen Jahren in Chicago und Boston und sammelte dort und nachfolgend in Deutschland Erfahrungen über die wirtschaftlichen Beziehungen beider Länder bei unterschiedlichen Unternehmen im Energie-, Beratungs- und Dienstleistungssektor. Auch in ihrer langjährigen Tätigkeit als Vorstand der international operierenden TMF Group in Deutschland war sie eng mit den USA verbunden.

Die USA – das Land der unbegrenzten Möglichkeiten. Das Potential der puren Größe des Landes, die schier unerschöpfliche Anzahl von Abnehmern von Waren und Dienstleistungen, und der "American Dream", dass es jeder unabhängig von seiner Herkunft durch harte Arbeit zum Millionär schaffen kann, hat Unternehmen und Privatpersonen aus Deutschland schon früh in die USA gezogen. Die Beziehung zwischen den USA und Deutschland ist eine besondere. Ohne die USA wäre es uns nach dem zweiten Weltkrieg nicht gelungen, so schnell wieder wirtschaftlich und politisch Fuß zu fassen. Die Wiedervereinigung wäre ohne den Rückhalt und die Unterstützung der Amerikaner nicht möglich gewesen. In ihren Glückwünschen an Joe Biden nach der Wahl betont Angela Merkel die wichtige Rolle der

USA für die Freiheit und Demokratie in der Welt und würdigt die deutsch-amerikanische Freundschaft ausdrücklich als großen Schatz. Die gewachsenen starken wirtschaftlichen, gesellschaftlichen und politischen Beziehungen, der gegenseitige Respekt und gleiche Interessen bilden die Basis einer besonderen Verbundenheit. Auch ich konnte von dieser Freundschaft profitieren, als ich in den 80er Jahren im Rahmen eines Schüleraustausches in einer Kleinstadt bei Philadelphia meine ersten Kontakte hatte. Ich wurde vorbehaltlos mit offenen Armen empfangen und der Optimismus und die Begeisterungsfähigkeit, die ich auch bei meinen weiteren Besuchen an anderen Orten des Landes erleben durfte, hat meinen familiären und beruflichen Werdegang stark geprägt. Noch heute bin ich sowohl privat als auch geschäftlich eng mit den USA verbunden.

Doch diese Freundschaft zwischen unseren Ländern ist in den letzten knapp 4 Jahren stark auf die Probe gestellt worden. Die Einstellung vieler Amerikaner, sich nicht mehr an die nach dem Zweiten Weltkrieg übernommene Rolle des Weltpolizisten und Beschützer Europas gebunden zu fühlen, die Abkehr vom Establishment und die Rückbesinnung auf die Bedürfnisse im eigenen Land, resultierten 2016 in der Wahl von Donald Trump zum 45. Präsidenten der USA. „America First“ – der Wahlspruch Trumps – reflektiert dies. Dieser Wunsch ist aus der Sicht der Amerikaner nachzuvollziehen. Die amerikanische Wirtschaft stand zu diesem Zeitpunkt schlecht da, die Arbeitslosigkeit war hoch, man fühlte sich von Zuwanderern überrannt. Die Bevölkerung verlangte einen Wechsel. Unter Trump hat der Arbeitsmarkt geboomt. Insbesondere bei den Geringverdienern sind die Löhne deutlich gestiegen. Aus Sicht vieler Amerikaner hat Trump viel Gutes für die USA und ihre Bewohner getan. Allerdings hat sein Vorgehen nicht nur innenpolitisch zu einer Polarisierung der Fronten und Spaltung der Gesellschaft geführt, sondern auch eine Veränderung der politischen Landschaft weltweit nach sich gezogen. Mit der konsequenten Kündigung internationaler Verträge, wie dem Pariser Klimaabkommen, begann die internationale Isolation. Die Auferlegung von Strafzöllen führte zu einer Verschärfung der bereits lange anhaltenden Handelsstreitigkeiten und einer starken Belastung der langjährigen poli-

tischen Freundschaft.

Hat die Abkühlung der politischen Beziehungen durch den US-Protektionismus und die daraus resultierende Unsicherheit die Entwicklung der wirtschaftlichen Beziehungen entsprechend negativ beeinflusst? Da üblicherweise eine enge Verknüpfung zwischen Politik und Wirtschaft besteht, liegt eine solche Schlussfolgerung nahe. Die tatsächlichen Zahlen sprechen jedoch eine andere Sprache. Die Wirtschaftsentwicklung zwischen den USA und Deutschland war zwischen 2016 und 2019 relativ stabil. Die aktuelle Prognos Studie „Wie eng ist Deutschland (noch) mit den USA verflochten?“ kommt zu dem Schluss, dass die USA für Deutschland nach wie vor ein zentraler Absatzmarkt sind. Das Institut der deutschen Wirtschaft bestätigt, dass sich keine gravierenden Veränderungen im Warenhandel ergeben haben. Dies scheint erstaunlich aufgrund der auferlegten Handelsbeschränkungen. Die derzeit geltenden Zölle erfassen jedoch nur einen kleinen Teil der deutschen Exporte, weite Bereiche sind augenblicklich davon nicht betroffen. Zusätzlich ist ein Anstieg bei den Direktinvestitionen deutscher Unternehmen in den USA zu erkennen. Dieser zeigte sich nach



Informationen des Instituts der deutschen Wirtschaft bereits 2014-2016, ein besonderes starkes Wachstum war jedoch insbesondere 2018 und 2019 zu verzeichnen. Beweggründe könnten die Gründung einer Niederlassung zur Verhinderung drohender Strafzölle sein, allerdings dürfte auch die unter Trump umgesetzte Unternehmenssteuerreform ihren Teil dazu beigetragen haben. Der Wunsch vieler deutscher Unternehmen, sich längerfristig in den USA zu engagieren, wird hier deutlich. Haben unabhängig von den blanken Zahlen die persönlichen Beziehungen zwischen den Marktteilnehmern und die Anerkennung der Leistungen unter der „Eiszeit“ in der Politik gelitten? Auch dieses ist nicht erkennbar. Dass das Ansehen der Marke „Made in Germany“ und auch das Verhältnis und der Umgang zwischen deutschen und US-Unternehmen in den USA weiterhin sehr gut ist, wurde wiederholt bei Diskussionen der American Chamber of Commerce in Deutschland (AmChamGermany) zu den transatlantischen wirtschaftlichen Beziehungen von den teilnehmenden Unternehmen betont. Auch meine Erfahrungen als Vorstand eines international tätigen Dienstleistungsunternehmens mit einer Vielzahl von amerikanischen Kunden gehen in diese Richtung.

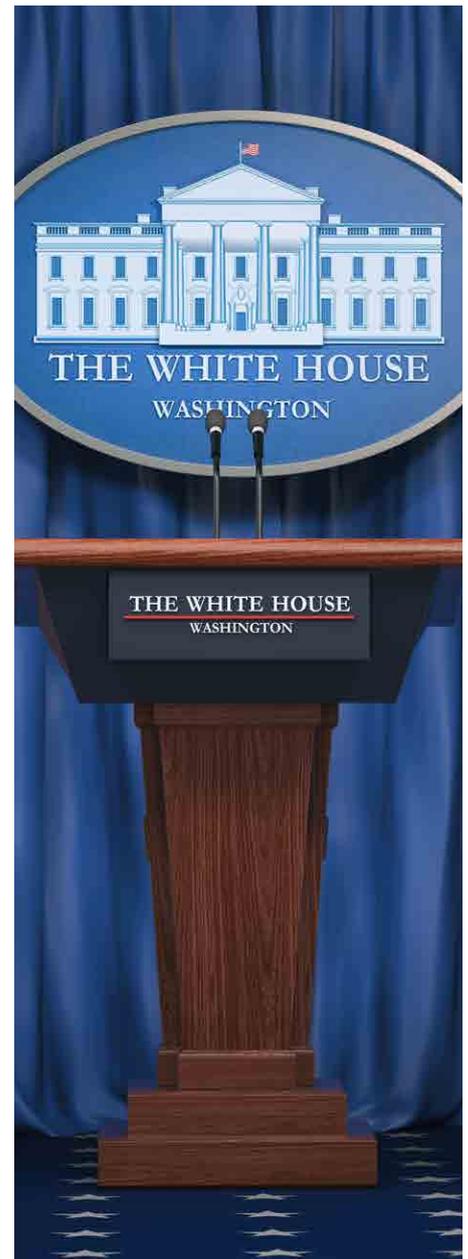
Wie aber sind die Aussichten für die Zukunft? Dem von der AmChamGermany und Roland Berger jährlich im Frühjahr veröffentlichten



Transatlantic Business Barometer (TBB) ist zu entnehmen, dass auch in 2020 sowohl deutsche als auch US-Unternehmen optimistisch bezüglich Wachstums und Investitionen waren.

Die wirtschaftlichen Beziehungen zwischen Deutschland und den USA scheinen daher bis zu diesem Zeitpunkt trotz der schwierigen politischen Situation noch keinen größeren Schaden genommen zu haben. Zu wichtig sind beide Länder füreinander. Deutsche und US-amerikanische Unternehmen gehören zu den bedeutendsten ausländischen Investoren und Arbeitgebern im jeweils anderen Markt. Kann die Politik bei der Ausgestaltung der wirtschaftlichen Beziehungen also außen vor gelassen werden? Auf was vertrauen die Wirtschaftsteilnehmer? Vieles spricht dafür, dass es das Folgende ist, was die gemeinsamen Beziehungen schon immer bestimmt hat: Der vertrauensvolle und wertschätzende Umgang miteinander, der Fokus auf Qualität und Leistung, das gemeinsame Ziel des Wirtschaftswachstums und des daraus resultierenden Wohlstands. Dies funktioniert natürlich nur so lange, wie nicht durch politische Maßnahmen strikt umzusetzende Vorgaben getroffen werden, die unmittelbar in die Wirtschaft eingreifen, wie Zölle und Wirtschaftssanktionen, sowie eine gewisse Planbarkeit gegeben ist. Das TBB 2020 zeigt auf, dass insbesondere auf deutscher Seite kritisiert wird, dass die lange politische Unsicherheit die langfristige Planbarkeit stark beeinflusst hat. Einseitige Maßnahmen wie Strafzölle erzeugen Gegenmaßnahmen, wie die letzten 2 Jahre der Beziehungen zwischen den USA und Europa deutlich gezeigt haben. Um zu verhindern, dass letztendlich beide Seiten leiden und Dritte davon profitieren, ist nunmehr die Politik gefragt.

Es sind Handlungen auf beiden Seiten erforderlich: die Bereitschaft der USA sich politisch wieder mehr nach außen zu öffnen und die Bereitschaft Deutschlands mehr Verantwortung in der langjährigen Partnerschaft zu übernehmen. Die Uhr wird sich auch unter Joe Biden nicht zurückdrehen lassen, was aufgrund der globalen Veränderungen aber auch nicht zeitgemäß wäre. Wichtig ist es vielmehr, nicht nur für die Aufrechterhaltung der wirtschaftspolitischen Beziehungen, sondern auch langfristig für die Erhaltung des Friedens und Wohlstands den gemeinsamen Dialog zu beginnen und ein gemeinsames Ziel vor Augen zu haben. Es sollte nicht heißen, America First oder Germany First. Sondern - worauf Heiko Maas bereits vor den Vereinten Nationen plä-



dierte - Together First. Die ersten Schritte sind auf beiden Seiten getan worden.

Die Entwicklung der letzten Jahre hat gezeigt, dass selbst, wenn Politik und Wirtschaft eng miteinander verbunden sind, dies nicht zwangsläufig bedeuten muss, dass die Verhärtung der politischen Fronten entsprechende Auswirkungen auf die wirtschaftlichen Beziehungen und die Wertschätzung füreinander haben muss. Auch ich selbst habe dies sowohl beruflich als auch privat erlebt. Während meiner Aufenthalte entstandene Freundschaften, berufliche und familiäre Beziehungen, bestehen auch heute noch und haben auch nach fast 30 Jahren an gegenseitiger Wertschätzung und Respekt nichts verloren, obwohl die politischen Ansichten nicht immer auf einer Linie waren.

Fachkräftesicherung

Herausforderung für Deutschland nach Corona

Stephan Albani, MdB



Geboren am 3. Juni 1968 in Göttingen; verheiratet; drei Kinder; Studium der Physik von 1989 bis 1994 in Göttingen; Diplom-Physiker; Vizepräsident im Bundesverband für Wirtschaftsförderung und Außenwirtschaft-Global Economic Network e.V. (BWA); seit 2013 Mitglied des Bundestages; Mitglied im Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung; seit 2020 Obmann der CDU/CSU-Fraktion im Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung.

Die seit März vergangenen Jahres wütende Pandemie macht in Deutschland auch vor dem Ausbildungsmarkt nicht halt: Junge Menschen in der Ausbildung sind durch die COVID-19-bedingten Schließungen von Berufsschulen, Unterbrechungen von Ausbildungen, Kurzarbeit in Ausbildungsbetrieben und einer wahrscheinlich geringeren Zahl von Neueinstellungen und einer ansteigenden Zahl von Entlassungen in besonderem Maße betroffen.

Mittlerweile wurden zwar viele Beschränkungen wieder gelockert, bei zahlreichen Ausbildungsbetrieben und ausbildenden Einrichtungen ist der Geschäftsbetrieb jedoch aufgrund der Corona-Krise immer noch ganz oder teilweise eingeschränkt.

Die Ausbildungsbereitschaft von Betrieben wird durch bestehende Restriktionen,

die weltweite wirtschaftliche Unsicherheit und individuelle Zukunftsängste bedroht. Es muss unbedingt verhindert werden, dass die COVID-19-Krise zu einer Krise für die berufliche Zukunft junger Menschen und damit der Fachkräftesicherung wird. Denn die Auszubildenden von heute sind die Fachkräfte von morgen. Deshalb sollen möglichst alle jungen Menschen eine Ausbildung beginnen und dann auch erfolgreich abschließen können.

Junge Menschen brauchen verlässliche Zukunftsperspektiven. Gezielte Maßnahmen sind notwendig, um Ausbildungsplätze auch in der Corona-Krise zu schützen und das Ausbildungsniveau der Ausbildungsbetriebe und ausbildenden Einrichtungen in Deutschland aufrecht zu erhalten.

Mit dem Bundesprogramm „Ausbildungsplätze sichern“ sollen Ausbildungsbetriebe und ausbildende Einrichtungen in der aktuell wirtschaftlich schwierigen Situation unterstützt und dazu motiviert werden, ihr Ausbildungsplatzangebot aufrecht zu erhalten und jungen Menschen die Fortführung und den erfolgreichen Abschluss ihrer Ausbildung zu ermöglichen. Im Einzelnen sollen Ausbildungskapazitäten erhalten, Kurzarbeit für Auszubildende vermieden, die Auftrags- und Verbundausbildung gefördert und Anreize zur Übernahme im Falle einer Insolvenz geschaffen werden.

Das Bundesprogramm, das am 1. August 2020 startete, sieht Maßnahmen von insgesamt 500 Millionen Euro für kleine und mittlere Unternehmen (KMU) in den Jahren 2020 und 2021 vor. Gefördert werden Betriebe mit bis zu 249 Beschäftigten, die eine Berufsausbildung in anerkannten Ausbildungsberufen oder in den bundes- und landesrechtlich geregelten praxisintegrierten Ausbildungen im Gesundheits- und Sozialwesen durchführen.

Die Bewältigung der Pandemie bedeutet einen historischen Kraftakt für die Bevölkerung und Wirtschaft. Daher haben Bundesregierung und Parlament mehrere milliardenschwere Maßnahmenpakete beschlossen, um der Krise effizient, pragmatisch und schnellstmöglich entgegenzutreten. Aber dabei ist klar: Die wichtigste Unterstützung des Ausbildungsmarktes ist eine gezielte und nachhaltige Wirtschaftspolitik. Nur wenn die Betriebe an ihre eigene Zukunft glaub-

ben, sind sie bereit, gezielt vorgehaltene Maßnahmen auch in Anspruch zu nehmen. Das Programm „Ausbildungsplätze sichern“ ist eines davon. Uns ist wichtig, dass das wirtschaftliche Leben und der Zusammenhalt der Gesellschaft erhalten bleiben.

Als zuständiger Fachpolitiker für die gesamte berufliche Bildung bin ich sehr stolz darauf, dass wir aber auch schon vor der Pandemie mit der Modernisierung des Berufsbildungsgesetzes (BBiG) und mit der Novelle des Aufstiegs-BAföG (AFBG) die Weichen richtig gestellt haben, damit berufliche Ausbildung auch in Zukunft eine attraktive Option ist. Zentrales Element der BBiG-Novelle ist die Einführung transparenter Fortbildungsstufen für die höherqualifizierende Bildung. Mit dem AFBG wird der Aufstieg auf der Karriereleiter Schritt für Schritt auf allen drei Fortbildungsstufen bis auf ‚Master-Niveau‘ ermöglicht. Geförderte können sich über höhere Zuschussanteile, höhere Freibeträge und höhere Darlehenserlasse freuen. Die finanzielle Unterstützung wird deutlich angehoben, insbesondere die Unterhaltsförderung wird angepasst. Sie muss künftig nicht zurückgezahlt werden. Und mehr noch: Existenzgründerinnen und Existenzgründern wird das Restdarlehen für die Fortbildungskosten komplett erlassen. Ein klares Zeichen zur Übernahme von unternehmerischer Verantwortung. Die Novelle macht so klar und deutlich, dass berufliche Bildung genauso wichtig und wertig ist wie die akademische Bildung.



Die Maßnahme im Einzelnen

1. Ausbildungsprämie:

Betriebe, die besonders von der Corona-Pandemie betroffen sind, bekommen eine Prämie, wenn sie ihr Ausbildungsniveau halten. Konkret sollen sie für jeden für das Ausbildungsjahr 2020/2021 abgeschlossenen Ausbildungsvertrag 2.000 Euro erhalten

2. Ausbildungsprämie plus (Ausbildungsangebot erhöhen):

Unternehmen, die ihr Ausbildungsplatzangebot erhöhen, erhalten für jeden für das Ausbildungsjahr 2020 zusätzlich abgeschlossenen Ausbildungsvertrag einmalig 3.000 Euro (nach Abschluss der Probezeit)

3. Vermeidung von Kurzarbeit:

Ausbildungsbetriebe, die trotz erheblichem Arbeitsausfall (mindestens 50 Prozent) ihre Ausbildungsaktivitäten fortsetzen, werden mit 75 Prozent der Brutto-Ausbildungsvergütung für jeden Monat gefördert, in dem dies der Fall ist.

4. Auftrags- und Verbundausbildung:

Wenn Ausbildungsbetriebe die Ausbildung temporär nicht fortsetzen können, können andere KMU, überbetriebliche Berufsbildungsstätten oder andere etablierte Ausbildungsdienstleister zeitlich befristet die Ausbildung übernehmen und dafür Förderung erhalten. Dies gilt, wenn der Geschäftsbetrieb des ursprünglich ausbildenden Unternehmens vollständig oder zu wesentlichen Teilen pandemiebedingt von Schließungen oder erheblichen Auflagen betroffen ist, die eine Fortsetzung des Geschäftsbetriebs maßgeblich behindern. Dies gilt bis zum 30. Juni 2021.

5. Übernahmeprämie:

Betriebe, die Auszubildende aus Corona-bedingt insolventen Unternehmen bis zum Abschluss ihrer Ausbildung übernehmen, erhalten je Auszubildendem eine Prämie von 3.000 Euro. Auch diese Unterstützung ist befristet bis zum 30. Juni 2021.



Masse statt Klasse

Ein Blick auf den qualitativen Fachkräftemangel

Prof. Dr. Jörn-Axel Meyer



Professor Dr. habil. Jörn-Axel Meyer (58) ist wissenschaftlicher Direktor des Deutschen Instituts für kleine und mittlere Unternehmen. Er ist Maschinenbauingenieur und Betriebswirt. Er promovierte in Marketing und Informatik, habilitierte in Organisationspsychologie. Er ist Gründer mehrerer Unternehmen und war Mitglied des Vorstandes eines großen deutschen Konzerns in den 90er Jahren. Er war Lehrstuhlinhaber für BWL und KMU und hat bisher 50 wissenschaftliche Bücher publiziert, wurde mit mehreren Wissenschaftspreisen geehrt.

Unternehmen beklagen ihn seit Jahren, Studien bestätigen ihn regelmäßig: Deutschland leidet unter einem Mangel an Fachkräften, vom Gesellen oder Meister bis hin zu Hochschulabsolventen. Dabei ist der Fachkräftemangel (kurz FKM) nicht nur bei den technischen Berufen (Techniker, Ingenieure, IT-Spezialisten) besonders groß, sondern auch in Pflegeberufen, Handwerk und in der Erziehung/Bildung.

Gleichwohl, die Prognosen, die noch vor fünf bis zehn Jahren mehrere Millionen fehlender Akademiker und sonstige Fachkräfte vorausagten, sind bislang nicht eingetreten. Und so relativieren jüngere Studien die früheren Zahlen, erkennen den Mangel primär in den o. g. Berufsfeldern. Einige ernstzunehmende Journalisten stellen den FKM sogar grund-

sätzlich in Frage. Ist nunmehr der angekündigte FKM „ausgefallen“? Mitnichten, aber es gibt auch Entwicklungen, die dem vorhergesagten Mangel entgegen wirken: Auf der „Angebotsseite“ sehen wir mehr Studierende an den Hochschulen, mit kürzerem Studium und erleichtertem Zugang u. a. durch Substitution wissenschaftlicher Vorbildung durch Praxiserfahrung und durch die erleichterte Anerkennung ausländischer Abschlüsse und die generelle Zuwanderung von Fachkräften aus dem Ausland. Hinzu kommen neu akkreditierte, häufig nicht öffentlich getragene Bildungseinrichtungen, die Senkung der Fachanforderungen für die Ausübung bestimmter Berufe und die gezielte Nachqualifizierung von Arbeitskräften ohne Abschluss. Auf der „Nachfrageseite“ entspannen u. a. die Fortbildung bestehender, älterer Mitarbeiter und die damit verbundene Abkehr vom Jugendwahn angelsächsischer Personalphilosophien die Förderung der Vereinbarkeit von Familie und Beruf und die Anhebung der Renteneintrittsalter den Markt.

Allen Entwicklungen – ob sinnvoll oder nicht – ist eines gemein: dem Mangel wird dadurch begegnet, dass möglichst vielen Menschen Abschlüsse und Grade zuteil werden und die Durchlässigkeit im Bildungssystem verbessert wird. Was grundsätzlich erstrebenswert ist, kann allerdings dazu führen, dass das Land mit Titeln, Graden und Abschlüssen überschüttet wird, die nicht die gewünschten oder erwarteten Fachkompetenzen repräsentieren und kaum mehr zu differenzieren sind. Nicht der Abschluss, die Qualität der Ausbildung führt zur Fachkraft.

FKM wird dann aber zum qualitativen Mangel, wenn Unternehmen zwar genügend Bewerber/innen finden, aber nur wenige geeignete. Wie viele Unternehmer, aber auch Personalberater derzeit bemängeln, mangelt es Unternehmen nicht an der schier Zahl von Bewerber/innen, sondern an geeigneten Kandidat/innen – es ist ein qualitativer FKM. Viele Unternehmen beklagen jenseits fehlender grundlegender Fähigkeiten im Fach dazu auch mangelnden Willen, Motivation und die Fähigkeit, über den Tellerrand hinauszuschauen, gepaart mit überzogenen Vorstellungen über eigenes Können und Leistungen. Das Problem ist nicht neu, erlangt aber in Zeiten des Rufs nach mehr Fachkräften und einem signifikant gestiegenen Streben nach

akademischen Ehren in der Gesellschaft zusätzlichen Antrieb mit der Folge fataler Fehlentwicklungen in der Ausbildung und deren Darstellung in der Gesellschaft: Statt das Niveau der Ausbildung zu fördern und der wachsenden Komplexität des Lebens anzupassen sowie die unterschiedlichen Ansprüche der Bildungsangebote nachvollziehbar zu differenzieren, wird das Land mit in ihrer Qualität nicht mehr unterscheidbaren Abschlüssen und Titeln überschüttet, jegliches Bemühen um mehr Wissen sogleich ambitioniert tituliert (fast alles ist heute ein Studium), und Voraussetzungen zur Berufsausübung werden fallen gelassen. Und nicht jeder mag zum wissenschaftlichen Studium geeignet und willens sein und letztendlich wird auch eine Elite-Universität aus unbegabten Studierenden kaum begabte machen können. So mündet die Förderung nach mehr Hoch-



schulabsolventen nicht nur im Streben der Hochschulen nach mehr Studierenden, schnellerem Studium und vereinfachtem Zugang, sondern damit verbunden auch in zunehmend verschulden, fachlich engen und ausschließlich auf die Wissensvermittlung ausgerichtete Ausbildungen, statt in Vermittlung von Denken, Urteilskraft und akademischen Grundwerten. Daher entstehen immer wieder neue Master- und Bachelor-Studiengänge, deren Curricula nur in einer Aneinanderreihung von Kursen ohne ein ganzheitliches Verständnis des Fachs bestehen, und deren Inhalte von Dozenten vermittelt werden, die sie sich allein mit der Hoffnung auf schöne Titel für die Lehrtätigkeit berufen fühlen. Aber gerade das Fehlen eines ganzheitlichen Denkens rächt sich später für die Unternehmen, wenn die Mitarbeiter im Studium nur Wissen statt Denkweise und das Abarbeiten und -haken von Einzelkursen statt grundsätzlichem Verständnis gelernt haben. Eine komplexe und interdisziplinäre Welt verlangt aber entsprechend denkende Mitarbeiter.



Dass es anders geht, zeigt sich in den USA: Selbst die Bachelor-Ausbildung wird zunehmend zu einer „Education of the Mind“. Die Unternehmen übernehmen es, den Absolventen die unternehmensrelevanten, praxisspezifischen Inhalte zu vermitteln. Kombiniert mit der Pflicht zu umfassenden Praktika wäre dies auch in Deutschland sinnvoll, allerdings wird hier noch unter der Flagge einer wie auch immer zu definierenden Praxisorientierung versucht, isolierte und kurzfristige Bedarfe einzelner Branchen in die akademische Ausbildung einzubauen.

Zudem, die Unsicherheit über die tatsächliche Qualität erstreckt sich nicht nur auf die Studiengänge und Ausbildungen selbst, sondern auch auf die sie anbietenden Institutionen – auf die in letzter Zeit wie Pilze aus dem Boden geschossenen neuen Hochschulen und Institute –, die sich nur zu oft mit fragwürdigen Akkreditierungen, ambitionierten Namensgebungen und mit Bildern von aufmerksamen und fleißigen Studierenden auf ihrem „Markt“ feil bieten. Eine Bewertung des tatsächlichen Anspruchs und der Bedingungen der dortigen Ausbildung ist nur schwer möglich, bei im Ausland ansässigen Institutionen fast unmöglich.

Und so präsentieren sich vermehrt Absolventen am Markt mit BA- und MA-Abschlüssen in phantasievollen Anglizismen, die bei wohlklingenden Institutionen erworben wurden, deren Rang und Herkunft kaum einzuschätzen sind. Bei einigen neuen Studiengängen darf da schon mal a priori akademischer Anspruch und Sinnhaftigkeit hinterfragt werden, so z. B. beim Master für Körperpflege, für vegane Ernährung, für europäische Hebammenwissenschaften, für angewandte Sexualwissenschaften, für angewandte Freizeitwissenschaften oder (in Großbritannien) beim Master of Arts in Beatles, Popular Music and Society. Auch mag die Frage berechtigt sein, ob Event-Management ein wissenschaftliches Studium begründet, ebenso die Ausbildung zum Master of Akkupressur (in Skandinavien kein seltenes Bildungsangebot) oder zum Diplom-Freizeitbetreuer. Und die „Tätigkeit“ als Aktivist/in wird mitunter auch als Studieneleistung angerechnet.

Auf anderen Ausbildungsebenen jenseits der Hochschulen finden sich ebenso phantasievolle Blüten, womit wohl auch eine verbale Nähe zu den Hochschulabschlüssen erzeugt werden soll. So ist leicht der ungeschützte „Betriebswirt“ mit dem „Dipl.-Betriebswirt“ (geschützt) zu verwechseln. Nur zu oft bleibt unklar, was sich hinter den Bezeichnungen

„zertifiziert“ (ja, es gibt auch zertifizierte Strip-teaselehrer/-innen) oder „anerkannt“ verbirgt, wer dies geprüft oder verliehen hat. Auch darf bei Zusätzen wie „diplomiert“ oder gar „akademisch geprüfter Kaufmann“ sowie „Diplom Service Berater“ genauer nachgefragt werden. Und ein „staatlich geprüfter“ Schluchten- bzw. Schneeschuhführer mag zwar ein Vertrauen verdienende Fachkraft sein, die Bezeichnung allein wirkt etwas überambitioniert.

Im Schlepptau dieser Entwicklung ist eine Renaissance der Abschlüsse, Grade und Titel zu erkennen, die nicht geschützt sind, keine fachlichen Voraussetzungen verlangen, aber den Eindruck einer formal anerkannten Fachkraft vermitteln sollen. Gerne genutzt von sehr kommerziell getriebenen Ausbildungsstätten aber auch von Privatpersonen mit quälendem Statusbedürfnis. So finden wir z. B. in Deutschland Schulen, die ihre Schüler als „Students“ bezeichnen und diese sich zur „Verleihung“ des Abiturs oder IBs in Talar und Doktorhut einfinden lassen.

Die vielen neuen Abschlüsse, Titel und Bildungsstätten werden zum Problem, wenn sie nicht mehr ohne profundes Wissen zu bewerten sind und über die erwartete Fachkompetenz täuschen: Wie es für jeden Bürger zur Gefahr wird, wenn er für seine Heilbehandlung an einen „Quacksalber“ gerät, so wird es für Unternehmen und Freiberufler zu einem ernstesten Problem, wenn sie durch glanzvolle Bewerbungen und beeindruckenden Auftritt und Selbstdarstellung des/der sich Bewerbenden geblendet werden. Die falsche Auswahl kann zu erheblichen Kosten, ja sogar Schaden und Verlust von Kunden führen, wenn der/die Bewerber/in – einmal eingestellt – die Erwartungen nicht erfüllt. Projekte bleiben liegen und neue Mitarbeiter/-innen müssen gesucht und eingearbeitet werden.

Was tun? Wir brauchen nicht mehr und keine neuen Grade, Abschlüsse und Titel, wie es auch wenig Sinn macht, Zugangsbedingungen und das Ausbildungsniveau zu senken, nur um mehr Fachkräfte leichter und schneller zu „produzieren“. Ausbildungen und Bildungsstätten müssen vielmehr allgemein verbindlichen, verlässlichen und transparenten Qualitätskriterien und Zugangsvoraussetzungen unterliegen – damit eindeutiger und besser differenzierbar und bewertbar sein. „Was drauf steht, muss auch drin sein“ – das gilt auch hier.

An der Digitalisierung der Schiene führt kein Weg vorbei

Von Prof. Dr. Sabina Jeschke, Vorstand Digitalisierung und Technik, Deutsche Bahn

Prof. Dr. Sabina Jeschke



Prof. Dr. Sabina Jeschke ist Vorstand Digitalisierung und Technik bei der Deutschen Bahn AG. Sie ist Aufsichtsratsvorsitzende der DB System GmbH, der Systemtechnik GmbH, der broadband GmbH und der FZI GmbH. Jeschke hält die Honorarprofessur für das Fach „Digitale Transformation“ an der Fakultät Wirtschaft und Management der Technischen Universität Berlin. Zudem ist sie Professorin an der Fakultät für Maschinenwesen der RWTH Aachen University. Ihre Schwerpunkte als Wissenschaftlerin sind die Bereiche „Verkehr und Mobilität“, „Internet of Things“, „Robotik und Automatisierungstechnik“ und „Künstliche Intelligenz“.

An einer radikalen Digitalisierung der Bahn führt kein Weg vorbei. Ob die Digitalisierung des Bahnbetriebs oder eine „intelligente“ Instandhaltung oder Echtzeit-Informationen vor, während und nach der Reise – digitale Technologien sind der entscheidende Hebel für mehr Kapazität, Qualität und Pünktlichkeit. Sie sind auch die Basis für mehr Reisekomfort. Und sie sind damit Voraussetzung, um die Verkehrsleistung der Schiene massiv zu erhöhen. Dabei geht es um mehr als nur den Geschäftserfolg - es geht darum, Verantwortung für Gesellschaft und Klima zu übernehmen.

Die Bahn war das „Startup“ der ersten industriellen Revolution. Sie war damit Treiber

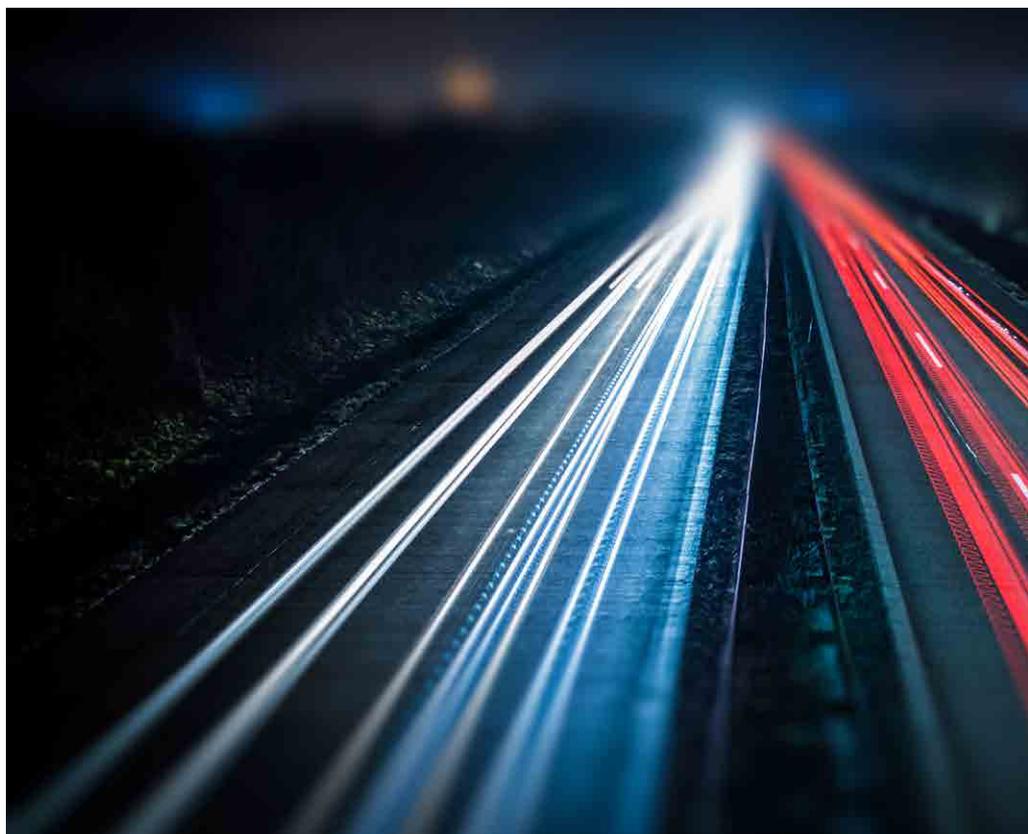
einer gesamtgesellschaftlichen Veränderung. Heute, 185 Jahre später, stecken wir mitten in der vierten industriellen Revolution, die maßgeblich von Künstlicher Intelligenz getrieben wird. Mehr noch: Wir stecken auch in einer ökologischen Revolution. Nur wenn es uns gelingt, neue Wege zu gehen, werden wir unseren Wohlstand erhalten können. Die Schiene kann dabei eine zentrale Rolle spielen – für den Personen- und Güterverkehr.

Damit das gelingt, können wir uns ein „Weiter so“ nicht erlauben. Wir müssen neue Wege einschlagen und einen alternativen technologischen Zugang wählen: Wenn wir in Deutschland die Zahl der Reisenden im Fernverkehr massiv erhöhen wollen, benötigen wir Kapazität für tausende zusätzliche Züge im Schienennetz. Dazu kommt die Steigerung der Verkehrsleistung im Schienengüterverkehr, die wir uns vorgenommen haben. Um das Wachstum des Schienenverkehrs zu bewältigen, investieren wir in neue Fahrzeuge und die Modernisierung unsere Infrastruktur. Das alleine reicht aber nicht. Wir können nicht innerhalb kürzester Zeit tausende Schienenkilometer neu bauen. Eine reine „Betonlösung“ dauert zu lange.

Das System selbst muss intelligent werden

Was ist die Lösung? Ganz klar: die radikale Digitalisierung der Schienensysteme. Nur so können wir die Bahn in ein neues Zeitalter befördern. Die Alternative zum „Neubau“ liegt darin, die Schiene so auszustatten, dass wir deutlich mehr Kapazität ins bestehende Netz bekommen. Das DB-Programm „Digitale Schiene Deutschland“ ist im Kern die Vision einer „verteilten Künstlichen Intelligenz“: Züge können dichter hintereinanderfahren, weil etwa der hintere Zug in Echtzeit „merkt“, dass der vordere bremst. Die sogenannten „Blockabstände“ können so unterschritten werden. Konservative Rechnungen ergeben 30 Prozent Kapazitätsgewinn. Das wären rund 1.000 Züge mehr pro Tag, die dringend gebraucht werden, um mehr Verkehr auf die klimafreundliche Schiene zu bringen.

Das Beispiel beschreibt, worum es im Kern geht und was das „Wesen“ dieser vierten industriellen Revolution ist: Künstliche Intelligenz (KI). Es geht darum, das jeweilige System selbst intelligent werden zu lassen. Das ist nicht nur auf die Schiene beschränkt. Nehmen wir den Fall an, dass bei einem Sturm ein



Baum ins Gleis fällt. Warum kann das Gleis nicht automatisch melden, dass dort etwas liegt, das da nicht hingehört? Warum kann die Schiene nicht direkt die Leitstellen oder den sich nähernden Zug informieren? Mehr noch: Unter Einsatz von KI könnten nicht nur Informationen verteilt, sondern konkrete Prozesse und Aktionen angeschoben werden wie ein automatisches Abbremsen des Zuges. KI kann auch dafür sorgen, dass parallel die Drohne mit der Kettensäge anrückt, um den Baum zu beseitigen.

Mit Fahrzeugen umgehen wie mit der eigenen Gesundheit

Ein weiterer Schwerpunkt liegt auf der Digitalisierung der Fahrzeuginstandhaltung. Dieser Bereich ist mindestens so wichtig, weil viele Zugverspätungen oder -ausfälle hier ihre Ursache haben. Heute erfolgt die Instandhaltung „nach Plan“, also nach bestimmten Kilometerleistungen oder Zeitfristen. Ein großer Teil der Untersuchungen ist insofern „überflüssig“, als ihr Ergebnis „ohne Befund“ ist. Die Untersuchung war also eigentlich nicht notwendig. Mithilfe modernster Sensorik wissen wir künftig vorher, was bald kaputt geht. Instandhaltung erfolgt dann nicht mehr nach Plan, sondern nach Bedarf. Warum also mit der Bahn nicht so umgehen wie mit der

eigenen Gesundheit? Prävention ist weit weniger invasiv, schneller und günstiger als die Bekämpfung akuter Erkrankungen.

Ganz praktisch heißt das: Technische Fahrzeugdaten werden an die DB-Werke in Echtzeit übermittelt und ausgewertet. Künftig wissen unsere Techniker vorher, dass die Kaffeemaschine im ICE in sieben Tagen ausfallen wird. Sie stehen mit dem passenden Ersatzteil bereit. Weichen und Weichenheizungen werden schon heute mit entsprechender Sensorik ausgestattet. So können wir Störungen, Fremdkörper in der Weiche oder Verschleiß früh erkennen und vorbeugend eingreifen. Die Digitalisierung der Instandhaltung ist zentral, weil Fortschritte hier schon in kurzer Zeit sichtbar werden.

Umsetzen werden wir diese Vision schon bald in Cottbus. Dort bauen wir in den nächsten Jahren das größte, modernste und umweltfreundlichste Instandhaltungswerk der DB – nicht nur in Deutschland, sondern in Europa. Die Energie für das Werk kommt zum Teil aus Photovoltaikanlagen. Der Fokus liegt auf der „schweren Instandhaltung“ – das beinhaltet große Umbauten, Reparaturen von Unfallfahrzeugen und die großen Hauptuntersuchungen.

Cottbus wird zum Leuchtturm

Cottbus gibt die einmalige Chance, ein Werk zu bauen, das das komplette Potenzial der erwähnten vierten industriellen Revolution nutzt: Ein Instandhaltungswerk, in dem innovative Sensorik, echtzeitfähige Kommunikation mit 5G, intelligente Analyse durch KI und neue Automatisierung durch Robots und „Cobots“ von vornherein in das Werksdesign integriert sind. Die gesamten Abläufe und Prozesse werden bis hin zum Einkauf digital geplant und gesteuert. Das Instandhaltungswerk Cottbus wird ein Leuchtturm für deutsche Ingenieurskunst.

Ähnlich ehrgeizig sind unsere Ziele beim Klimaschutz. Spätestens im Jahr 2050 wird die Deutsche Bahn ein klimaneutraler Konzern sein. Das bedeutet, dass kein DB-Fahrzeug mehr mit fossilen Kraftstoffen unterwegs sein wird. Im Fernverkehr fahren wir längst mit 100 Prozent Ökostrom. Im Regionalverkehr aber sind viele Strecken noch nicht elektrifiziert. Sie sind in absehbarer Zeit aus technischen oder wirtschaftlichen Gründen auch nicht elektrifizierbar. Dort ist die Herausforderung, klimaneutral zu werden, ungleich größer. Oder um es ganz praktisch zu sagen: Wir müssen in den nächsten Jahren auf die

bekanntesten Dieseltriebswagen verzichten und einen Ersatzantrieb finden.

Weil wir diese Herausforderung annehmen, ist unser Versuchszug, das advanced TrainLab, schon viele tausend Kilometer komplikationslos mit Öko-Diesel gefahren. Auch im Sylt Shuttle zwischen Niebüll und Westerland haben wir diesen alternativen Kraftstoff bereits erfolgreich in der Praxis getestet. Perspektivisch wollen wir den Öko-Diesel auf weiteren Strecken in Diesellokomotiven und Triebwagen einsetzen. Bei der Erzeugung des Kraftstoffs sparen wir immerhin bis zu 90 Prozent CO₂ ein.

Als „Abfallprodukt“ fällt nur Wasser an

Genauso optimistisch gehen wir nun ein Projekt an, in dem wir mit Siemens Mobility den Wasserstoff auf die Schiene bringen. Der Antrieb eines Zuges mit einer Wasserstoffbrennstoffzelle hat den Vorteil, dass aus der Reaktion von Wasserstoff und Sauerstoff nicht nur die elektrische Energie für den Zug entsteht. Es entsteht als „Abfallprodukt“ einfach nur Wasser. Das Ganze ist natürlich nur dann klimaneutral, wenn der Wasserstoff wirklich grün ist, also mit Hilfe von Ökostrom hergestellt wird. Und genau das werden wir tun. Ganz konkret: Siemens Mobility wird einen neuen Zug bauen, der auf dem Regionaltriebzug Mireo Plus basiert. Die DB steuert den anderen, nicht minder wichtigen Teil des Systems bei: die Infrastruktur, ohne die kein Zug fahren kann. Wir entwickeln eine neuartige Wasserstofftankstelle mit einer ganz wichtigen Eigenschaft: Der Zug kann in derselben Zeit betankt werden wie ein Dieselizeug. Als Startup der ersten industriellen Revolution hat die Eisenbahn die Gesellschaft verändert. Sie hat Distanzen überwunden, Kulturen verbunden und den Horizont des Individuums erweitert. Schienengebundene Systeme sind inzwischen gereift. Sie können vielleicht gerade deshalb im digitalen Zeitalter wieder gesellschaftsgestaltende Beiträge leisten: Die Bahn bietet nicht nur hohe Kapazitäten und eine gute Umweltbilanz. Vor allem schenkt sie den Reisenden schon jetzt die zusätzliche Zeit, die das autonome Auto erst in einigen Jahren ermöglichen soll. Neue Technologien versetzen uns in die Lage, dieses Potential voll auszuschöpfen. Die Schiene kann im Kampf gegen Klimawandel, Feinstaub und verstopfte Innenstädte neue Maßstäbe setzen. Sie kann noch mehr – sie kann auch zu einem weiteren Aushängeschild für den Technologie- und Digitalisierungsstandort Deutschland werden!



„Schneller als zu Wasser“

Ein Gastbeitrag der Russischen Eisenbahnen

Anton Kozlow



Anton Kozlow, Leiter der Abteilung für Auslandsprojekte und internationale Zusammenarbeit der Russischen Eisenbahnen (Российские железные дороги – РЖД)

Anton Kozlow wurde 1982 in Moskau geboren. Er schloss sein Studium an der Moskauer Staatlichen Universität für Eisenbahnverkehr ab und qualifizierte sich als Wirtschaftswissenschaftler. Seit 2003 arbeitet er in verschiedenen Positionen bei der staatlichen Eisenbahngesellschaft der Russischen Föderation auf dem Gebiet der internationalen Zusammenarbeit.

Von 2011 bis 2017 war Anton Kozlow Leiter der Abteilung für die Zusammenarbeit mit osteuropäischen Ländern in der Abteilung für internationale Zusammenarbeit der Russischen Eisenbahnen. Seit 2017 arbeitete er als stellvertretender Leiter der Abteilung für Auslandsprojekte und internationale Zusammenarbeit der Russischen Eisenbahnen. Seit 2019 leitet Anton Kozlow diese Abteilung.

Das Interesse für Transitleistungen im Frachtverkehr zwischen Südkorea / Japan und der EU wächst kontinuierlich weiter. Die Zahlen, die den wachsenden Transit auf der Schiene zwischen der EU und China belegen, sind mehr als überzeugend. Denn 2014 – 2019 sind sie ums Achtfache gestiegen.

In der ersten Jahreshälfte 2020 blieb die positive Entwicklung erhalten. Auf den Strecken China – Europa – China sind auf den Schienen der Russischen Eisenbahn (RZD) über 220 Tausend TEU befördert worden, was 43 Prozent mehr ist als im Vorjahr.

Neben der bereits bestehenden Trans Siberian Land Bridge (einer Lieferleistung, die durch die RZD Logistika und Festo über den Hafen Wladiwostok erbracht wird) wird das russische Schienennetz auch von Containerreedereien genutzt. So bietet Maersk seit 2020 die AE19-Leistung über den Wostotschny-Hafen im Fernen Osten und den Großen Hafen Sankt Petersburg an. Diese eine Schwalbe kann durchaus den Frühling der strategischen Partnerschaft der transkontinentalen Seewege und Schienennetze Eurasiens einläuten, wenn es um gemeinsamen Güterverkehr zwischen dem Asiatisch-Pazifischen Raum und der EU geht.

Nach meiner Meinung könnten sich auch weitere große Reedereien am Frachtverkehr über die russischen Seehäfen interessiert zeigen – im Baltikum, Kaliningrad und im Fernen Osten. Dass es sich dabei um attraktive Standorte handelt, wird durch positive Erfahrungswerte des Eisenbahn-Joint-Ventures Russlands, Kasachstans und Weißrusslands OTLK ERA (Vereinigtes Transport- und Logistikunternehmen – Eurasische Bahnallianz) belegt, das in den letzten 12 Monaten seine Logistiksparte über Kaliningrad erfolgreich ausbaut.

Die Reedereien praktizieren bereits seit Jahrzehnten bewährte Frachtkonsolidierungsmuster, die eine Frachtaufteilung in große Schiffspartien ermöglichen, während es bei der Eisenbahn schnelle, erschwingliche und in der letzten Zeit zunehmend nutzerfreundliche Lieferleistungen gibt.

Es sei betont, dass der Wettbewerb zwischen dem Seeverkehr und der Bahn sich recht gemäßigt verschärft. Die auf dem Seeweg zu befördernde Fracht bleibt überwiegend den Seewegen vorbehalten, weil die Lieferzeiten für viele Güter nicht relevant sind und die Erschwinglichkeit der Lieferung im Vordergrund steht. An dieser Stelle wird die von der Menschenhand geschaffene Bahninfrastruktur immer teurer sein als Nutzung kostenfreier Gewässer.

Doch teilweise ist die Fracht sensibel für Lieferfristen und der hohe Produktpreis macht

die Lieferung auf der Schiene durchaus bezahlbar. Die Basistarife für den Bahntransit bleiben über die letzten Jahre übrigens konstant. Das gilt insbesondere für Automobilkomponenten und Elektrotechnik, Ausrüstung, Komplexchemie, Konsumgüter, Lebensmittel.

Die OAO RZD und nationale Verkehrsunternehmen der Nachbarländer arbeiten kontinuierlich an der Verbesserung der Verkehrsleistungen.

Die Umsetzung der Projekte im Bereich der Infrastrukturmodernisierung und Auflösung von Engpässen ließ die Liefergeschwindigkeit ansteigen, die bei der RZD sich mittlerweile bei über 1300 km/Tag eingependelt hat, die digitale Infrastruktur und insbesondere die Zusammenarbeit mit Zollbehörden in digitaler Form expandieren, was zusätzliche Zeitersparnisse mit sich bringt.

Ein großer Faktor, der für die Logistik auf der Schiene spricht, ist zudem das Interesse der Wirtschaft an der Vergrünung ihrer Logistikkette. Der Bahnverkehr zeichnet sich durch den geringsten CO₂-Fußabdruck aus im Vergleich zu sonstigen Verkehrsmitteln. Insbesondere gilt das für die OAO RZD. Die wichtigsten Abschnitte der Hauptnetze sind elektrifiziert.

Wie einige weitere Bahnbetriebe ist auch die RZD deshalb neulich der Erklärung zur



nachhaltigen Entwicklung beigetreten, die größere Verpflichtungen für den Bahnsektor im Kampf gegen den Klimawandel fest schreibt.

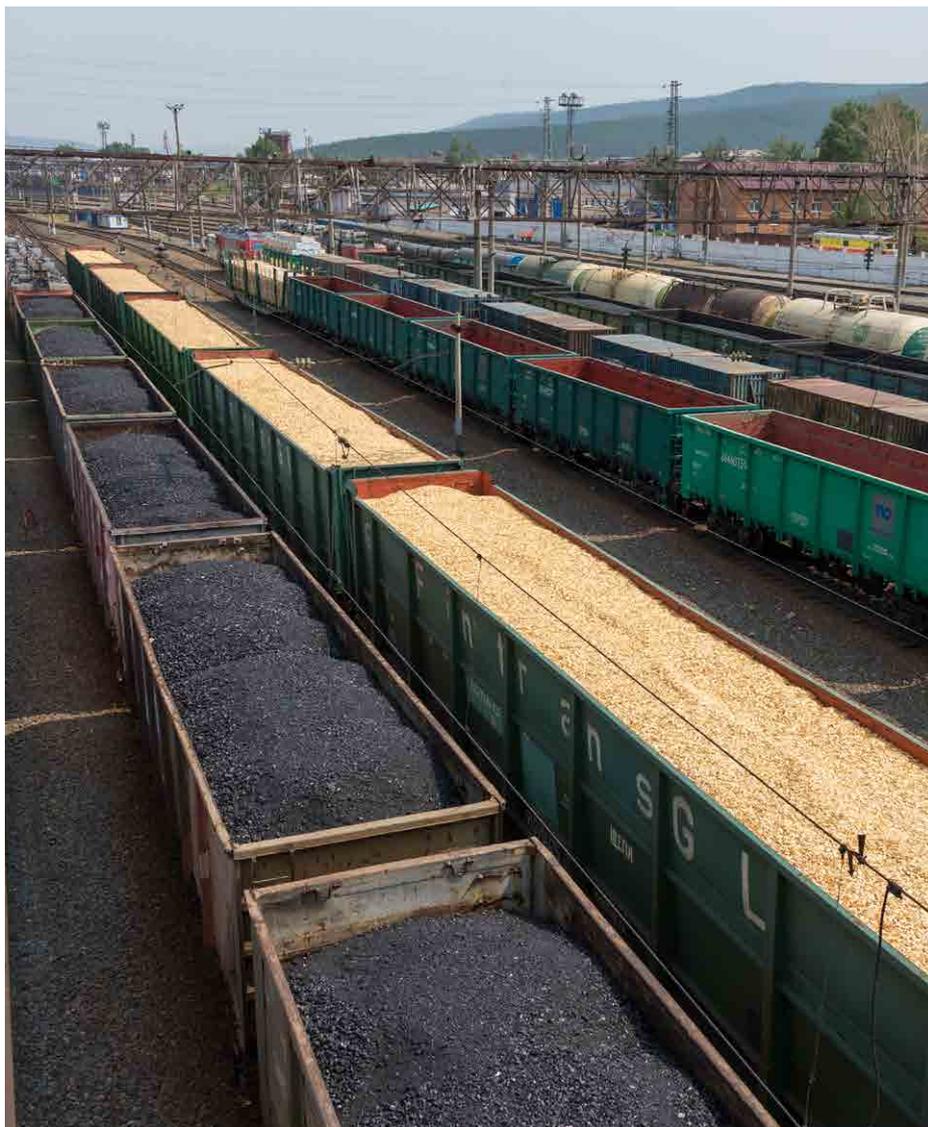
Das Dokument sieht das Bekenntnis der Bahnunternehmen zur Reduktion des spezifischen Energieverbrauchs und der CO₂-Emissionen, zur Erreichung der CO₂-Neutralität bis 2050 und zur Umsetzung der UN-Nachhaltigkeitsziele vor.

Und das wichtigste Fazit, das man ziehen kann, ist, dass die Vertrauenswürdigkeit des Containertransits auf der Schiene in den letzten Jahren zugenommen hat.

Die Frage nach der Stabilität und Qualität der Schienenlieferungen stellt sich schon lange nicht mehr, denn die Zuverlässigkeit der Bahnlieferung ist bestimmt nicht schlechter als die des Seewegs. Und 2020 war es gerade die Bahn, die wegen der in den Häfen eingeführten coronabedingten Einschränkungen wohl zum zuverlässigsten Liefermittel auf langen Strecken wurde.

Somit erscheinen gemeinsame Produkte der transkontinentalen Seewege und Bahnen, die auf den Transitmarkt zwischen der EU und den Ländern des Asiatisch-Pazifischen Raums abgezielt sind, als Frage der nahen Zukunft.

Die Redaktion dankt der Bundesfachkommission „Neue Seidenstraße“ des BWA (www.kommission-seidenstrasse.de) für die freundliche Genehmigung zum Abdruck des Beitrages.



Außenminister von Bangladesch zu Gast beim BWA

Gespräche mit S.E. Dr. A. K. Abdul Momen und Wirtschaftsvertretern

Im Kontext seiner Europareise gab sich S.E. Dr. A. K. Abdul Momen, Außenminister der Volksrepublik Bangladesch, die Ehre, den Vorstand sowie Senatoren des BWA in dessen Bundesgeschäftsstelle in Berlin zu einem Gespräch zu treffen. Während des Austausches betonte Minister Dr. Momen die unternehmens- und investitionsfreundliche Politik in Bangladesch, insbesondere für deutsche Unternehmen. Insbesondere die Bereiche Infrastruktur, erneuerbare Energien und industrielle Produktion bieten attraktive Potentiale für Investitionen aus Deutschland, und die Regierung wird solche Projekte nach Aussage des Ministers uneingeschränkt unterstützen. Die von der Regierung Bangladeschs eingerichteten Sonderwirtschaftszonen bieten vielversprechende Konditionen, beispielsweise für die Automobilherstellung. Ein weiteres Thema ist der Aspekt der Fachkräftesicherung, wobei Bangladesch über qualifizierte junge Arbeitskräfte zu wettbewerbsfähigen Löhnen für die in Deutschland dringend benötigten Berufe verfügt. Seitens der Regierung von Bangladesch gibt es ebenfalls großes Interesse an einer Zusammenarbeit im Bereich der beruflichen Aus- und Weiterbildung vor Ort, woraus sich Vorteile für beide Seiten ergeben können.

In der Delegation aus Dhaka befand sich ebenfalls Dr. Rubana Huq, Präsidentin der Bangladesh Garment Manufacturers and Exporters Association (BGMEA). In ihrer Präsentation unterstrich sie das Interesse von Bangladesch an nachhaltigen Investitionen, die ein Schlüssel zu besseren Löhnen, höherer Kaufkraft und besserer Kundenzufriedenheit sind.

Im Anschluss diskutierten Mitgliedsunternehmen des Verbandes mit dem Minister und seinen Begleitern, S.E. Imtiaz Ahmed, Murshidul Huq Khan (Gesandter-Botschaftsrat für politische Fragen), Andalib Elias (Generaldirektor Westeuropa & EU im

Außenministerium der VR Bangladesch), Samia Anjum (Büro des Außenministers), Muhammad Shafiul Azam (I. Sekretär und Leiter der Kanzlei der Botschaft) und Nashir Uddin (Sekretär für Westeuropa & EU im Außenministerium).



BWA empfängt Delegation aus Usbekistan

Unternehmerisches Engagement in Zentralasien hat Zukunft



Anlass für die Vertiefung von Kontakten nach Zentralasien bot der Besuch einer Delegation hochrangiger Persönlichkeiten aus der Republik Usbekistan in der Bundesgeschäftsstelle des BWA. Der Botschafter der Republik Usbekistan in Deutschland, S.E. Nabijon Kasimov, wohnte dem Treffen in Begleitung weiterer Diplomaten aus der Wirtschafts- und Presseabteilung bei.

Mitglieder der usbekischen Delegation waren Eldor Tulyakov, Mitglied der Oliy Majlis, des nationalen Parlaments der Republik Usbekistan und zugleich Direktor des Zentrums für Entwicklungsstrategie (DSC), Bakhtiyor Mustafayev, Leiter des Instituts für strategische und interregionale Studien (ISRS) beim Präsidenten der Republik Usbekistan, und Umid Abidkhodjaev, stellvertretender Direktor des Zentrums für Wirtschaftsforschung und Reformen (CERR) beim Präsidenten der Republik Usbekistan.

Während des Gesprächs veranschaulichten die usbekischen Experten die Dynamiken in Wirtschaft und Gesellschaft, die sich in Usbekistan in den letzten Jahren durch die ambitionierte Reformpolitik von Präsident Shavkat Mirziyoyev entwickeln. Usbekistan ist unter anderem durch die Liberalisierung des Visaregimes für viele ausländische Staaten, die Konvertierbarkeit der Landeswährung Sum sowie durch Investitionsfördermaßnahmen zu einer attraktiven Destination für

langfristiges unternehmerisches Engagement in Zentralasien geworden.

„Usbekistan weist in der Tat viele Faktoren auf, die für ein verstärktes Engagement der deutschen Wirtschaft sowohl im Land selbst, als auch in Zentralasien attraktiv sind. Der BWA begrüßt die wirtschaftsfreundliche Reformpolitik von Präsident Mirziyoyev ausdrücklich und steht als zuverlässiger Partner an der Seite usbekischer und deutscher Unternehmen, die gemeinsam mehr erreichen

möchten“, erklärte der Vorstandsvorsitzende des BWA, Michael Schumann, nach dem Austausch mit der usbekischen Seite.

Senatoren und Mitglieder des BWA mit grundsätzlichem Interesse oder einem konkreten Anliegen in Bezug auf Usbekistan können sich jederzeit gerne an die Bundesgeschäftsstelle des Verbandes wenden, die in enger Abstimmung mit der Botschaft der Republik Usbekistan unterstützende Schritte in die Wege leiten wird.



BWA beim AsiaBerlin Summit Hintergrundgespräch im International Club Berlin

Anlässlich des AsiaBerlin Summit (vormals Asien-Pazifik-Wochen) organisierte der BWA ein exklusives Hintergrundgespräch im International Club Berlin, um die zukünftigen Perspektiven asiatischer Märkte für die deutsche Wirtschaft in den Blick zu nehmen. Als Partner waren das Kölner Forum für Internationale Beziehungen und Sicherheitspolitik (KFIBS e.V.), der China Going Global Think-Tank (CGGT) und die Confederation of Indian Industry (CII) beteiligt. Im Fokus der Veranstaltung standen China und Indien – nicht nur aufgrund der engen Verbindung zu diesen Ländern seit Gründung des Verbandes, sondern auch vor dem Hintergrund sich verändernder geopolitischer Konstellationen. Deutschland und Europa stehen vor der besonders akuten Herausforderung, eine pragmatische und der eigenen wirtschaftlichen Entwicklung förderliche Rolle in einem sich stark verändernden Weltwirtschaftssystem zu definieren und entsprechend zu agieren. Michael Schumann, Vorstandsvorsitzender des BWA, betonte in seiner Begrüßung die Notwendigkeit des persönlichen Austausches für Entscheidungsträger im Rahmen des derzeit unter den Bedingungen des Infektionsschutzes Machbaren und zeigte sich erfreut, dass der BWA hierbei mit gutem Beispiel vorangeht. In dem anschließenden Impulsvortrag ging Dr. Stefan Tetzlaff, Leiter der Forschungsgruppe Asien des KFIBS und Gastwissenschaftler an der Humboldt-Universität zu Berlin, auf die steigende Bedeutung eines globalpolitischen Denkansatzes bei der Verortung von Absatzmärkten und Lieferketten ein. Ausgehend von einem kurzen historischen Abriss der Beziehungen Deutschlands

zu den beiden führenden Mächten Asiens erläuterte Dr. Tetzlaff die Notwendigkeit der Formulierung eigener wirtschaftspolitischer Interessen, was derzeit in Deutschland kaum geschehe. Auch wurde die Rolle der USA und des handels- und geopolitischen Konfliktes mit China thematisiert, zu dem sich deutsche Akteure ebenfalls positionieren müssen, wenn sie weiterhin außenwirtschaftlich erfolgreich bleiben wollen.

Johannes Pflug, Vorstandsmitglied der China-Brücke, Mitglied des Deutschen Bundestages von 1998 bis 2013 und ehemaliger Vorsitzender der deutsch-chinesischen Parlamentariergruppe, erläuterte die wachsende Bedeutung der Volksrepublik China für den deutschen Mittelstand. Der heutige China-Beauftragte der Stadt Duisburg kontextualisierte seine umfangreichen Erfahrungen mit verschiedenen Staaten Asiens und konstatierte eine steigende Relevanz der Asienpolitik für die deutsche Außenpolitik insgesamt. Von den vielfältigen Chancen in Indien berichtete Lakshmi Lalita Mohan, die Leiterin der Repräsentanz der Confederation of Indian Industry (CII) in Deutschland. Die „größte Demokratie der Welt“ und regionale Gestaltungsmacht eröffnet sowohl für traditionell starke Branchen wie Maschinenbau und Automobilindustrie, als auch für Startups und die FinTech-Branche vielversprechende Perspektiven. RA Dr. Johannes Weisser, Partner der Avocado Rechtsanwälte, sprach sich für eine Versachlichung in der deutschen medialen Berichterstattung über Entwicklungen in Asien aus und betonte aus seiner Perspektive als Vorstandssprecher des German-Indian Round Table die attraktiven Konditionen

für den Geschäftsaufbau in Indien. Xizhen Wang, Deutschlandrepräsentantin des China Going Global Think-Tank (CGGT) und Partner der CPC Unternehmensmanagement AG, stellte die deutsch-chinesische Zusammenarbeit nach der Corona-Pandemie in den Fokus ihrer Ausführungen. Hierbei gilt es insbesondere, an die zahlreichen Erfolgsbeispiele für gelungene Kooperationen anzuknüpfen und politischen Vorbehalten nicht den Vorrang vor unternehmerischer Vernunft zu gewähren. Moderiert und kommentiert wurde die Podiumsdiskussion von Volker Friedrich, Leiter der Außenwirtschaftskommission des BWA, der als Geschäftsführer von GBP International seit über 20 Jahren in zahlreichen Ländern Asiens unternehmerisch tätig ist.

In der Debatte mit Vertretern aus Politik, Wirtschaft und Wissenschaft verdeutlichte sich ein großer Zuspruch an der Entwicklung zukünftiger Geschäftsaktivitäten und Gestaltungsmöglichkeiten in beiden Ländern. Einig waren sich alle Beteiligten darin, dass es einer interessengeleiteten und multisektoral orientierten Außenpolitik bedarf, um Deutschlands Position als führender Wirtschaftsstandort weltweit auch zukünftig zu sichern. Als Erfolgsfaktor wird die Außenwirtschaft dabei zusätzlich an Bedeutung gewinnen. Der BWA nimmt die Impulse aus dieser Veranstaltung zum Anlass, die partnerschaftlichen Beziehungen mit China und Indien weiter zu fördern, um noch mehr Unternehmen bei der Kontakt- und Geschäftsanbahnung mit Sachverstand und belastbaren Netzwerken aktiv zu unterstützen.



Vorteile des externen Engineerings für den Mittelstand

Engineering Experts wie die MR PLAN Group erweitern die Perspektive

Innovationstreiber und Fortschrittsmotor - Der Mittelstand bringt in Deutschland vieles voran: „Made in Germany“ ist auch seinetwegen zur Marke geworden. Dennoch gibt es Felder, bei denen ein externer Engineering-Partner das Salz in der Suppe sein kann. Das Engineeringunternehmen MRPLAN Group berichtet aus Erfahrung.

Eine erweiterte Perspektive

Insgesamt 10 Standorte in Deutschland, Ungarn und China, 300 Mitarbeiter, 10 Engineering-Felder in der Fabrik-, Logistikplanung und Architektur/Bau – Die MR PLAN Group stellt ihr Engineering-Know-how Konzernen und Unternehmen aller Größen und Branchen zur Verfügung. Und das schon seit 1993. Dabei im Fokus stehen vor allem die Fabrik- und Logistikplanung und gleichzeitig auch die anfallenden Architektur- und Bauaufgaben. Das Ergebnis ist eine holistische Perspektive, die einen Blick über den Tellerrand erlaubt. So werden Herausforderungen bei jedweden Planungsvorhaben deutlich, die ein einzelner Unternehmer nicht sofort erkennen würde. Hinzu kommen immer größere Anforderungen in puncto Energie- und Ressourcenverbrauch. Auch diese hat die MR PLAN Group immer im Blick und kann mit einer umfangreichen Erfahrung aus vielen Projekten mit alternativen Energie-Ressourcen glänzen. Das Potential von Wasserstoff ist dabei nur ein Beispiel. Die Technologie macht es möglich, Fertigungsprozesse in der Industrie wirklich klimaneu-

tral auszugestalten. Und nur die wenigsten KMU verfügen über eine umfangreiche Erfahrung mit modernsten Software-Tools oder dem Einsatz von künstlicher Intelligenz. Ein klarer Vorteil, den ein externer Engineering-Partner wie die MRPLAN Group einbringen kann. KI revolutioniert zum Beispiel gerade die Planung von Gebäuden und Prozessen mithilfe von BIM – Building Information Modeling (Bauwerksdatenmodellierung). So können beispielsweise schon früh hochkomplexe Komponenten virtuell vernetzt werden. Ein holistisches Expertenwissen und ein umfassender Blick, den ein externer Engineering-Partner wie die MR PLAN Group mitbringen kann.

Externes Engineering schärft den Blick nach innen

Wie oben beschrieben, sind die Leistungen, die ein externer Engineering-Partner übernehmen kann, hochkomplex. Und die Kernkompetenzen eines mittelständischen Unternehmens liegen doch gerade in der mühevoll aufgebauten und geschärften Verfahrens-Kompetenz. Ein Partner wie die MR PLAN Group hilft dabei, sich genau darauf zu konzentrieren. Dabei steht die Unternehmensphilosophie der Auftraggeber stets im Zentrum der Bemühungen der Engineering Experts aus Donauwörth. Der Kern eines Unternehmens bleibt damit unberührt. Die Planung eines Projektes aber wird auf ein neues Level gehoben, und die eigentliche Arbeit des Unternehmens dadurch noch besser. Der

Claus R. Mayer



BWA Vizepräsident Claus R. Mayer ist Gründer und CEO der MRPLAN Group. Die Unternehmensgruppe ist ein international erfolgreicher Projektpartner in den Bereichen Technologieentwicklung, Konzept-, Fabrik- und Logistikplanung sowie Architektur und Projektmanagement mit Standorten in Deutschland, China und Ungarn und rund 300 Ingenieuren weltweit.

volle Fokus auf die Unternehmens- und Umsatzziele wird ermöglicht. Ein klarer Vorteil des externen Engineerings.



Insolvenzwellen nach Überwindung der Krise?

Expertenrunde für den Einsatz von Transfergesellschaften in der Berufsw Weiterbildung

Weiterbildung und Transfergesellschaften sind wirksame Instrumente, um Menschen und Regionen für die eingeleiteten Strukturveränderungsprozesse unserer Volkswirtschaft zu wappnen. Das bekräftigte die Staatssekretärin im Bundesarbeitsministerium, Anette Kramme (SPD), im Rahmen eines Expertengesprächs mit dem BWA in Neustadt bei Coburg. „Wir müssen es in Deutschland hinkriegen, dass die Menschen qualifiziert werden“, forderte sie. Unterstützungsleistungen des Bundes und der Arbeitsagentur, die über die aktuellen Programme und Zusagen hinausgehen, schloss sie nicht aus.

Kramme warnte vor einer möglichen Welle von Firmenpleiten, die nach Ablauf des aktuellen Moratoriums im Insolvenzrecht, der Kurzarbeit-Ausnahmeregelung sowie der Umsetzung der EU-Richtlinie zur Verkürzung der Restschuldbefreiung ab Juli 2021 droht: „Es wird passieren, dass wir eine erhöhte Zahl von Insolvenzen haben“, sagte sie und knüpfte die Frage an: „Wird das die Szene schaffen?“ Mit der „Szene“ diskutierte die Bundespolitikerin Kramme in Begleitung des Bamberger SPD-Stimmkreisabgeordneten Andreas Schwarz auf Einladung der connect.QBV GmbH in Neustadt. Teilnehmer des Gedankenaustauschs waren Dirk Bormann, Vorstandsmitglied des Bundesverbands für Wirtschaftsförderung und Außenwirtschaft (Berlin), Mathias Eckardt vom Deutschen Gewerkschaftsbund, DGB-Region Oberfranken (Bamberg), der Fachanwalt für Insolvenzrecht Klaus-Christof Ehrlicher (Coburg), der Bevollmächtigte der IG Metall in Coburg, Jürgen Apfel, der Oberbürgermeister der Stadt Neustadt bei Coburg, Frank Rebhan, sowie die connect.QBV-Geschäftsführer René Leibold und Georg Hofmann.

Anhand eines aktuellen Praxisbeispiels aus Coburg wurden Leistungen und Limits von Transfergesellschaften deutlich. Mathias Erl, Harald Januszewski und Klaus Hofmann schilderten die Schwierigkeiten persönlicher Berufsneuorientierung, nach über 40jähriger Tätigkeit für ein örtliches Industrieunternehmen. Übereinstimmend würdigten sie die professionelle Unterstützung durch die Transfergesellschaft. Jedoch habe die Corona-Krise die Findung einer Anschluss-tätigkeit teils ausgebremst, sodass mit Auslaufen ihrer Fördermaßnahme nach einem Jahr jetzt Arbeitslosigkeit droht.

„Transfer ist gut - Transfer im Kleinen ist enorm wichtig!“ Auf diese Formel wollte René Leibold seine Wünsche an die Bundesregierung gebracht wissen. Es zeichne sich ab, dass einzelne Regionen von Strukturveränderungen in der Wirtschaft „möglicherweise wieder besonders betroffen sein werden“. Angesichts enormen Erfolges und Effizienz von Transfergesellschaften sei sicherzustellen, „dass wir mit diesem Instrument handlungsfähig bleiben“. Den Schlüssel dazu erkannten alle Teilnehmer des Expertengesprächs in Lösungs-Optionen auf regionaler Ebene. „Man kann immer dann was bewegen, wenn die Player vor Ort sind“, betonte Neustadts Oberbürgermeister Rebhan und sprach sich dafür aus „dass dieser Aspekt der Lokalität bei Auftragsvergaben und Ausschreibungen der Arbeitsagentur eine große Rolle spielt“. Auch BWA-Vorstand Bormann sagte, „die Regionen müssen gestärkt werden“. Darüber hinaus forderte er, in Transfergesellschaften müsse mehr gemacht werden als bisher, damit Unternehmen erhalten bleiben. Fachanwalt Ehrlicher schloss sich der Anregung an: Drohende Zahlungsunfähigkeit zeichne sich bereits deutlich vor



Insolvenzanmeldung ab und könnte deshalb frühzeitig von Transfergesellschaften begleitet werden.

Kurzarbeit sollte für Weiterbildungsanstrengungen genutzt werden, schlug DGB-Sprecher Eckardt vor und forderte, die Regierung müsse das „Qualifizierungsförderungsprogramm in die Unternehmen tragen“. Er warnte vor Veränderungen nach Überwindung der Corona-Krise: „Vor einem halben Jahr haben wir noch den Fachkräftemangel bemüht, inzwischen liegen die Abbaupläne schon in den Schubladen“. Bevollmächtigter Apfel bekräftigte: „Da muss jetzt mehr passieren!“ Die Tarifforderung der IG-Metall nach einer Vier-Tage-Woche sei auch deshalb entstanden, weil in den Unternehmen „insgesamt viel zu wenig getan wird für die Qualifizierung“. MdB Schwarz verwies darauf, dass vom Bund zur Verfügung gestellte Mittel in Förderprogrammen nicht abfließen. „Wir haben ein Umsetzungsproblem“, beklagte er. Zugleich bekräftigte er seine Überzeugung, dass Berufsw Weiterbildung „enorm wichtig“ sei, „wenn wir vernünftig aus der Krise kommen wollen.“ connect.QBV Geschäftsführer Leibold zeigte auf, dass der Zuschnitt von Förderprogrammen häufig nicht auf lokale Erfordernisse passt: „10, 12, 15 und mehr Menschen erreichen wir für Einzelmaßnahmen oft nicht.“ Um dennoch auch für kleine und mittlere Unternehmen bedarfsgerecht tätig sein zu können, bräuchten Transfergesellschaften mehr Flexibilität in den Förderbedingungen. „Wir wünschen uns den Erhalt der Möglichkeit, es klein zu machen“, sagte Leibold und räumte zugleich ein, dass dies mehr Aufwand verursache als „der große Jahresplan“, der jedoch „nicht unserer Realität entspricht.“



BWA erhält Auszeichnung für humanitäres Engagement

Global Humanitarian Award für die Spende hunderttausender Schutzmasken

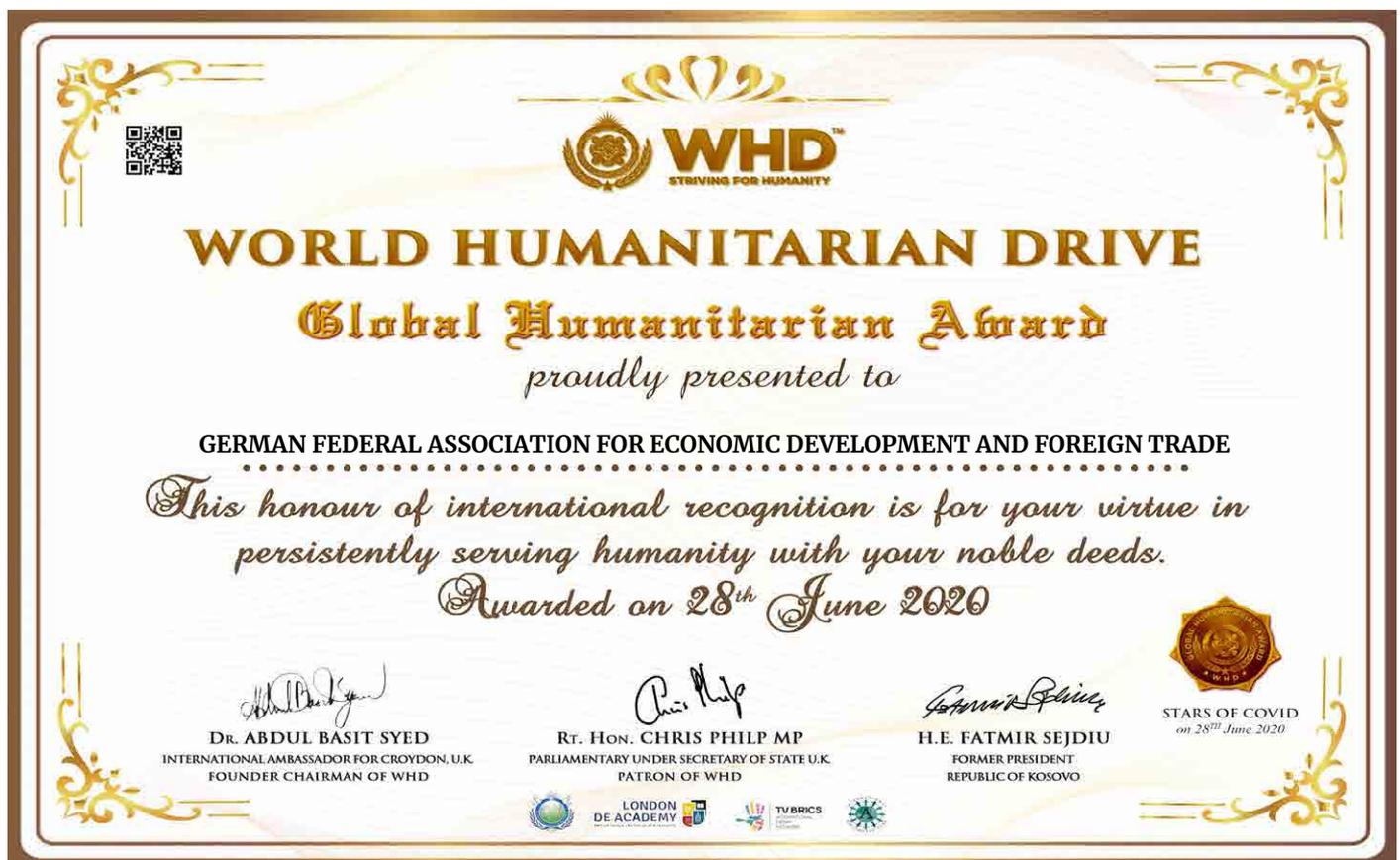
Für humanitäres Engagement in der Corona-Krise erhielt der Bundesverband für Wirtschaftsförderung und Außenwirtschaft (BWA) den „Global Humanitarian Award“ im Rahmen einer digitalen Preisverleihung. Verliehen wurde die Auszeichnung durch die Kampagne „Honouring the Honourable“ der in London ansässigen, internationalen Wohltätigkeitsorganisation „World Humanitarian Drive“ (WHD). Mit der Auszeichnung werden Organisationen und Personen aus der ganzen Welt geehrt, die sich gemeinnützig für die Bekämpfung der Corona-Pandemie und ihrer Folgen engagieren. „World Humanitarian Drive“ hat unter anderem einen beratenden Status im Wirtschafts- und Sozialrat der Vereinten Nationen (ECOSOC) und setzt sich, vergleichbar der Philosophie des BWA, für die Ausgestaltung einer Weltwirtschaftsordnung ein, die den Menschen in den Fokus ökonomischen Handelns stellt. Der Verleihung des Preises durch den Gründer und Vorsitzenden von „World Humanitarian Drive“, Dr. Abdul Basit Syed, wohnten der ehemalige Präsident der Republik Kosovo,

S.E. Fatmir Sejdiu, der ehemalige Premierminister der Demokratischen Bundesrepublik Nepal, S.E. Madhav Kumar Nepal, sowie der Präsident der Nationalversammlung Andalusiens, Pedro Ignacio Altamirano, als Ehrengäste bei.

Die Verdienste des BWA bei der Beschaffung und Spende medizinischer Schutzausrüstung durch seine hervorragenden globalen Netzwerke und die besondere Verbindung nach China fanden unter den über 1.600 Nominierungen aus allen Kontinenten eine besondere Beachtung. Über 250.000 Schutzmasken wurden an nationale und internationale Einrichtungen des Gesundheitswesens, Nichtregierungsorganisationen und diplomatische Vertretungen seitens des BWA gespendet.

„Für uns ist diese internationale Auszeichnung eine hohe Anerkennung und Motivation, unser bisheriges humanitäres Engagement zur Bekämpfung der Corona-Pandemie kontinuierlich fortzuführen. Als Wirtschaftsverband und Think Tank mit exzellenten internationalen Verbindungen und hohem Ansehen bei Entscheidungsträgern aus Politik, Wirtschaft,

Wissenschaft und Diplomatie stehen wir in der Verantwortung, gerade in den jetzigen Krisenzeiten einen gesellschaftlichen Beitrag zu leisten. Diesem Anspruch fühlen wir uns durch die tatkräftige Unterstützung unserer Senatoren und Mitglieder weiterhin verpflichtet“, kommentierte Michael Schumann, Vorstandsvorsitzender des BWA.



Agrarkommission des BWA tagt in Berlin

Die Bundesfachkommission für Landwirtschaft und Ernährung traf sich in Berlin

Vormittags wurden die Leiter der Kommission, Heinrich Gerd-Witte und Frank Kruse, in Begleitung von BWA-Diplomatieberater Urs Unkauf vom Präsidenten des Clubs der Agrardiplomaten und niederländischen Botschaftsrat für Landwirtschaftsfragen, Peter Vermeij, in der Königlich Niederländischen Botschaft empfangen. Während des sehr konstruktiven Austausches ergaben sich zahlreiche Schnittmengen und die Intention, die Gespräche im Rahmen eines Expertendialogs mit Entscheidungsträgern aus der Agrarpolitik fortzusetzen. Bilaterale Themen spielten dabei ebenso eine Rolle wie die geopolitischen und nationalen Herausforderungen für die Landwirtschaft.

Am Nachmittag besuchte Tomihiko Kayashima, Landwirtschaftsattaché und I. Sekretär der Botschaft von Japan, die Bundesgeschäftsstelle des BWA. In einer Präsentation über den Agrarsektor und die Agrarpolitik Japans, die kenntnisreiche Einblicke in den besonderen Stellenwert der Ernährungskultur und die Rahmenbedingungen für die Landwirtschaft Japans vermittelte, wurden Anknüpfungspunkte für das Engagement deutscher Unternehmen aufgezeigt.

Die Tagung in Berlin schloss mit dem Ausblick auf eine kontinuierliche Fortsetzung des internationalen Dialogs zu aktuellen wie grundsätzlichen Fragen der Agrarpolitik. Die Kommission wird sich zu Fachfragen in die politische Debatte einbringen, um die Gestaltung einer ökologisch nachhaltigen, sozial verantwortlichen und zugleich ökonomisch produktiven Landwirtschaft zu befördern.



Jetzt muss das Revierkonzept gemacht werden

Landräte zu Gast bei BWA-Wirtschaftsclub Cottbus–Lausitz

Einer guten Tradition folgend, kamen die Mitglieder des BWA-Wirtschaftsclubs Cottbus-Lausitz mit den Landräten des Spree-Neiße-Kreises Harald Altekrüger und des Oberspreewald-Lausitz-Kreises Siegfurd Heinze ins Gespräch. Nach einem kurzen Auftakt mit den Brandenburger Senatsmitgliedern im BWA gab es eine offene Diskussionsrunde mit allen Wirtschaftsclubmitgliedern. Beide Redner unterstrichen bei der Veranstaltung im Kur- und Wellnesshaus „SpreeBalance“ die wichtigste Aufgabe, die es jetzt, nachdem die Kohlegesetze verabschiedet sind, anzugehen gilt: „In 2021 müssen wir unser Revierentwicklungskonzept fertig haben. Dafür sind wir jetzt auf einem guten Weg. Für unsere Lausitz fließen viele Milliarden, und wir müssen wissen, was wir damit machen wollen. Wir müssen wissen, wo wir mit der Lausitz hinwollen.“, betonten beide. Die Rede war von Infrastrukturprojekten, deren Umsetzung aber beschleunigt werden muss. „Noch brauchen wir 10 bis 15 Jahre, um eine Straßenbaumaßnahme umzusetzen. Das ist zu lange.“, sagte Altekrüger. Dies bezogen Heinze und Altekrüger u.a. auf den zweigleisigen

Bahnausbau von Lübbenau nach Cottbus. Die Kommunalpolitiker berichteten von den Anstrengungen in der Coronazeit, von den Entscheidungen, um in den Normalbetrieb zurückzukehren und lobten die Brandenburger Landespolitik, die auch die Kommunen mit diesem Problem nicht allein gelassen hat. Aus den Reihen der Unternehmer gab es Hinweise zur Entwicklung der Lebensmittelqualität, zum Wassermanagement und zur KFZ-Zulassung. PR-Manager Jörg Tudyka regte ein einheitlicheres Erscheinungsbild der Lausitz an und wünschte sich bessere Maßnahmen, um die Menschen im Strukturwandelprozess mitzunehmen. „Es werden demnächst die ersten Vorhaben recht schnell umgesetzt. Die müssen erfolgreich sein, dann wird der Wandel auch in den Köpfen und Herzen der Menschen ankommen.“, erklärte Harald Altekrüger. Der Cottbuser Unternehmer Helmut Rauer regte an, in diesen Dialog zukünftig auch den Cottbuser Oberbürgermeister Holger Kelch einzubeziehen.

Am Rande der Veranstaltung wurde Marion Hirche als neue BWA-Landesgeschäftsführerin Brandenburg berufen. Bundesge-

schaftsführer Wolfram Nowsch übergab den Vertrag.



Klima-Studio-Konferenz auf IFA 2020 Special Edition

Fridays for Future trifft auf Tech-Wirtschaft

Jan Nintemann



Jan Nintemann ist examinierter Gymnasiallehrer und studierte Geschichte, Germanistik, Pädagogik und Philosophie. 1990 war er maßgeblicher Mitbegründer der NTplus, heute zur ALSO-Gruppe gehörend, und der Teleprofi Fachhandelskooperation – mit über 400 Fach-Einzelhändlern damals marktführend im neuen privaten Telecom-Markt. Seit 25 Jahren nutzt er seine Marktcompetenz in den Tech-Branchen (Multimedia, IT, Telecom und SmartHome/-Building), um auf Leitmesse mittels Organisation von Themenparks dort neue Themen und Aussteller zu integrieren.

Auf der verkleinerten „IFA-2020 Special Edition“ verlegte Jan Nintemann mit seiner Messe-Agentur Global Fairs TT-Messe seinen Schwerpunkt. Anstelle des langjährigen B2B-RESELLER PARK (sonst 80 Aussteller), der Corona-bedingt diesmal nur zwei Aussteller beherbergte (den Berliner SmartHome-Anbieter Homee sowie die SmartHome Initiative Deutschland e.V.), organisierte er am Rande der IFA Berlin die zweite Edition seiner 2019 gestarteten „Klima-Studio-Konferenz“. Digital- und Nachhaltigkeits-Experten genauso wie SmartHome-Hersteller präsentierten an zwei Tagen ihre Lösungen, während die Fridays for Future-Sprecherin Clara Mayer in ihrer Keynote und in der Podiumsdiskussion heftig den mangelnden Klima-Elan von



Fridays for Future-Pressesprecherin Clara Mayer erläutert im Interview Jan Nintemann (Global Fairs), dem Organisator der „Klima-Studio-Konferenz“ auf der IFA 2020 Special Edition, den von FfF geprägten Begriff „Klimagerechtigkeit“

Industrie & Politik kritisierte. Die FfF-Bewegung hatte 2019 ja dafür gesorgt, dass die Klima-Krise erstmals in das Bewusstsein der breiten Weltöffentlichkeit dringen konnte. Der Klimawandel ist – neben der digitalen Transformation – tatsächlich das Nr. 1-Thema in allen wirtschaftlichen Sektoren geworden, besonders auch in den Techbranchen, zu der natürlich auch die größte Digitalmesse Europas, die IFA Berlin mit den Themen Consumer Electronics, Home Appliances, IT & IoT, Telekommunikation sowie SmartHome/SmartBuilding gehören. Nintemann wundert sich aber, dass nur die Digitalisierung ganz oben auf der Agenda der Firmen angesiedelt ist und entsprechende Präsenz in den Fachmedien erfährt – während die Klimakrise meistens gar nicht erwähnt wird. Ganz so, als würde dieses Thema der jeweiligen Branche schaden. Immerhin: 70% aller CO₂-Emissionen entstehen in- oder durch die Wirtschaft.

Jan Nintemann hierzu: „es ist in Wirklichkeit doch genau andersrum: die Wirtschaft muss den Klimawandel weniger als Bedrohung, sondern als Chance begreifen – denn Wirtschaft lebt vom Wandel. Die Klima- und Umweltverträglichkeit muss schnellstens in die Firmen transformiert werden – hierbei gilt: die Schnellsten, nicht die Größten werden als Gewinner aus der Klimakrise hervorgehen.“ Seiner Meinung nach darf man diese zwingend notwendigen Veränderungen nicht als von Großunternehmen getriebene Entwicklung denken (Motto: „die machen das

schon“) – denn genau das ist eben nicht der Fall – siehe diesbezüglich die Entwicklung der großen Konzerne etablierter Branchen – allen voran die auf Öl basierenden Industrien wie Auto und Chemie.

Der Klimawandel liegt den gründlichsten wissenschaftlichen Analysen der Geschichte zugrunde. „Wer sich diesen Erkenntnissen verschließt, schließt die Augen vor der Realität und der Zukunft – eine solche Verhaltensweise sollte man den Entscheidungsträgern von Unternehmen nicht empfehlen“, so Nintemann. „Bei den zu erwartenden Veränderungen wird es einen Wettlauf zwischen den regulierenden EU- und nationalen Behörden und den Unternehmen in den Märkten kommen, da es Firmen geben wird, die die Zähigkeit der politischen Prozesse bzgl. des Umbaus in eine klimagerechte Welt nicht abwarten wollen.“ Langsam dämmert es der Wirtschaft, dass Elektroautos eben nicht der Jobkiller der Autobranche sind – weil neueste Marktforschungen feststellen, dass die Elektro-Mobile-Welt fast genauso viele Beschäftigte verträgt wie die traditionelle Autobranche - nur verlagert sich das Fachkräfte-Know How von der fossilen Brennstoff-Antriebstechnik von Autos auf die Batterie- und vor allem Elektrotechnik, die sich mittels KI mit der gesamten neuen Mobilität vernetzt (SmartCity) – was einerseits einen großen Umschulungsbedarf nach sich zieht und andererseits die Begehrlichkeit verwandter Branchen weckt. Bestimmten in der Vergangenheit das Verhältnis von Preis

und Nutzungsleistung den Erfolg von Produkten am Markt, so werden es in Zukunft Klima- und Umweltkriterien sein: je klima- und umweltschonender neue (grüne) Produkte und Lösungen sind, desto wettbewerbsfähiger und größer der Vermarktungserfolg – und desto besser die Aussichten auf Fördergelder der EU: schließlich hat diese mit dem „Green New Deal“ bei der Vergabe von 1,8 Billionen € Investitions-Gelder zum Wiederaufbau der Wirtschaft in der Nach-Corona-Zeit die Bewilligungen davon abhängig gemacht, inwieweit diese den Zielen des Pariser Klimaabkommens und der Klimaneutralität in der EU bis 2050 dienlich sind.

Allen Nachhaltigkeits-Konzepten liegt ein holistischer Ansatz zugrunde – der sich jetzt gegen die Aufspaltung einzelner Fachgebiete in viele unterschiedliche technologische Bereiche und Branchen-Sektoren stemmt – quer durch alle Wertschöpfungsstufen des jeweiligen Markt-Segementes hindurch. Durch den Markt-Wettbewerb neigen die Sparten zuallererst dazu, untereinander zu konkurrieren - anstatt das technische und vertriebliche Vermarktungspotential und ihre Synergien zu verfolgen. Genau dies mag auch eine Ursache dafür sein, dass der Klimawandel nur als ein das ganze große System betreffende „Welt-Phänomen“ wahrgenommen wird – umso leichter fällt es dann den Sparten-Branchen-Entscheidungsträgern, den Klimawandel als nur zu einem verschwindend geringen Anteil des eigenen Sektors zu deklarieren; so, als ob dieses Problem ihre jeweilige Branche gar nicht tangiere. Genau diese Fehleinstellung aber bremst die wirtschaftliche Entwicklung in eine grüne und klimafreundliche Welt und

wirkt immer mehr als ein Bremsklotz für den grünen Fortschritt.

Während die Mobilität für einen CO₂-Print von etwa 25% der Emissionen zeichnet, verursacht die vernachlässigte Gebäudewelt viel mehr, nämlich 35 – 40% der schädlichen Emissionen. Nur wenn KI-getriebene SmartBuilding-Gebäudetechnik installiert ist, ist klimaneutrales Gebäude-Management überhaupt möglich. Das ist bei den allermeisten Gebäuden und Wohnungsnutzungen (Bestandsgebäude) jedoch nicht der Fall. Die digitale Vernetzung von Wohnungen, Gebäuden, ja ganzer Städte – in Verbindung mit der neuen IP-KI-gesteuerten mobilen Welt – bildet sozusagen die Basis der neuen spannenden Formel der Techbranchen: Nachhaltigkeit durch Digitalisierung. Dabei sollte der Datenschutz das Herzstück aller smarten (sprich: ITK-gesteuerten) Technologien sein, um der nun auf ganze Gebäude und sogar ganze smarte Städte ausgeweiteten Spielweise von Cyberkriminalität entgegentreten zu können. Eine von der eq-3 (Homematic IP, Leer) und der SmartHome Initiative Deutschland organisierte Langzeitstudie ergab, dass mit einfachen SmartHome-Heizungs-Steuerungs-Systemen ohne großen finanziellen und installations-technischem Aufwand (mittels EnOcean basierender drahtloser Impulstechnik) etwa 25% CO₂-Emissionen eingespart werden können – gut fürs Klima – und Kosten gespart! (siehe „Bürger CO₂-Projekt“ auf www.smarthome-deutschland.de). Wir sprechen hier von weit über 22 Mio. Gebäuden allein in Deutschland!

Die Klimakrise wird schon bald die Corona-Krise überschatten. Die Corona-bedingte

urplötzliche Verhaltensänderung in Politik und Wirtschaft und ihre erstaunlich breite Akzeptanz in der Gesellschaft strahlt unmittelbar auf die in Wirklichkeit viel größere Dauerkrise der Zukunft aus. Gleichzeitig hat die Corona-Krise uns real vor Augen geführt, wo (schnell müde machende) digitale Schulungen, Konferenzen und Verkaufsräume bzw. Online-Messen ihre Grenzen haben. Sicher ist: nach Corona wird die Welt eine andere sein als vor Corona: deutlich weniger Flüge, wo kostengünstige, zeitsparende und umweltschonende Video-Meetings völlig ausreichen. Aber immer dann, wenn einer Gesellschaft große Technologie-Sprünge und andere „Jahrhundert“-Veränderungen (hier: Klimawandel, Umwelt und Digitalisierung) bevorstehen, gilt: es ist die Zeit der Messen. Sie sind die wirkungsvollsten Plattformen, um diese Neuerungen am Markt zu etablieren – siehe z.B. das Wachstum der CeBIT-Messe in den 90er Jahren – das „heftigste Jahrzehnt“, in dem die Welt sich auf Computersysteme umstellen musste...



GLOBAL FAIRS
TT-MESSE.DE



SMARTHOME
DEUTSCHLAND



The Center of
SmartBuilding



Das IBWF-Mittelstandsnetzwerk

Eine Initiative mit Impact

Boje Dohrn



Diplom-Betriebswirt Boje Dohrn, Jahrgang 1950, ist Präsident des IBWF Institut für Betriebsberatung, Wirtschaftsförderung und -forschung e.V.

Mit seiner UBD-Unternehmensberatung stellt er sein Wissen und seine Erfahrungen mittelständischen Unternehmen in Beiratsmandaten und Beratungsprojekten zur Verfügung.

Seit über 40 Jahren bündelt das Institut für Betriebsberatung, Wirtschaftsförderung und -forschung e. V. (IBWF) Expertenwissen und Berufserfahrung von Mittelstandsberatern – inzwischen als größtes Netzwerk in Deutschland! Die Vielfalt der etwa 400 Beratungsunternehmen, die Mitglied im IBWF sind, und deren fachübergreifende Zusammenarbeit stellen einen essenziellen Mehrwert des Instituts dar – sowohl für die Beratenden als auch für deren Kunden, die mittelständischen Unternehmen. Kompetenz und Qualität, Vertrauen und Wertschätzung, Förderung und Dialog – das sind die zentralen Werte, denen sich das IBWF verpflichtet fühlt. Diese Werte teilt das Institut mit dem Bundesverband für Wirtschaftsförderung und Außenwirtschaft, BWA, mit dem es seit 2018 kooperiert. Gemeinsam wollen beide Verbände in diesem Jahr die Zusammenarbeit vertiefen: Das gilt für den Kernbereich der Internationalisierung, aber auch darüber hinaus,

so dass Mitgliedern des BWA die Möglichkeit geboten wird, das umfassende Beratungsangebot des IBWF zu nutzen – ob es sich um Themen wie Digitalisierung, betriebliches Gesundheitsmanagement, Fördermittel, Unternehmensnachfolge oder auch Insolvenz- und Sanierungsberatung handelt.

Im September 2020 sind mit Babette Halbe-Haenschke und Rainer Ptok zwei IBWF-Mitglieder neu in den Vorstand des IBWF gewählt worden. Unter dem Vorzeichen der besonderen Zeiten, in denen Deutschland und die Welt sich derzeit bewegen, hat sich das IBWF zum Ziel gesetzt, den Verband innovativ und visionär zu stärken, für die Zukunft aufzustellen und Neues voranzubringen. In ihre Vorstandsarbeit sind Halbe-Haenschke und Ptok daher direkt mit einer Initiative mit Impact gestartet: Einer Umfrage über die aktuellen und zukünftigen Herausforderungen in mittelständischen Unternehmen.

Hier geht es direkt zur Umfrage:



**IBWF Institut für Betriebsberatung,
Wirtschaftsförderung und -forschung e.V.,**
Rosenstr. 2, 10178 Berlin
Tel.: 030 / 549 05 44 40
www.mittelstandsberater.de
info@mittelstandsberater.de

Die IBWF Mittelstandsumfrage

1. Anhand umfassender Recherche in aktuellen Studien, Medienberichterstattung sowie Literatur wurden für verschiedene Bereiche Handlungsfelder, Unterthemen und Herausforderungen identifiziert, die den Beratungs- und Entwicklungsbedarf mittelständischer Unternehmen ausmachen. Definiert und systematisiert von den Experten des IBWF, ergaben sich zentrale Handlungsfelder aus 10 aktuellen Bereichen: Darunter fallen u. a. Digitalisierung (abgefragt werden hier beispielsweise die Themen digitale Technologien/Kompetenzen sowie Datenschutz), Innovationsfähigkeit (abgefragt werden hier beispielsweise die Themen Unternehmenskultur/New Work und neue Geschäftsfelder), Nachhaltigkeit, Unternehmensbestand (abgefragt werden hier beispielsweise die Themen Sicherung der Unternehmensnachfolge und Insolvenzmanagement) und Humankapital im Zusammenhang mit Fachkräften sowie demografischem Wandel.
2. Die Umfrage wird aktuell sowohl unter Beratenden als auch in mittelständischen Unternehmen gestreut. Daher ist es dem IBWF ein besonderes Anliegen, auch die Mitglieder des BWA zu ermutigen, sich an der Umfrage zu beteiligen. Weitere Informationen sowie den Link zur Umfrage finden sich auf der Homepage mittelstandsberater.de.
3. Ziel der Umfrage ist es, die Bedarfe, die die Beratenden des Mittelstands sehen, zu erheben, sowie diejenigen der Unternehmen, um auf dieser Basis einen Vergleich zu erstellen. Sollten sich auf der Grundlage der Auswertung der Befragung etwaige Lücken im Beratungsportfolio ergeben, werden diese umgehend durch entsprechende zusätzliche Beratungsangebote des IBWF geschlossen werden. Weiterhin eröffnen die Ergebnisse der Studie wichtige Impulse für Politik und Wirtschaft: Direkt aus der Praxis für die Praxis – vom Mittelstand für den Mittelstand.


TMF
GROUP

Global reach
Local knowledge

Weltweite Reichweite



Wir sind Teil der in über 80 Ländern präsenten TMF Gruppe mit über 8.000 Kollegen. Mit 125 eigenen Büros an den meisten Standorten ist die TMF Gruppe nicht nur unabhängig, sondern auch weltführend in der Kombination aus Unternehmensverwaltung, Lohn- und Finanzbuchhaltung.

Lokale Expertise



Unser 70-köpfiges Team, mit Sitz in Frankfurt und München, bestehend aus Rechtsanwältinnen, Steuerberatern, Unternehmensberatern sowie Finanz- und Lohnbuchhaltern steht Ihnen bei all Ihren geschäftlichen Aktivitäten unterstützend und beratend zur Seite.

Unsere Dienstleistungen

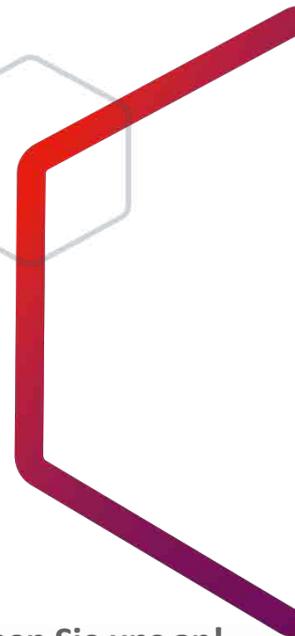


- Klassische Unternehmensgründung
- Fast & Simple: Verkauf von Vorratsgesellschaften
- Umfassendes Corporate Housekeeping
- Bestellung von erfahrenen Geschäftsführern
- Lohnabrechnung
- HR-Management
- Visa & Expatriate Services
- Buchhaltung & Tax-Compliance
- Fond-Administration
- Kapitalmarktdienstleistungen
- Steuerberatung

Unsere Kunden



Wir sind Compliance-Partner von über 66 % der Fortune Global 500 und über 65 % der FTSE100 sowie tausenden von KMU und Family Offices.



Sprechen Sie uns an!

TMF Deutschland AG

Thurn-und-Taxis-Platz 6
60313 Frankfurt am Main
T: +49 69 663698 0

TMF Steuerberatung GmbH Wirtschaftsprüfungsgesellschaft

Maximilianstr. 54
80538 München
T: +49 89 2324197 0

Manuela Reintgen

Director Business Development

E: manuela.reintgen@tmf-group.com

Zhiruo Zhao

Head of China Desk

E: zhiruo-zhao@tmf-group.com



POLYGONVATRO

Sanierung von Brand- und Wasserschäden



Wir machen das für Sie.



Im Bereich Industrie und Gewerbe sind wir der kompetente Partner bei Brand-, Wasser- und Elementarschadensereignissen. Wir bieten Ihnen mit unserem Technischen Zentrum und einem Netzwerk von über 300 Standorten in Europa direkte Hilfe, umfassendes Know-how und modernstes Equipment. Damit reduzieren wir Betriebsunterbrechungen auf ein Minimum.



24h: kostenfreier Service
 **0800.840 850 8**

POLYGONVATRO GmbH • Raiffeisenstraße 25 • 57462 Olpe • Tel. +49 (2761) 93810 • www.polygonvatro.de

China und Deutschland 5.0

Chance, Herausforderung und Prognose

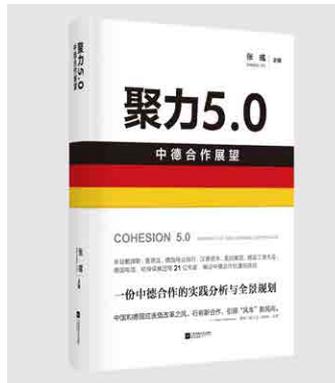
Prof. Yu Zhang



Yu Zhang ist Unternehmerin, Gastprofessorin und gefragte Speakerin. Sie ist seit 20 Jahren sowohl in China als auch in Deutschland unternehmerisch aktiv. In verschiedenen Aufsichtsräten und Beiräten berät sie auch multinationale Unternehmen bei der Internationalisierung. Seit 2002 engagiert sie sich im Präsidium des Chinesischen Dachverbandes in Deutschland für die Beziehungen zu Bundesregierung, Bundestag und Bundesrat. Sie ist Präsidentin der Gesellschaft für Deutsch-Chinesischen kulturellen Austausch e. V. und fördert Kultur & Kunst.

In ihrem Buch „China und Deutschland: 5.0“ lädt Prof. Yu Zhang (als Herausgeberin) hochkarätige Vertreter aus beiden Ländern ein, zu Chancen, Herausforderungen und Prognosen beider Länder Stellung zu nehmen. Dabei bietet sie dem Leser unterschiedliche Blickwinkel aus Wirtschaft, Politik und Kultur, um sich ein eigenes Bild „aus der Vogelperspektive“ zu verschaffen.

Die bekannten Themen werden von den Autoren angesprochen, wie z.B. Industrie 4.0., Smart Cities, Automobilindustrie, Künstliche Intelligenz oder das Projekt Seidenstraße, wobei letzteres insbesondere im deutschen Mittelstand noch nicht wirklich angekommen ist. Spannend wird es, wenn es um den Aufstieg und Einfluss chinesischer Konzerne wie Alibaba und Huawei geht, oder die Auto-



ren einen Einblick in die Lebensmittelsicherheit Chinas geben. Dabei können innovative Modelle, insbesondere aus den Märkten für „Online-to-Offline“-Dienstleistungen, Vorbild für Herausforderungen auf den heimischen Märkten werden.

Mit aufmerksamem Blick wird beschrieben, wie sich die Chancen im Umweltbereich immer wieder verschieben. Hat Deutschland gerade noch für die jüngst eingeleitete Energiewende internationale Anerkennung und Bewunderung geerntet, hat es diese Vorreiterrolle längst wieder an China abgegeben, das mit weltweit höchsten Investitionen diese Chance für erneuerbare Energien nutzt und Megaprojekte konsequent vorantreibt. Die Herausforderung dabei? Die Zerstörung unwiederbringlicher Natur vermeiden und Nachhaltigkeitsgrenzen einhalten.

Überhaupt gibt Prof. Yu Zhang den Autoren viel Raum für Kultur und Gesellschaft, um darüber nachzudenken, inwiefern die unterschiedlichen Werte und die Wahrnehmung beider Länder deren „Chancen 5.0“ determinieren: Kulturaustausch und Völkerverständigung sind der Wegbereiter.

Welche Prognosen halten die Autoren für den Leser bereit? Hier spielen FinTech, Design und Innovation eine immer größere Rolle.

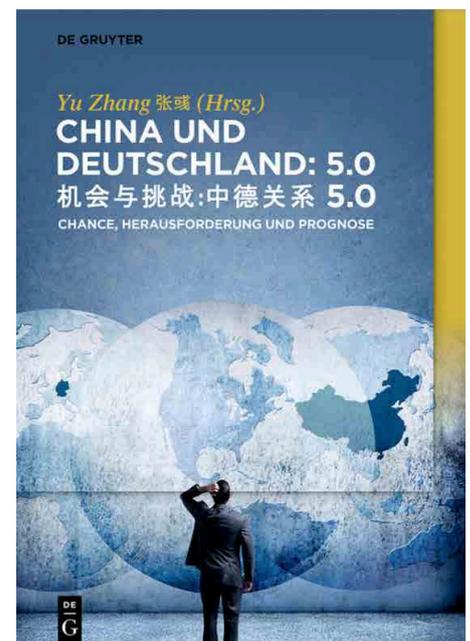
Der Leser erfährt, dass sich China für Venture Capital öffnet und damit den Weg für mehr Innovationen frei macht. Denn China hat ambitionierte Ziele, will gemäß der Strategie „Made in China 2025“ Innovationsführer werden und bis 2049 zur Industriesupermacht aufsteigen. Dabei setzt es nicht mehr allein auf „made in China“, sondern auf „designed and created in China“. Design spielt also eine zunehmende Rolle – meint hier verstärkt Kommunikations- und Unterhaltungsprodukte bis hin zu Smart Home, wo wir schnell

beim Thema Digitalisierung sind. Ein Thema höchster Sensibilität in Deutschland. Während in Deutschland noch diskutiert wird, testet China längst 5G und nimmt im Bereich Künstliche Intelligenz weltweit eine Spitzenposition ein.

Dennoch, „Made in Germany“ hat Tradition und ist gefragt, mehr denn je in den Schlüsseltechnologien, in denen Deutschlands Stärken liegen. Das ist eine große Chance. Doch Deutschland sollte versuchen, innovative Technologien in Deutschland zu behalten. Chinesische Investitionen könnten dabei sogar unterstützen und fruchtbar sein. Eine große Herausforderung.

Abschließend wird klar, dass in Zeiten weltweit zu beobachtender sich zuspitzender Handelskriege mit zunehmenden protektionistischen Tendenzen „China und Deutschland 5:0“ noch mehr ins Rampenlicht rückt. Das Potenzial für gemeinsame wirtschaftliche, wissenschaftliche, technologische und kulturelle Aktivitäten bekommt für beide Nationen einen neuen Charakter. Die Herausforderung liegt nun darin, diese Chancen anzunehmen und so zu gestalten, dass die Verknüpfungen zwischen China und Deutschland für beide Seiten nachhaltig sind. Transparenz und Rechtssicherheit wären wünschenswert, denn das schafft Vertrauen. Ein ambitioniertes Ziel für eine Partnerschaft auf Augenhöhe.

Rezension: Dr. Marion Dohm, Berlin.



Foshan Sino-German Industrial Services Zone

(Sanlongwan High-end Innovation Cluster)



佛山中德工业服务区
FOSHAN SINO-GERMAN INDUSTRIAL SERVICES ZONE

Die 2012 gegründete Foshan Sino-German Industrial Services Zone ist eine der wichtigsten internationalen Kooperationsplattformen in Guangdong. Im August 2012 wurde die Dienstleistungszone in der „Gemeinsamen Erklärung zur weiteren Förderung von Investitionen in beide Richtungen“ des chinesischen Handelsministeriums und des deutschen Bundeswirtschaftsministeriums anerkannt. Sie fungiert als nationale Plattform für die deutsch-chinesische Zusammenarbeit in Südchina, als Leuchtturmprojekt für die Verbindung zwischen der deutschen industriellen Dienstleistungsindustrie und dem Megamarkt „Made in China“. Das Sekretariat der von Foshan ins Leben gerufenen Sino-German Industrial City Alliance hat hier seinen Sitz.



Mit der Nähe zur Guangzhou South Railway Station, dem größten Eisenbahnknotenpunkt in Südchina, sowie der Integration von Transportvorteilen wie Flughafen, Häfen, Autobahnen und U-Bahnen, genießt die Dienstleistungszone vorteilhafte Transportmöglichkeiten.

Seit ihrer Gründung hat die Dienstleistungszone eine schöne und komfortable ökologische Umgebung geschaffen, mit dem Ziel, ein gartenähnliches und ökologisches neues Stadtgebiet zu errichten. Mit dem Bau von grünen Gebäuden, intelligenten Städten und Versorgungstunneln wurde die Dienstleistungszone, die auch Mitglied des BWA ist, 2014 als eine „EU-China Urbanization Cooperation Demonstration Zone“ ausgezeichnet und erhielt 2015 den „Euro-China Green and Smart City Award“.

Im Jahre 2019 umbenannt in „Sanlongwan High-end Innovation Cluster“, strebt die Dienstleistungszone danach, eine wettbewerbsfähige Plattform in der Guangdong-Hong Kong-Macau Greater Bay Area (GBD) zu werden, mit Schwerpunkten in intelligenter Fertigung, Biotechnologie, Bildung und Forschung sowie Ausstellungs- und Messwesen.

BWA-Kommission Innovation veröffentlicht Denkanstoß „KI“

Unter Leitung von Prof. Dr. Michael Maskos, Direktor des Fraunhofer ICT-IMM, wurde von der BWA-Kommission Innovation eine Informationsbroschüre zum Thema „Künstliche Intelligenz“ erstellt, die auf der Webseite www.bwa-deutschland.de heruntergeladen werden kann.

BWA-Kommission Neue Seidenstraße startet Informationsportal

Die im Herbst 2019 gegründete Bundesfachkommission „Neue Seidenstraße“ des BWA ist seit Kurzem mit ihrer neugestalteten Webseite online:

Neben allgemeinen Informationen zur historischen und modernen Seidenstraße werden dort Expertenbeiträge und Fachanalysen publiziert, die für Unternehmen, die sich für den Aufbau geschäftlicher Beziehungen zu den Ländern entlang der Seidenstraße interessieren, von Relevanz sind. Geleitet wird die Kommission von Manfred Rüdüsühli (Präsident des BWA-Landesverbandes Baden-Württemberg), Urs Unkauf (Diplomatischer Berater des BWA) und Marina Salland-Staib (Mitglied des BWA-Senats).

Unternehmen, Institutionen und Wissenschaftler, die sich für eine Zusammenarbeit mit der Bundesfachkommission interessieren, können über info@kommission-seidenstrasse.de den Kontakt mit der Leitung der Kommission aufnehmen und sind herzlich eingeladen, ihre Expertise in Form von Gastbeiträgen für die Webseite einzubringen.



Ihre Ansprechpartner im BWA

Präsidium:

Dr. Lothar de Maizière, *Ehrenpräsident*
Ministerpräsident a. D.,
Bundesminister a. D.
Thomas Sapper, *Präsident*
Prof. Herbert Mrotzeck, *Vizepräsident*
Stephan Albani, MdB, *Vizepräsident*
Claus R. Mayer, *Vizepräsident*
Shadong Fan, *Vizepräsident*
Ursula Rutovitz, *Vizepräsidentin*

Vorstand:

Michael Schumann, *Vorstandsvorsitzender*
Dirk Bormann, *Mitglied des Vorstands*

Anzeigenschaltung:

Kristina Oganessian
Email: k.oganesyan@bwa-deutschland.de

Bundesgeschäftsstelle:

BWA
Global Economic Network
Kranzler Eck Berlin
Kurfürstendamm 22
10719 Berlin

Telefon: +49 30 700 11 43 - 0
Telefax: +49 30 700 11 43 - 20
Email: info@bwa-deutschland.de

Redaktion:

Michael Schumann (V.i.S.d.P.)
Urs Unkauf

Impressum

Herausgeber: Bundesverband für Wirtschaftsförderung und Außenwirtschaft e.V. (BWA)
Bundesgeschäftsstelle: Kranzler Eck Berlin / Kurfürstendamm 22 / 10719 Berlin / Tel: (030) 700 11 43 0
V.i.S.d.P.: Michael Schumann, info@bwa-deutschland.de

Layout / Gestaltung / Druck:

WPHEG-Consulting GmbH & Co. KG, Tel: (030) 530 214 55, office@wpheg-consulting.de

Fotos: © www.adobestock.com

Gastbeiträge geben nicht notwendigerweise die Meinung der Redaktion wieder. Trotz größt möglicher Sorgfalt kann der BWA keinerlei Gewähr für die Aktualität, Korrektheit, Vollständigkeit oder Qualität der bereitgestellten Informationen übernehmen. Nachdruck, auch auszugsweise, unter Angabe der Quelle gestattet. Belegexemplar erbeten. Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben die Auffassung des jeweiligen Autors wieder. Redaktionsschluss der vorliegenden Ausgabe des BWA-Journals war Januar 2021.

Weitere Informationen unter: www.bwa-deutschland.de



Aktuelle Informationen auf www.bwa-deutschland.de



WO SICH TRADITIONELLE HANDARBEIT UND MODERNE DRUCKTECHNIK PERFEKT ERGÄNZEN.

Ob hochveredelte Visitenkarte, Einladung oder informatives Magazin: X-Press realisiert sowohl Kleinauflagen als auch auflagenstarke Printmedien. Unter einem Dach - einmalig in Berlin.

XPRESS

X-PRESS GRAFIK & DRUCK GMBH · Nunsdorfer Ring 13 · 12277 Berlin
T +49 (0)30 25 75 78-0 · info@x-press.de · www.x-press.de